

Stenographischer Bericht

37. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 11. Februar 2003

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Hagenauer.

Aktuelle Stunde:

Thema: „Wirtschaftliche Situation in der Steiermark vor dem Hintergrund der langwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene“.

Begründung: Abg. Schrittwieser.

Redner: Landeshauptmann Klasnic, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Abg. Wiedner, Abg. Dr. Lopatka, Abg. Gennaro, Abg. Dietrich, Abg. Gross, Abg. Zierler, Abg. Riebenbauer, Abg. Kröpfl, Abg. Kasic, Abg. Gennaro, Abg. Mag. Koller, Abg. Stöhrmann.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1140/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Gleichstellung psychisch und körperlich erkrankter Menschen.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 863/1, der Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann, betreffend Altenbetreuung als Lehrberuf.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Graf, Abg. Gross, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1145/1, der Abgeordneten Hamedl, Graf, Halper, Kröpfl, Stöhrmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Gangl, Gödl, Mag. Koller und Ing. Ober, betreffend Alkoholabgabeverbot an Jugendliche.
Berichterstatter: Abg. Hamedl.
Redner: Abg. Hamedl, Abg. Halper, Abg. Mag. Zitz, Abg. Graf, Abg. Stöhrmann, Abg. Mag. Koller, Abg. Mag. Zitz, Abg. Böhmer, Abg. Ing. Ober, Abg. Margarethe Gruber, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1185/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (neunter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1186/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (zehnter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1187/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2003).
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1139/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Naturschutzbeirat.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1161/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2002.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 990/3, zum Beschluss Nr. 658 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Gangl und List, betreffend Mülldeponie Halbenrain.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 853/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Klimaschutzoffensive.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 11: Abg. Tschernko (2404), Abg. List (2405), Abg. Detlef Gruber (2407), Abg. Gangl, Abg. Kaufmann, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Böhmer, Abg. Detlef Gruber, Abg. Gödl, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
Redner: Landesrat Pörtl, Abg. List, Landesrat Pörtl, Abg. Schrittwieser, Landesrat Pörtl, Abg. Dietrich, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung (2416).
12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1142/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von Maschinenringen im Bereich der Bergbauern.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Rieser.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1147/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Gangl und Rieser, betreffend Gefahrgutbeförderung durch Landwirte.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer).
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1189/1, betreffend den Bericht über den Stand der Diskussion im Vorfeld zu der Regierungskonferenz 2004 und von steirischen Aktivitäten.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 15.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1190/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatter: Abg. Ing. Ober.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15: Abg. Majcen, Abg. Lafer, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Gross.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 259/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in der Steiermark.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 17.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 403/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Rieder, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Schleich und Stöhrmann, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von steirischen Gendarmerieposten.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 16 und 17: Abg. Kröpfl, Abg. Hamedl (2423), Abg. Lafer (2424), Abg. Dirnberger, Abg. Stöhrmann, Abg. Prattes, Abg. Schrittwieser.
Beschlussfassung.

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1158/1, betreffend die Auflassung der L 288 Mühlteichstraße von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,780 in einer Länge von 780 Meter im Gemeindegebiet von Studenzen, politischer Bezirk Feldbach.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1159/1, über den Landesstraßentausch in der Gemeinde Schönberg-Lachtal und Marktgemeinde Neudau, Auflassung der L 526 Schönbergstraße von Kilometer 0,780 bis Kilometer 0,940 in einer Länge von 160 Laufmeter; Übernahme der Straßenverbindung Neudau–Neudauberg in einer Länge von 160 Laufmeter.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1025/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 18 bis 20: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1031/1, des Rechnungshofes, betreffend Gebarungsprüfungen über New Public Management in den Ländern und Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Abg. Ferstl, Abg. Lechner-Sonnek, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1121/1, des Rechnungshofes über die „Grazer Stadtwerke AG.“, „ESG Wohnungsgesellschaft mbH. Villach“ und „Sozialhilfverband Fürstenfeld“.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1150/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Dietrich und Mag. Zitz, betreffend die Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hinsichtlich mündliche Beantwortung von schriftlichen Anfragen.
Berichterstatter: Abg. Dr. Lopatka.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Petitionen über den Bericht, Einl.-Zahl 1188/1, betreffend den selbstständigen Bericht des Petitions-Ausschusses über seine Tätigkeit im Jahr 2002.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 37. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates mit ihrem Präsidenten Herwig Hösele.

Entschuldigt ist Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer.

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des 4. Jahrganges der HLW Schrödingerstraße unter der Leitung von Frau Dr. Elisabeth Kohrgruber-Zitz. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler des BG und BRG Kirchengasse des Lehrganges für Berufsorientierung unter der Leitung von Herrn Prof. Mag. Josef Szvetecz. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Schüler der Hauptschule meiner Heimatgemeinde Groß Sankt Florian unter der Leitung von Frau Fachlehrerin Edith Stark und Herrn Fachlehrer Franz Ninaus. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich die Mitarbeiter der Firma Seitner & Bittmann KG. Graz. (Allgemeiner Beifall.)

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Vom Landtagsklub der SPÖ wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Wirtschaftliche Situation in der Steiermark vor dem Hintergrund der langwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Landtagsabgeordneten Siegfried Schrittwieser das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Schrittwieser (10.07 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Herren Regierungsglieder, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Aktuelle Stunde ist deshalb heute von uns beantragt worden, weil wir täglich erleben, mit welchen Sorgen, mit welchen Problemen sich die Menschen in der Steiermark und in Österreich in den letzten Monaten abplagen müssen.

Ich habe gestern in der Obersteiermark einen Sprechtag gehabt, wo viele Menschen, die arbeitslos geworden sind, vor allem ältere, mir mit großer Sorge und Betroffenheit vermittelt haben, dass sie nicht wissen, wie es weitergeht, dass sie nicht wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt fristen werden und dass sie es bedauern, dass es keinerlei Beschäftigungsinitiativen gibt seit der letzten Nationalratswahl.

Es sind fast 80 Tage vergangen, in denen wir einen Sondierungskanzler haben, der jetzt nach seiner erfolgreichen Wahl sein wahres Gesicht zeigt und auch, meine Damen und Herren, der betroffenen Bevölkerung – über 300.000 Arbeitslosen – die kalte Schulter zeigt, weil er sagt, mich interessiert überhaupt nicht, was in diesem Land jetzt nicht passiert, sondern mich interessiert nur, dass ich meinen Bundeskanzlerposten, dass ich meine persönliche Macht und die Macht der ÖVP absichern kann und daher werde ich weiter sondieren.

Liebe Frau Landeshauptmann, Sie, die immer wieder erklären, dass Ihnen die Menschen in diesem Land wichtig sind. Ich bedauere zutiefst, dass Sie es sind, die uns bereits über die Medien mitgeteilt hat, dass bis Ende März diese Sondierungen und Koalitionsgespräche fortgeführt werden sollen.

Ich gestehe dem Herrn Bundeskanzler zu, weil er den Auftrag des Herrn Bundespräsidenten hat, eine Regierung zu bilden, dass natürlich nur er entscheidet, mit wem er eine Regierung bildet. Aber was wir nicht verstehen, meine Damen und Herren, ist, dass der Herr Bundeskanzler, nachdem das schwarzblaue Experiment in die Luft gegangen ist – (Abg. Wiedner: „Du hast so gut angefangen und jetzt das!“) Wir haben immer gewarnt, dass mit der Haider-FPÖ kein Staat zu machen ist! – (Abg. Wiedner: „Siegi, jetzt machst du dich unbeliebt.“) jetzt nicht endlich handelt und sagt, ich mache jetzt eine große Reformregierung, ich mache jetzt die Reformen, die notwendig sind. Und wir haben uns als große Reformkraft zur Verfügung gestellt.

Wir glauben aber auch, dass es seine Entscheidung ist, mit wem er in diese Regierung geht, meine Damen und Herren. Aber es ist wichtig, dass endlich gehandelt wird. Es ist wichtig, dass die Probleme angepackt werden.

Wir haben in 30 Jahren bewiesen, dass wir dieses Land europareif gemacht haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dietrich: „Schulden gemacht!“)

Ihr habt in den letzten drei Jahren bewiesen, dass ihr zwar mit einer Mehrheit von ÖVP und FPÖ die Regierung gestellt habt, aber es hat noch nie in diesem Land einen derartigen Stillstand gegeben wie in den letzten drei Jahren. Aber auch noch nie solche Belastungen für die Menschen, die heute sehr schwer darunter leiden, meine Damen und Herren. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Kurzzeitgedächtnis“)

Ich werde das, meine Damen und Herren, mit Fakten unterlegen. Es kann doch nicht so sein, dass ein Bundeskanzler, der einen Regierungsauftrag hat, verdrängt, dass es in Österreich die höchste Arbeitslosigkeit mit 303.000 Menschen gibt – in der Steiermark sind es nahezu 50.000. Wenn ich da noch immer hergehe, ich handle nicht im Sinne dieser Leute, im Sinne der Beschäftigung, im Sinne von Innovationen, sondern ich spiele parteitaktische Spiele, so ist an der Zeit, dass wir heute bei diesem Landtag diese Vorgangsweise scharf zurückweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Die größten Probleme haben die Jugendlichen und die über 50-Jährigen. Es sitzen viele hier, die das 50. Lebensjahr überschritten haben und ich gehöre dazu. Es soll sich jeder, der hier sitzt und Verantwortung trägt, einmal in die Situation versetzen, wenn er mit 50 vom Arbeitsmarkt gedrängt wird, weil der Unternehmer sagt, mir ist dieser Arbeitnehmer zu teuer, wenn er dann in die Arbeitslose, wenn er dann in den Notstand und dann in die Sozialhilfe gehen muss. Von der gesellschaftlichen Diskriminierung, wenn man arbeitslos ist, wo man ein Leben lang einbezahlt hat, hoch qualifiziert war, möchte ich hier gar nicht sprechen.

Es ist die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 18-Jährigen um fast 6 Prozent angestiegen und bei den 19- bis 24-Jährigen um 10 Prozent, meine Damen und Herren, und die Zahl der Lehrstellensuchenden ist ebenfalls um rund 10 Prozent gestiegen. Das heißt, die Jugend hat von dieser Regierung keine Chance bekommen. Wir dürfen uns ja nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit der Jugend weiter steigt, wenn es hier einen Bundeskanzler gibt, der sich nur selbst wichtig ist und nicht die Probleme dieses Landes, meine Damen und Herren. Das werden wir der Öffentlichkeit mitteilen. Und wir werden es auch jenen Menschen, die Sie gewählt haben, die Sie heute missbrauchen (Abg. Dr. Lopatka: „Aufpassen!“), ein Angebot machen, dass sie wissen, die einzigen verlässlichen Partner, die nach der Wahl das tun, was sie vor der Wahl versprochen haben, sind, meine Damen und Herren – ob ihr es hören wollt oder nicht –, wir Sozialdemokraten. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind, meine Damen und Herren, längst abgehoben und haben längst das Gefühl für die Menschen in diesem Lande verloren. Aber es wird Ihnen dafür die Rechnung präsentiert werden.

Was bedeutet dieses Nichtregieren, meine Damen und Herren? Es gibt einen Stillstand in den letzten 80 Tagen. Im Wirtschaftsranking fällt Österreich weiter zurück. Wir haben das Forschungsziel verfehlt. Diese Bundesregierung, meine Damen und Herren, hat sich vorgenommen, dass sie im EU-Innovationsbericht in die fünf Topregionen kommt. Sie ist leider nicht nur nicht in die fünf Topregionen gekommen, sondern sie ist vom Platz acht sogar auf Platz zehn zurückgefallen. Ja, wollen wir noch länger warten, dass uns die Beitrittsländer hier überholen? Wir haben ja die Innovation. Wir haben ja die gescheiterten Leute dazu. Wir haben ja die tüchtigen, fleißigen Leute hier in Österreich, die was bewegen wollen. Aber wir brauchen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die politischen Rahmenbedingungen, die es auch den Unternehmungen und Beschäftigten ermöglichen, einen Fortschritt zu erzielen. Und diese Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, fehlen durch dieses Nichtregieren, fehlen durch dieses Sondieren und das ständige Taktieren. Und dafür sind wir nicht zu haben. Das geht alles auf Kosten der Infrastruktur und der über 300.000 Arbeitslosen und nahezu 50.000 Arbeitslosen in der Steiermark. Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, meine Damen und Herren, und verlangen vom Herrn Bundeskanzler, dass er mit diesen Taktierereien, Sondierereien, aber auch jetzt Koalitionsgesprächen – mit wem immer – aufhört und endlich eine Regierung bildet. Ob das dann zum Guten ist, wenn der Herr Dr. Schüssel dabei ist, das mag ich bezweifeln. Aber dass wir endlich eine Regierung bekommen, ist höchst an der Zeit.

Ihr Zugang ist, dass Sie weiter taktieren. Die Kaufkraft geht zurück, meine Damen und Herren. Wenn ich nur denke, wie viele Menschen es gibt, denen ich begegne, die sagen, ich muss sparen, weil man nicht weiß, wie es wird, ich kann nichts mehr ausgeben. Geschäfte sperren zu. Wir wissen, dass die Gaststätten halb leer sind, weil die Leute sagen: „Ich muss sparen!“

Wenn dieses Angstsparen der Bevölkerung so weitergeht, Freunde, dann wisst ihr – da brauche ich kein studierter Ökonom sein –, dass die Spirale immer weiter nach unten gehen wird. Und das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Daher brauchen wir eine intelligente Ankurbelung der Wirtschaft. Das macht man nicht mit Abfangjägern, denn da sollten wir diese 2 Milliarden Euro besser sofort in die Wirtschaft investieren.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Folgendes noch sagen: Frau Landeshauptmann, Sie sind in diesem Verhandlungsteam der Bundesregierung und ich möchte von Ihnen in der Antwort auch gerne wissen, was Sie in Ihr Regierungspaket, in das Regierungspaket der ÖVP, für die Steiermark hineinreklamiert haben. Wo werden die Innovationsprojekte für die Steiermark im ÖVP-Regierungspaket wieder sichtbar sein? Ich hoffe, wenn Sie jetzt selbst in diesem Verhandlungsteam sitzen, dass sich die Benachteiligung der Steiermark, die noch nie so groß war wie in den letzten drei Jahren, ändern wird und dass Sie auch hier einiges für uns herausverhandeln. Wir glauben, und die Steirerinnen und Steirer erwarten das von Ihnen, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, dass Sie das tun, damit wir Steirerinnen und Steirer weiterhin offensiv in die Zukunft gehen können.

Wenn ich mir das anschau – ich bin schon fertig, Herr Präsident –, dass Sie, Frau Landeshauptmann, seit Jahren, seit Sie dieses Amt bekleiden, zu den Steirerinnen und Steirern hinausfahren und sagen, der Mensch, die Steirerinnen und Steirer, die Sorgen der Menschen stehen für Sie im Mittelpunkt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn ich mir anschau, dass Sie weiterhin diese Sondiererei unterstützen, dass Sie weiter dafür eintreten, dass es keine arbeitsfähige Regierung gibt, dann stimmen bei Ihnen Reden und Handeln nicht überein. Sie können nicht sagen, Sie stehen auf der Seite der Leute, wenn Sie weiterhin mitwirken, dass es keine Regierung gibt. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, beenden Sie diese Spielerei und kommen Sie Ihrem Wählerauftrag nach, nämlich dass wir eine innovative und handlungsfähige Regierung bekommen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 10.19 Uhr.)

Präsident: Nunmehr begrüße ich die Schülerinnen und Schüler des BG und BRG Kirchengasse des Lehrganges der 6. Klasse, die Geschichte als Wahlpflichtfach haben, unter der Leitung von Frau Prof. Mag. Maria Stummer. Herzlichen Gruß! (Allgemeiner Beifall.)

Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich nunmehr Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (10.20 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schrittwieser, auch ich habe täglich Kontakt mit den Menschen dieses Landes und wenn Sie mich fragen, ob mir die Sorgen, die Probleme und die Anliegen der Menschen vertraut sind, dass ich mich dafür einsetzen möchte, dann sage ich Ihnen, ich setze mich dafür ein, dass ich mithilfe, dass wir eine über die Periode dauernde nachhaltige, gute und stabile Regierung bekommen, deswegen bin ich dort hingeschickt! (Beifall bei der ÖVP.)

Zweite Antwort: Sie haben gemeint, dass wir einen Sondierungskanzler haben. Ich fühle mich an die Verantwortung als Mitglied dieses Verhandlungsgremiums und an die Vertraulichkeit gebunden. Ich habe in diesen Sondierungen, in diesen Gesprächen, wie immer sie genannt werden, einiges gelernt. Aber ich habe auch gelernt, wenn Sie mir heute wegen 80 Tagen den Vorwurf machen, dass es über 50 Tage gebraucht hat, bis die Sozialdemokratische Partei sich entschieden hat, mit uns verhandeln zu wollen. Bis dorthin haben Sie uns gesagt, wir reden mit euch, wir reden miteinander, wir haben keine Papiere ausgetauscht und dieser Weg bis zur Verhandlung hat auch dort in Ihrer Gemeinschaft lange gebraucht und das ist richtig so, weil es um vieles geht, weil es um die Zukunft dieses Österreich und der kommenden Generationen geht.

Zweiter Teil, wenn Sie sagen, ich habe gemeint, das erste Quartal. Als man mich im Dezember gefragt hat, wann man mit einer Regierung rechnen kann, musste ich sagen, das erste Quartal, weil auch Ihre Gemeinschaft hatte sich im Dezember noch nicht entschieden, verhandeln zu wollen. Das heißt, ich konnte es gar nicht anders beantworten.

Große Reformregierung: Ich bin sehr für eine große Reformregierung. An dieser großen Reformregierung muss man dann auch die Kontrollmechanismen sehen und bestimmte Minderheitenrechte einbauen und das gehört auch dazu. Und da gab es in den Verhandlungen einiges an Gesprächen, das Sie bitte in Ihrer eigenen Gemeinschaft hinterfragen mögen. Und wenn Sie sagen, dass die Menschen Sorgen haben, dass Sie bei manchem zurückschrecken, dass sie sich manche Investition nicht wahrzunehmen trauen, dann möchte ich dazusagen, dass sich das Lebensgefühl ganz sicher geändert hat. Das ist aber nicht nur der konjunkturelle Abschwung im Allgemeinen, sondern das ist auch, wenn ich das Radio aufdrehe oder das Fernsehen, wenn ich die Zeitung anschau, es ist das Lebensgefühl der Angst, der Sorge um die Zukunft in unserer nicht friedlichen Welt! Das ist das, was die Menschen am allermeisten belastet und darum glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir miteinander gut weiterarbeiten. Die Frage geht ja um die Steiermark und für die fühle ich mich gemeinsam verantwortlich. Da darf ich schon sagen, dass sich die wirtschaftliche Situation der Steiermark in den letzten 20 Jahren grundlegend gewandelt hat, das ist die Arbeit der Menschen draußen, Arbeitnehmerin, Arbeitnehmer, Unternehmer, Unternehmerin, Landwirtschaft, Jugend, Eltern, wo immer sie ihren Platz haben und die letzte Steiermarkdatei zeigt uns das auch.

Wir haben einen erfolgreichen Aufschwung, eine gute Beschäftigungsentwicklung und ich sage sehr bewusst, auch einen Rückgang der Arbeitslosenquote erreicht in diesen letzten Jahren in gemeinsamer Arbeit. Und wenn ich von der angespannten Weltwirtschaftslage rede, wird einer meiner Nachredner ganz sicher dazu auch Stellung nehmen, sage aber bewusst, dass es gelungen ist, in unserer Steiermark Zukunftsfelder für dieses Land zu eröffnen. Die Entwicklungen der verschiedensten Bundesregierungen, seien sie jetzt rot-schwarz, blau-schwarz, schwarz-blau oder schwarz-rot haben sich immer auf das Land ausgewirkt, indem wir gesagt haben, wir wollen mit einer Bundesregierung gut zusammenarbeiten und versuchen, von dieser Bundesregierung einiges zu erreichen. Wenn wir dies miteinander auch in Zukunft versuchen, werden wir erfolgreich sein, sei es im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es im Bereich der Beschäftigungsinitiative, der Nachhaltigkeit in der Verantwortung in Landwirtschaft und Umwelt, bei den Forschungsförderungen, im Rahmen der internationalen und der interregionalen Zusammenarbeit oder denken wir daran, dass wir in der Steiermark aufbereitet und vorbereitet haben in dieser Erweiterung, in dieser Chance der Verantwortung auch die Zukunftsregion zu gestalten.

Ich möchte aber auch die Jugendbeschäftigung ansprechen. Ich denke an den NAP, an die steirische Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme, an die Zusammenarbeit mit dem Bund in der Lehrlingsausbildungsprämie, im Sonderprogramm des Bundes (Abg. Schrittwieser: „Frau Landeshauptmann, die Liste kennen wir!“)

Ja, aber Sie haben es vergessen aufzuzählen, dann hätten wir es austauschen können. Ich nehme dem hinzu, dass es auch um die älteren Arbeitnehmer geht, ein Thema, das wir immer wieder ansprechen und es war gestern „Taten statt Worte“, es ist gegangen um die frauen- und familienfreundlichen Betriebe, Steiermark führend, 86 an der Zahl. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass unser Schwerpunkt auch für jene gelten muss, die schon älter geworden sind und das gilt dann, wenn ich einen Arbeitsplatz suche, oft schon für die 40-, 45-Jährigen. Ich glaube, dass wir gerade in unserem Landtag viele Beschlüsse auch für einen positiven Weg in der Pensionsreform geschafft haben, den wir weitergehen wollen. Was ich mir wünsche für die Steiermark, aber auch darüber hinaus, weil wir ja nicht isoliert sein können, ist ein Jahrzehnt der Infrastruktur. Ich rede hier nicht nur von Straße und Schiene, sondern denke auch an Technologieoffensiven, übergreifend mit den Nachbarländern, an Entwicklungs- und Zusammenarbeit in vielen Bereichen des Landes und in der Gemeinsamkeit von Forschung und Entwicklung mit den Bundesstellen. Es sind die Universitätsstandorte bei uns in der Steiermark, die 20 Fachhochschulstandorte und verschiedenste Disziplinen in den Bildungsinvestitionen, die nahtlos fortgeführt werden, dass wir sagen können, unsere Jugend hat eine Chance, beste Ausbildung zu haben. Das ist mir für unser Land ganz besonders wichtig und ich wünsche mir das auch für andere Bereiche, für traditionelle Stärkefelder, die wir haben im Sport und Tourismus. Wer in den letzten Wochen bei den Sportveranstaltungen gewesen ist – ich war nicht bei allen –, aber dort, wo Sie waren, waren tausende Besucher, waren begeisterte Menschen und da hat man nicht das Gefühl gehabt, dass die Leute dort nicht hingehen wollen, dass sie traurig sind, dass sie sich zurückziehen. Aber ich sage sehr bewusst dazu, dass sie natürlich überlegen, was kann ich mir leisten und was brauche ich in diesem Land. Gerade gestern wurden weit reichende Beschlüsse in der Landesregierung gefasst. Ich möchte mich dafür bedanken. Auf der einen Seite die Bewerbung für eine Olympiade, wo unsere Steiermark mit dabei sein kann. Das heißt, das ist Vorbereitung auch schon wieder für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, da sind wir auf einem guten Weg. Ich glaube auch, dass es gerade der Kollege Dörflinger – und darum möchte ich das sagen – gestern in der Regierung angesprochen hat, wir haben ein großartiges Gesundheitssystem und es ist in der vergangenen Woche in der Bundesregierung mit dem Bundesminister Haupt gelungen, dass dieser Gesundheitspark Bad Aussee abgesichert werden kann. Das heißt, wir sind nicht arbeitsunfähig, sondern diese Regierung arbeitet und das muss man einmal dazusagen! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein zweiter Teil: Selbstverständlich brauchen wir eine zukunftsorientierte Finanzpolitik, eine Finanzpolitik, von der ich auch sagen möchte, dass wir uns wünschen, dass sie im nächsten Finanzausgleich aufgabenorientiert entscheidet. Das wird für die Bundesländer ganz, ganz wichtig sein. Ich möchte haben, dass die Parteienverantwortung wahrgenommen wird und Parteienverantwortung wahrnehmen heißt es in der Regierung, in der

Opposition, an jenem Platz, an dem man in die Verantwortung gewählt ist. Man entscheidet sich dann für den nächsten Schritt. Aber Verantwortung für dieses Österreich wahrzunehmen ist für die Parteien die oberste Priorität und ich möchte sagen, davon bin ich überzeugt, das gilt auch für die Nächsten.

Wenn Sie über die Steuerreform nachdenken wollen, darf ich Ihnen sagen, dass ich mir wünsche, dass die Entlastung ein erster Schritt ist, dass die Steuerreform in dieser Periode umgesetzt wird. Ich lege mich auf kein Thema, auf kein Datum fest, auch als Mitglied dieser Gruppe, weil ich genau weiß, wie schwierig manche Aufgaben sind. Wir werden in der Verwaltungs- und Bundesstaatsreform weiterarbeiten.

Ich freue mich, dass sowohl vom Nationalratspräsidenten als auch vom steirischen Bundesratspräsidenten dies dem Österreichkonvent vorgeschlagen worden ist, wo die Mehrheit der Teilnehmer aus den Bundesländern kommt, weil die Bundesländer Österreich bilden, und nicht umgekehrt.

Ich wünsche mir, dass es uns gelingen möge, im Gesundheitswesen und in der sozialen Sicherheit ein Netzwerk zu schaffen, dass die Menschen in Würde und in Sicherheit leben können; den Luxus im Einzelfall muss man selber zahlen.

Ich erwarte, dass wir in den generationsübergreifenden Antworten, die die Mitwelt, die Umwelt, die Landwirtschaft, die Sicherheit im Innen- und Außenbereich erwartet, dass wir hier zu guten Ergebnissen kommen.

Ich möchte zum Schluss – und das sage ich sehr bewusst dazu – auch der Innovationsentwicklung das Wort reden. Sie haben Recht, wenn Sie über Arbeitsplätze reden. Aber dann dürfen wir und müssen wir – als Politik – nicht nur verwalten, nicht nur nachdenken, was wir neu verteilen, sondern wir müssen gestalten. Das will diese Bundesregierung mit einem Wolfgang Schüssel an der Spitze, der für dieses Land das Vertrauen der Menschen in einem sehr hohen Ausmaß bekommen hat. (Beifall bei der ÖVP. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, die Redezeit der weiteren Teilnehmer in dieser Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Die Redezeiten der im Verlangen nicht bezeichneten Mitglieder der Landesregierung werden auf die Redezeit jenes Klubs angerechnet, dem sie angehören.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (10.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke für diese Möglichkeit, spontan, weil der Begründungsredner für diese Aktuelle Stunde, der Herr SPÖ-Klubobmann, doch auch von Fakten gesprochen hat, auf diese Fakten kurz einzugehen, weil insbesondere auch die jungen Menschen hier aus den Schulen gewohnt sind, dass sie mit Fakten umgehen und dass sie nicht irgendetwas vorgegaukelt kriegen.

Hier wurde nämlich gesagt, dass es keine Beschäftigungsinitiativen gäbe, dass es deswegen schlechte Arbeitsmarktdaten gäbe, weil es hier sehr verantwortungsvolle Gespräche gibt um eine Reformregierung und auch eine Regierung geht, die auf Bundesebene einerseits die Gegenwart absichern, aber andererseits natürlich auch Zukunftsprojekte verhandeln muss.

Ich gehe auf diese Fakten ein – alles andere hat ja die Frau Landeshauptmann eindrucksvoll schon widerlegt –, Österreich und die Steiermark hätten die höchste Arbeitslosenrate. Ich habe mir jetzt die Arbeit gemacht und habe die Fakten verglichen, eine Bilanz, wenn Sie so wollen, einer SPÖ-Kanzlerschaft auf Bundesebene im Jahr 1997, Jännerdatum, also das heißt die Arbeitslosenzahlen des Jäners für die Steiermark im Jahre 1997. (Abg. Schrittwieser: „Das ist nicht innovativ, 1997!“) Na gut, weil gesagt wurde, es ist jetzt so schlecht.

Und jetzt Jänner 2003. Siehe da: Ein Minus von 2500 derzeit, im saisonal schwachen Jänner, und das noch dazu bei veränderten internationalen und nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damals haben wir nicht so eine Konjunkturkrise gehabt wie wir sie jetzt haben. Erster Punkt.

Zweiter Punkt, bei den Jugendlichen: Auch damals mit fast 10.000 Arbeitslosen im Jahr 1997, Jänner 1997, – immer schön aufpassen – und jetzt Jänner 2003, minus 1000. Also das heißt, jetzt liegen wir bei bedauerlichen 1000. Bedauerlich, selbstverständlich. Das ist keine Schönfärberei, die ich hier betreiben möchte. Ich möchte nur die Aufklärung bieten, wenn hier behauptet wird, es sei jetzt um so viel schlechter als früher. (Abg. Stöhrmann: „Sind diese Daten aus der Empirica?“)

Nein, die sind vom AMS. Die sind vom AMS und da ist der Einfluss der Sozialdemokratie nicht unwesentlich.

Lehrstellensuchende: Damals – unter SPÖ-Kanzlerschaft – 1200, jetzt 500, ein Minus von 700.

Und jetzt komme ich auch diesbezüglich zur Frage, was geschieht denn aktuell gerade bei den Jugendlichen? Das interessiert sicherlich auch die anwesenden Jugendlichen aus den Schulen sehr.

Gerade in den letzten Tagen noch vor der Wahl am 24. November 2002 hat ja die Regierung Schüssel – und das ist natürlich in den nächsten Wochen und Monaten seitdem umgesetzt worden – dieses Jugendausbildungssicherungsgesetz V beschlossen und wir haben es gerade in der Steiermark besonders angenommen. 600 bis 650 Lehrstellensuchende, und das ist auch der Grund, warum wir weniger Lehrstellensuchende haben, Gott sei Dank, sind hier bereits bei BFI, LFI, Jugend am Werk und BIT untergekommen. Also das wird umgesetzt. Wenn hier so getan wird, als ob da nichts passieren würde in der Zwischenzeit, ist das ja wirklich ein großer parteipolitischer Wauwau. (Abg. Schrittwieser: „Stimmt, dass wir jetzt über dem Bundesdurchschnitt sind. Das ist das Problem!“)

Im Übrigen, Siegi, Wahlkampf ist vorbei, das interessiert die Menschen auch nicht mehr. Jetzt ist es interessant, welche Fakten man hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Um es nochmals wieder bei den Fakten zu nehmen, Sonderprogramm des Bundes für Jugendliche, diese zirka 20 Millionen Euro, die wir in die Steiermark gekriegt haben. Die Lehrlingsausbildungsprämien – altes Anliegen der Sozialpartner, sowohl der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmerseite –, die 1000 Euro pro Jahr und pro Lehrling, was auch ein bisschen eine Abfederung des Aufwandes der Betriebe für die Berufsschulzeit ist.

Also summa summarum – von den Fakten her – überhaupt kein Grund sich sozusagen herzustellen und zu sagen, es ist alles viel schlimmer. Ich weiß, es gibt andere Absichten dabei, ist schon in Ordnung, hast dir eh schwer getan, das hier zu platzieren. Aber nur weil wir sehr viel Publikum haben, für den Landtag selber hätten wir das nicht so machen müssen, aber für das Publikum insbesondere eine Klarstellung dieser Fakten. (Abg. Gennaro: „Der Landesrat ist heute ein Büttnerredner!“)

Die Steiermark insbesondere hat Gott sei Dank in dieser Zeit – trotz aller Umfeldschwierigkeiten – eine sehr gute Position bewirkt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort. Redezeit fünf Minuten, Herr Abgeordneter.

Abg. Wiedner (10.35 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der Steirischen Landesregierung, liebe Kollegen, liebes zahlreich erschienenenes Publikum!

Lieber Siegi, leider, stark angefangen, aber stark nachgelassen. Das Thema wurde verfehlt in dieser Diskussion. Ich glaube, dass wir heute wichtigere Themen zu diskutieren haben als das, obwohl Taktieren und Sondieren, und das über diese Zeit, sicherlich eine Sache ist, die zu verurteilen ist. Man muss endlich einmal sagen, wozu steht man und dann muss man auch die Regierungsverantwortung übernehmen. Wir als Freiheitliche haben im Bund von der ersten Stunde nach der Wahl – und sie war nicht gerade glücklich für uns – gesagt, wir sind bereit, diese Reformpartnerschaft weiterzuführen und es war eine erfolgreiche, lieber Siegi, es war eine erfolgreiche Reformpartnerschaft. Es ist noch nie in drei Jahren so viel passiert, so viel Gutes für dieses Land passiert, als in den letzten drei Jahren passiert ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Und das kannst du hier und heute nicht schlechtreden. (Abg. Schrittwieser: „Warum gibt es euch dann nicht mehr?“)

Es ist sicherlich sehr vieles, was momentan angesprochen werden muss. Das ist richtig, es ist sehr vieles, was angesprochen werden muss. Nur eines, Siegi, nein. Siegi, wenn ich über die Grenzen rüberschaue nach Deutschland, ihr habt das Patentrezept für Beschäftigung nicht – die höchste Beschäftigungslosigkeit in Deutschland unter SP-Regierung –, also ihr habt die Legitimität nicht, hier zu sagen, wie es geht. (Abg. Kröpfl: „Aber ihr habt das Patent auch nicht!“) Ihr wisst es genauso nicht. Es ist sehr schwer, das Ganze in den Griff zu bekommen.

Nur eines sage ich auch, und das ist wieder eine ganz wichtige Sache. Wir wollten heute – und da geht es auch um Beschäftigte in der Steiermark, nicht um die gesamte Steiermark, sondern um einen Regionalaspekt der Beschäftigung in der Steiermark – auf die normale Tagesordnung die Problematik des A1-Ringes nehmen. Wir haben das in der Präsidiale beantragt. Der Herr Klubobmann Lopatka hat sich massiv dagegen gewehrt. Ich weiß zwar nicht, warum ihr euch gewehrt habt, dass wir heute diese wichtige Thematik der Beschäftigung für die Obersteiermark – es geht dabei um tausende Arbeitsplätze –, dass man dieses Thema heute in der normalen Tagesordnung bespricht und nicht wieder nachher anhängt, wo es dann keinen mehr interessiert. Habt ihr etwas zu verbergen bei diesem Thema oder ist euch der Khol heute um 11 Uhr wichtiger als die Diskussion um dieses Thema? Ist das wichtiger? (Abg. Dr. Lopatka: „Ein peinlicher Auftritt!“)

Man hat manchmal den Eindruck, lieber Kollege Lopatka, dass momentan das Auftreten in den „Seitenblicken“ wichtiger ist als die Arbeit für dieses Land. (Beifall bei der FPÖ.)

Und das Auftreten in den „Seitenblicken“ trübt scheinbar den Blick für die wesentlichen Dinge, für eine Pensionsreform, für eine Beschäftigungsinitiative am Arbeitsmarkt, für die Gesundheitsreform. Das müssten wir angehen, und nicht nur uns gegenseitig bei diversen Veranstaltungen zuzubeln, wie gut wir alle sind, uns gegenseitig Orden umhängen und uns gegenseitige Auszeichnungen verleihen. Damit werden wir nicht weiterkommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, dass das ein wichtiges Thema wäre, das heute sofort hätte besprochen werden sollen, weil in diesem Bereich sind einige Hunde drinnen begraben. In dieser Thematik, in der wir uns heute mit dem A1-Ring beschäftigen. Herr Landesrat Hirschmann ist leider nicht hier. Aber wenn ich mir die Verträge der letzten Jahre, die das Land Steiermark abgeschlossen hat, anschau, dann ist das Land Steiermark immer schlecht dabei ausgestiegen, sehr schlecht dabei ausgestiegen! (Abg. Schrittwieser: „Der German Vesko war auch dabei!“) Lieber Kollege Schrittwieser, wenn der German Vesko damals im 96er Jahr nicht gewesen wäre, hätten wir keinen Ring, weil der Kollege Hirschmann ist nur hinten am Beifahrersitz mitgefahren, gesteuert hat das der German Vesko! Jetzt soll man das auch einmal sagen, wie es wirklich war.

Nochmals, wenn ich mir die Verträge der letzten Zeit anschau, die in der Ägide des Herrn Landesrates Hirschmann „passiert“ sind – Kulturbotschafterin Hochkofler war ja auch in der Zeit des Herrn Landesrates Hirschmann und vor einigen Jahren im Jahre 2000 hat er noch gesagt, wird der Vertrag mit Häkelstone – wie die „Kronenzeitung“ sagt – super sein für die Steiermark. Der war bei Gott nicht super für die Steiermark, weil Herr

Ecclestone super herausgestiegen ist und wir als Land Steiermark das Risiko der Sache tragen. Wir tragen auch in Zukunft das Risiko der Sache und das sollten wir diskutieren, das geht auch in den Arbeitsmarkt hinein. Bitte weniger „Seitenblicke“ und mehr Arbeit für das Land! (Beifall bei der FPÖ. – 10.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (10.40 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Regierungsmitglieder!

Bevor ich zur Aktuellen Stunde der SPÖ komme, darf ich schon noch einiges richtigstellen. Ich bitte die Freiheitliche Fraktion, dass sie sich die Geschäftsordnung des Landtages ansieht, denn es geht hier nicht darum, ob wir das Tagesordnungsstück hier in der 37. Sitzung behandeln wollten oder nicht, sondern es geht darum, dass wir eine Geschäftsordnung haben und wenn das Stück heute hier erst zur Auflage kommt, dann muss es zuerst in den Finanz-Ausschuss und dann kann es erst im Landtag behandelt werden. (Abg. Wiedner: „Das muss man vorher machen!“)

Das wäre unmöglich gewesen, erster Punkt. Zweiter Punkt, du hast von Khol gesprochen. Ich weiß nicht, welchen Khol du meinst, um 11 Uhr. Was ist das? (Abg. Wiedner: „Entschuldigung, den Präsidenten Khol!“) Was hat der mit unserem Landtag zu tun? (Abg. Wiedner: „Ja, das frage ich mich auch!“)

Er spricht von einer Pressekonferenz von 11 Uhr, die nicht stattfindet. Also, ich kenne mich nicht aus bei der Freiheitlichen Partei. Ihr habt wirklich große Probleme momentan, euch zu finden.

Aber jetzt zur heutigen Aktuellen Stunde. Die SPÖ hat hier wieder einmal den Versuch unternommen – und es ist ein untauglicher Versuch, ich werde das nachher auch belegen –, einerseits die wirtschaftliche Situation in der Steiermark äußerst negativ darzustellen, andererseits den Wahlkampf fortzusetzen. Und für mich ist es nichts Neues, dass hier Bundeskanzler Wolfgang Schüssel frontal attackiert wird. Und warum sage ich untauglich? Weil die Menschen hier im Lande gemerkt haben, dass es der SPÖ nicht um die Sache geht, sondern um parteipolitisches Gezänk und mehr ist das nicht! Denn sowohl im Land, am 15. Oktober 2000 haben die Steirerinnen und Steirer und genauso auch am 24. November 2002 haben wieder die Steirerinnen und Steirer Ihnen eine klare Antwort gegeben, was sie von dieser Art von Politik halten. (Beifall bei der ÖVP.) Sie ist das Gegenteil von dem, was sich die Menschen erwarten, wenn man in einer schwierigen Situation ist. Ich werde es nie vergessen als ich 1986 in den Landtag gekommen bin, als hier Altlandeshauptmann Krainer und Ihr Parteivorsitzender Landeshauptmannstellvertreter Gross, als es um die Obersteiermark gegangen ist, am Ende der Budgetdebatte das Wort ergriffen haben. Hier hat man gespürt, dass es beiden bei allem Trennenden in erster Linie um die Steiermark geht, damals ist es um die Obersteiermark gegangen und dass man hier als Regierungspartei an einem Strang zieht.

Ihr Problem ist, um das ganz direkt zu sagen, dass Sie beides immer sein wollen, sehr wohl Regierungspartei, aber wenn es um eine Aktuelle Stunde geht oder um schwierige Probleme, dann fallen Sie sofort in die Rolle der Oppositionspartei. Die Menschen im Land wissen aber, dass sowohl Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als auch die Frau Landeshauptmann Klasnic Garanten dafür sind, dass in einer weltweit und europaweit schwierigen wirtschaftlichen Situation diese kleine österreichische und die steirische ist noch kleiner, diese steirische Volkswirtschaft hier einen bestmöglichen Weg gehen. Denn wo liegt denn das Problem für uns wirtschaftlich gesehen? Lesen Sie nach bei Hannes Androsch oder bei Ihrem neuen Wirtschaftssprecher Dr. Christoph Matzeneder, beide sagen sehr deutlich, dass ein ganz großes Problem für uns einen Namen hat, nämlich Deutschland. Ich füge hinzu, Gerhard Schröder! Letzten Sonntag haben es die Wähler ja wieder deutlich gezeigt in Deutschland, was sie von dieser Art von Politik halten. Also verdrehen Sie nicht die Tatsachen, lesen Sie bei Androsch und Matzeneder nach, lesen Sie bei Ihren Wirtschaftsexperten nach. Leider haben Sie viel zu wenige von diesen Wirtschaftsexperten! Die würden Ihnen sehr deutlich sagen und gerade auch Androsch, dass das, was an Wirtschaftspolitik hier im Land gemacht wird, nicht das Schlechteste ist. Ihr frommer Wunsch, dass Österreich eine innovative Regierung braucht, das hat mich sehr überrascht, denn das hätten wir uns von der SPÖ gewünscht. Nur haben die Sondierungsgespräche leider gezeigt, das genau das, was Sie hier innovativ nennen, mit der SPÖ nur sehr, sehr schwer möglich ist.

Noch eines zum Vorwurf der 80-tägigen Untätigkeit. 60 Tage davon haben zumindest die Sozialdemokraten zu verantworten! Ich zitiere Ihren SPÖ-Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer. Am 18. Jänner sagte Alfred Gusenbauer, dass er den Verlauf der Sondierungsgespräche positiv sehe und am 22. Jänner war Gusenbauer so weit, sagen zu können, geht es nach der SPÖ, können morgen – also erst am 23. Jänner – konkrete Regierungsverhandlungen beginnen. (Abg. Gross: „Wer ist denn verhandlungsverantwortlich?“)

Aber ich brauche einen Partner zum Verhandeln und wenn sich der verweigert, wenn der 60 Tage braucht, um mit dem Wahlergebnis zurecht zu kommen, dann haben wir dafür Verständnis, nur darf man es uns nicht zum Vorwurf machen! Heute, am 11. Februar, kritisiert plötzlich SPÖ-Klubobmann Siegfried Schrittwieser die Untätigkeit seit dem Wahlgang. 60 Tage davon, sage ich Ihnen, gehen auf Ihr Konto! Daher mein Appell an die Landes-SPÖ: Hier im Land werden Sie weiter in der Regierung sein. Konzentrieren Sie sich daher bitte auf das Arbeiten für das Land und fallen Sie nicht in jene unglückseligen Tage zurück, wo bei Ihnen Opposition und Blockade auf der Tagesordnung gestanden sind! (Beifall bei der ÖVP. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kurt Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (10.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon bezeichnend, dass der Kollege Lopatka sich da draußen hinstellt und sich mit der Bundesrepublik befasst, die Frau Landeshauptmann mit ihrer Vorstellung einer stabilen Regierung beschäftigt ist und zu den eigentlichen Anfragen kein einziges Wort gekommen ist aus der steirischen Situation. Und wenn Herr Landesrat Paierl sich da herstellt, aufzeigt und sagt, es ist interessant, es ist eh alles so paletti, dann glaube ich, ist das gegenüber der Bevölkerung Österreichs und der Steiermark unkorrekt. Vielleicht könnten Sie sich die Zahlen – die wissen Sie genauso, meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Sie auch –, wo die Steiermark im Stellenwert ist und wenn Sie in das gleiche Horn blasen wie der Herr Bundeskanzler Schüssel und Herr Minister Bartenstein bezüglich der Arbeitslosen, wo man sich hinreißen lässt und beschwichtigt, wenn Ende Jänner 303.700 Jobsuchende sind, dass man sagt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich – so der Herr Bundeskanzler Schüssel – na, die 303.000 werden sich schön bedanken. Herr Minister Bartenstein geht dann her und sagt, ja, dieses Horrorszenario, was da gezeichnet wurde, dass 320.000 Jobsuchende sein werden, das ist deutlich unterschritten worden. Na, wenn das eine Einstellung einer Regierung ist den Arbeitslosen gegenüber und das die Aktivitäten sind, dann sage ich Gute Nacht Österreich, dann war der Vorwurf sicherlich berechtigt, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir noch dazu wissen – und die „Kleine Zeitung“ hat nicht den Anruch, dass sie der SPÖ nahe steht, und wenn dort sehr deutlich festgestellt wird, was kosten diese 303.000 Arbeitslosen –, dass pro Tag 11 Millionen Euro bitte notwendig sind, wo die Wirtschaft darunter leidet, weil die Kaufkraft weniger ist, wo die Sozialversicherung darunter leidet, weil weniger Beiträge und mehr Kosten vorhanden sind, weil die Arbeitslosen zahlen nur einen Pauschalbetrag, die zahlen keinen Sozialversicherungsbeitrag und, und, und, dann muss man sich des Themas annehmen, meine Damen und Herren. Nicht über Deutschland reden, das interessiert mich da jetzt nicht in der Steiermark. Ich bin steirischer Abgeordneter, für die Steirer verantwortlich und nicht für die Bundesrepublik. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir haben als Sozialdemokraten schon Möglichkeiten aufzuzeigen. Ich möchte mich bedanken beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Voves, der in den letzten Tagen bewiesen hat, was es heißt, Aktivitäten zu setzen für Beschäftigungen, indem er im Bezirk Bruck mit den Bürgermeistern dementsprechend 51 Millionen Euro an Investitionen losgetreten hat, wobei das Land rund 30 Millionen über Bedarfszuweisungen gibt.

Und im Bezirk Deutschlandsberg das Gleiche. Eine große Liste, wo dementsprechende Investitionen gemacht werden.

Das, meine Damen und Herren, sind Aktivitäten für Arbeitsplatzschaffung, und nicht Ausreden, wie es in der Bundesrepublik ist oder die Wahlen ausgehen. Das möchte ich einmal dazusagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Lehrlingen auch noch, weil fünf Minuten sind relativ kurz. Herr Landesrat Paierl, wenn Sie sich da herstellen und sagen, bei den Lehrlingen ist eh alles so paletti, weil es sind weniger Lehrstellensuchende. Ich sage das immer wieder da, warum sind denn weniger? Weil sie keine Chance haben, eine Lehrstelle zu finden. Schauen Sie sich die Statistik der Wirtschaftskammer an – die habe ich nämlich da –, die Anzahl der Ausbildungsbetriebe ist um über 406 Betriebe seit 1998, Quelle Wirtschaftskammer, zurückgegangen. Und wenn man sich die Lehrlinge anschaut, wenn man schaut, was alles an Unterstützung für die Situation, dass mehr Lehrlinge vorhanden sind, den Unternehmen – sage ich – in den Rachen geworfen wird, 121,77 Millionen Euro. Und die Lehrlingssituation ist so schlecht wie nie zuvor, meine Damen und Herren. Das sind Geschenke, Steuer geschenke, aber sie haben keine Wirkung auf die Lehrplätze. Damit das auch einmal klar ausgesprochen wird. (Abg. Wiedner: „Das ist Klassenkampf!“) Du bist immer beim Klassenkampf. Stolz bin ich, dass wir Klassenkämpfer sind, weil du schaust oben drüber. Ich habe Gott sei Dank das Problem, dass ich fast jeden Tag in einem Betrieb bin, wo wir Schwierigkeiten haben. Fahr mit mit mir. Du nimmst mir meine Redezeit nicht weg.

Und als Letztes noch einen Satz, Frau Landeshauptmann und Herr Landesrat Paierl, das sind die Unternehmensgründungen. Ich habe mir das genau angeschaut und wir haben uns auch in der Arbeiterkammer darüber unterhalten. Wenn ich mir anschau, wie viele auf Grund dessen, dass sie keinen Job finden, sich selbstständig machen müssen – meine Frau hat sich auch selbstständig machen müssen, weil sie keinen Job mehr mit 48 Jahren bekommen hat.

Das sind eigentlich die, wo der Einzelne die Verantwortung auf sich nehmen muss. Der macht nichts anderes als er früher gemacht hat, aber ihr zählt das zu den Unternehmensgründungen. Da werden nicht mehr Leute.

Der Einzelne ist leider Gottes gezwungen, weil er am Arbeitsmarkt keinen Job findet, dass er sich selbstständig macht, damit er überhaupt einen Job hat. (Abg. Wiedner: „Ist das etwas Schlechtes, wenn man sich selbstständig macht?“)

Rede nicht so blöd, das hat mit Schlechtsein nichts zu tun. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl: „Unglaublich, die Wortwahl!“)

Weil du maulst immer nur hinein. Du bist der beste Unternehmer, der gescheiteste. (Abg. Wiedner: „Du kannst von mir lernen!“)

Ja freilich, ich kann von dir viel lernen, aber im negativen Sinn. Danke, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 10.52 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Waltraud Dietrich.

Abg. Dietrich (10.52 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Geschätzter Herr Kollege Lopatka, wie du dich vielleicht noch an die Präsidiale erinnern kannst, wäre es sehr wohl möglich gewesen, das A1-Stück in die Tagesordnung einzubringen, wenn man gewollt hätte. Man hätte eine Unterbrechung machen müssen. Hofrat Anderwald hat mir ebenfalls noch einmal die Auskunft gegeben. Wenn der Wille vorhanden gewesen wäre, das Stück zu einer normalen Zeit zu diskutieren, wäre es auch gegangen. Ich will das nur so im Raum stehen lassen, beantworten muss es die ÖVP, warum der Wille nicht vorhanden war.

Aber eigentlich möchte ich mich mehr mit der SPÖ auseinandersetzen. Wenn man Ihre Reden so anhört, dann könnte man doch tatsächlich glauben, der SPÖ geht es um das Land, der SPÖ geht es um die Wirtschaft und der SPÖ geht es um die Menschen in dem Land. Das könnte man wahrscheinlich glauben, gäbe es da nicht jahrzehntelange Politik des Schuldenmachens, gäbe es da nicht Schulden von mehr als 2200 Milliarden, die sie uns hinterlassen hat und gäbe es da nicht die herausgerissenen Kabel, die gelöschten Festplatten, die entwendete Software, all das, was die SPÖ als innovative Partei den Nachfolgern hinterlassen hat. Ich frage da schon, wo war da Ihre Verantwortung dem Steuerzahler gegenüber, der Wirtschaft gegenüber und den Menschen in dem Land gegenüber?

Und jetzt, wo es um das Budgetprovisorium geht, auch da haben Sie sich vor der Entscheidung und Verantwortung gedrückt. Einzig die Freiheitlichen haben gesagt, wenn es dem Steuerzahler hilft, Zinsen einzusparen, selbstverständlich gehen wir diesen Weg. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie heute eine rasche Regierungsbildung fordern, so ehrt Sie das sehr, ehrt Sie das als steirische Partei, es zeigt uns aber auch, wie wenig diese steirische Partei Einfluss bei ihrer Bundes-SPÖ hat, weil seitens der Bundes-SPÖ war auch in der Zeitung zu lesen, na ja, kein Problem, wie lange die Verhandlungen dauern, Hauptsache das Ergebnis stimmt dann.

Also glaube ich, Sie müssten sich parteiintern einmal auf eine Linie und auf eine Aussage einigen können.

Einzig die FPÖ – Generalsekretär Schweitzer – hat eine rasche Regierungsbildung verlangt. Und er hat das zu Recht verlangt. Wir sind auch dieser Meinung, dass angesichts der drohenden Irakkrise Österreich so rasch wie möglich eine Regierung braucht, eine handlungsfähige Regierung. Und die FPÖ war auch die einzige Partei, die von Anfang an klare Vorstellungen im wirtschaftspolitischen Bereich eingebracht hat. Wir waren diejenigen, die eine Steuerreform beantragt haben und die anderen Parteien sind uns nachgefolgt. Wir wollten eine Senkung der Abgabenquote und all jene Dinge, die Sie später aufgegriffen und als Wahlkampfthemen gepredigt haben. Wir haben genau erkannt, dass es höchste Zeit ist, eine Steuerreform durchzusetzen, damit nicht dieses Chaos, das Rot-Grün in Deutschland hinterlassen hat, auch in Österreich Einzug hält. (Beifall bei der FPÖ.)

Aus diesem Grund haben wir diese Steuerreform verlangt. Aber der Regierungspartner hat es nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Jetzt ist Gefahr im Verzug und das Land darf nicht nur verwaltet werden, es ist höchste Zeit, dass das Land auch gestaltet wird.

Die ÖVP kommt mir bei diesen Verhandlungen vor wie jemand, der die ganze Speisekarte durchprobieren will, bis er sich für das Menü oder die Speise entscheidet (Abg. Majcen: „Sehr gescheit!“), die er letztendlich bestellen will. Aber, Kollege Majcen, die Gefahr ist nur jene, dass zu dem Zeitpunkt, wo er es bestellen möchte, die Speise vielleicht nicht mehr vorhanden ist und er die gewünschte gar nicht mehr erhält. (Beifall bei der FPÖ.)

Im Leben ist vieles relativ und wir haben in den letzten Wochen gelernt, wie aus 42 Prozent der Stimmen 100 Prozent Macht werden. Und jeder Einzelne von uns hat das gespürt, in welchem Machtrausch sich die ÖVP befunden hat. Das hat sich nicht nur im Umgang mit den politischen Mitbewerbern, auch im Umgang mit künftigen Partnern abgezeichnet, die man so salopp als geringeres Übel bezeichnet, und das war ja noch die geringere Beschimpfung, die auf die einzelnen Mitbewerber gekommen ist.

Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass dem politischen Taktieren ein Ende gesetzt und mit dem Arbeiten begonnen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (10.57 Uhr): Meine Damen und Herren, ich hoffe, die FPÖ und ÖVP haben ihre Koalitionsverhandlungen beendet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, Herr Wirtschaftslandesrat!

Ich bin gestern mit dem Kollegen Böhmer Ihren Ausführungen bei der Awardverleihung „Taten statt Worte“ sehr aufmerksam gefolgt. Und, sehr geehrter Herr Landesrat Paierl, ich hätte gestern jede Wette gewonnen, dass du in deiner Ansprache auf die Tatsache verweisen wirst, dass die Frauenarbeitslosenrate gesunken ist.

Natürlich hast du, Herr Landesrat, darauf verwiesen, dass es Ende 2003 auch die Tatsache war, denn die Zahl der unselbstständig beschäftigten Frauen hat sich seit 1951 in der Steiermark verdoppelt. Auf den ersten Blick könnte man ja glatt meinen, dass die Frauen die Gewinnerinnen bei der Beschäftigungsentwicklung sind. (Abg. Tasch: „Sind sie ja!“) Der gestiegene Beschäftigungsstand – lieber Kollege Tasch, schau dir einmal ein paar Statistiken an und dann rede mit uns mit – bei den Frauen täuscht aber darüber hinweg, dass deren Erwerbsquote immer noch weit hinter jener der Männer liegt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Davon habe ich gesprochen!“)

Ja, Herr Landesrat, aber du hast auf etwas anderes nicht hingewiesen, nämlich die sinkende Frauenarbeitslosigkeit geht in erster Linie auf das Konto von großteils minder bezahlten Teilzeitsjobs, von denen Frauen und darunter großteils sehr viele Alleinerzieherinnen mehr schlecht als recht leben können. (Beifall bei der SPÖ.) Viele Frauen sind froh, überhaupt eine Arbeit zu bekommen, aber Frauen haben quasi ein Monopol, ein Monopol bei der geringfügigen Beschäftigung und 72 Prozent der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Auf die Steiermark umgelegt bedeutet das 60.000 Frauen in der Steiermark sind teilzeitbeschäftigt. (Abg. Wiedner: „Wieso ist das so?“) Viele wollen das wissen, lieber Kollege. Aber warum wollen sie, hinterfrage das einmal, warum müssen sie wollen? Leider liegt die Erwerbsquote der Frauen noch immer weit unter jener der Männer. Meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, du hast von der Würde und von der Sicherheit gesprochen. Diese Würde und Sicherheit gebührt aber auch den Frauen am Arbeitsmarkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landesrat, in den nächsten fünf Jahren ist weiterhin eine steigende Beschäftigungsquote bei den Frauen zu erwarten. Das zeigt eine Studie des WIFI auf. Damit verbunden sind aber ein hoher Teilzeitanteil, geringe Aufstiegsmöglichkeiten und ungünstige Arbeitszeiten. Wo bleibt denn hier die Würde und die Sicherheit der Frauen? Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines männlichen Arbeitnehmers in der Steiermark war 2001 um 68,2 Prozent höher als das eines weiblichen Arbeitnehmers. Die Einkommensschere in Österreich ist EU-weit eine der höchsten und der größten. Wo bleibt denn hier die Würde und die Sicherheit der Frauen? Frau Landeshauptmann, du hast vom Lebensgefühl gesprochen. Wir leben immer noch in einer Zeit – und ich traue mich das Wort zu sagen – der Frauenmuster. Musterfrauen sind Frauen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie alleine managen. Die leidige Entscheidung Familie oder Beruf oder sogar Familie und Beruf stellt sich fast ausschließlich für die Frauen. Das ist das Lebensgefühl, das diese Bundesregierung derzeit den Frauen vermittelt. Daher, meine Damen und Herren, liebe Frau Landeshauptmann, du hast von Nachhaltigkeit gesprochen. Hohe Frauenbeschäftigung mit einem existenzsichernden Einkommen, das wäre Nachhaltigkeit in meinen Augen. Die Frühpension abzuschaffen, das Frauenpensionsalter anzuheben, das sind einseitige Maßnahmen, die nur dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit und die Existenzgefährdung besonders bei den gering verdienenden Frauen weiter ansteigt. Meine Damen und Herren, statt konkrete Maßnahmen zu setzen und Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, gibt es durch diese Bundesregierung nur Rückschritte, die eine reale Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt verhindern. Die Zeit erlaubt leider nicht, sie aufzuzählen. Bei Frauen, die nach mehreren Jahren der Familienarbeit zurückkehren wollen, wieder einsteigen wollen, ist auch das Alter ein großes Problem. Meine Damen und Herren, diese Frauen sind erst 35 Jahre alt und dieses Alter gilt heute in vielen Branchen als zu alt. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Frau Landeshauptmann, du hast bei der gestrigen Veranstaltung „Taten statt Worte“ das Problem der älteren Arbeitnehmerinnen selbst angesprochen. Du bist im Verhandlungsteam der ÖVP im Bund, nimm bitte dort die Chance für uns Frauen wahr, nimm bitte dort die Chance für unsere Steiermark wahr. Nicht bremsen und lizitieren, sondern Taten setzen, von denen Frauen wirklich profitieren. (Beifall bei der SPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zierler. Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete.

Abg. Zierler (11.03 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von der SPÖ haben wir heute einiges gehört und ich muss sagen, ich bin sehr erstaunt, denn alles, was man da gehört hat, da kann man eigentlich nur sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie wirklich so ein Kurzzeitgedächtnis? Haben Sie wirklich vergessen, was Ihre Politik war? Herr Kollege Schrittwieser, Sie haben von 30 Jahren Politik der SPÖ gesprochen. An die erinnern wir uns sehr gut! Schulden, Schulden, Schulden haben Sie uns hinterlassen. Stillstand hat es in Österreich gegeben. (Beifall bei der FPÖ.) Wir haben nichts anderes gehabt als Proporz und Postenschacherei und so weiter und so fort. Das war die Politik der SPÖ in den letzten 30 Jahren und hat uns in diese Situation gebracht, in der wir heute noch sind. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Bis ihr in die Regierung gekommen seid, dann hat sich das Bild drastisch geändert!“)

Und, Herr Kollege, weil Sie sich aufgeregt haben, dass über Deutschland gesprochen wurde, das ist ja nur ein Symbol für die Sozialdemokratie, das, was wir in Deutschland hier erleben. Ich glaube, es ist auch erlaubt, im steirischen Landtag ein bisschen über den Tellerrand hinauszuschauen. Und davor warnen wir, dass so etwas in Österreich auch passiert wie in Deutschland, weil die Schuldenpolitik der SPÖ die wurde fortgesetzt oder würde fortgesetzt werden, hätten Sie nur die Möglichkeit. Ich denke und hoffe, Sie werden diese Möglichkeit nicht haben!

Zum Herrn Kollegen Lopatka. Wir haben keine Probleme mit der Selbstfindung. Die Freiheitliche Partei hat sich sehr wohl gefunden und wir wissen auch, wo wir stehen und wir wissen auch, was wir zu tun haben und wir haben mit Sicherheit aus unseren Fehlern gelernt. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass es für eine politische Arbeit in Zukunft sehr wichtig ist, dass wir wirklich sehr schnell zu einer Entscheidung auch auf Bundesebene kommen, damit einfach die Arbeit für Österreich und die Arbeit für die Menschen in diesem Land fortgesetzt werden kann. Das kann meiner Meinung nach nicht mit einer SPÖ passieren, die weiterhin für Stillstand und Schuldenpolitik steht. Ich weiß auch nicht, wie es mit der Grünen Partei funktionieren könnte, zum einen zerbröseln die Grünen ja schon vorher, bevor es überhaupt zu einer Entscheidung kommt, zum anderen ist für mich die Frage, wie kann sich hier überhaupt eine Zusammenarbeit der Grünen und der ÖVP ergeben, wenn man sich einmal die Positionen anschaut. Ich meine jetzt nicht nur die Positionen, was Studiengebühren oder Abfangjäger

betrifft, sondern auch die Wirtschaftspositionen. Da haben wir auf der einen Seite einen sehr großen, einen sehr starken Wirtschaftsbund und auf der anderen Seite sehr viel neue und durchaus auch innovative Ideen der Grünen Partei. Also wie das funktionieren soll, ist mir ein Rätsel.

Und weil die Frau Kollegin Gross von der SPÖ über Frauenpolitik gesprochen hat. Frau Kollegin, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Worte, denn das waren genau die Worte, die man immer bei Ihnen gehört hat. Sie haben sich immer nur für einen Typ von Frau eingesetzt, das war für Sie die Frau, die berufstätig ist, eine gute Frau ist eine Frau, die arbeiten geht, eine gute Frau ist eine Frau, die ihr Kind abgibt, eine gute Frau ist eine Frau, die einen Kinderbetreuungsplatz für ihr Kind gefunden hat. Das wäre Frauenpolitik. Wo war Ihre Unterstützung für Hausfrauen, für Selbstständige, für Studentinnen, für Bäuerinnen? Die hat es in Ihrem Frauenbild überhaupt nicht gegeben! (Beifall bei der FPÖ.)

Und, sehr geehrte Frau Kollegin, ich teile Ihre Meinung, dass wir frauenpolitisch sehr, sehr vieles machen müssen, ich teile Ihre Meinung, dass wir endlich etwas tun müssen, dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird. Nur, Sie haben die Möglichkeit gehabt, 30 Jahre mit Ihrem Sozialpartner das durchzusetzen. Nichts ist passiert. Die Einkommensschere ist in Ihrer Regierungstätigkeit noch weiter auseinandergeklafft. Und jetzt haben wir einen Schritt einmal gemacht mit dem Kinderbetreuungsgeld, dass alle Frauen gleich behandelt werden und dass alle Frauen auch eine Möglichkeit haben zu entscheiden. Das ist sicher ein Schritt auch zur Vereinbarung von Familie und Beruf und das ist in dieser Bundesregierung gelungen! Das ist der FPÖ und ÖVP gelungen! Einem Partner allein wäre es nicht gelungen, die ÖVP hatte vorher Zeit mit den Sozialdemokraten, hat es nicht gemacht.

Mit dieser Regierung ist es gelungen, Frau Kollegin. Und ich denke, dass das Entscheidende für Österreich ist, dass wir so weiterarbeiten, dass wir weiterhin an die Menschen in Österreich denken, und nicht an Machtpositionen und nicht an den Futtertrog der Macht, an den die SPÖ mit aller Gewalt wieder zurückkommen will, was man in den anbiedernden Reden hier im Landtag ja auch gehört hat. (Beifall bei der FPÖ. – 11.08 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die exakte Einhaltung der Redezeit.

Nächster Redner Herr Abgeordneter Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Ich darf darauf hinweisen, dass die ersten 60 Minuten bereits in der Aktuellen Stunde verbraucht sind und mache von dem Recht Gebrauch, diese Aktuelle Stunde um 30 Minuten zu verlängern. Herr Abgeordneter Riebenbauer, bitte!

Abg. Riebenbauer (11.09 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Regierungsmitglieder, meine geschätzten Damen und Herren!

Eigentlich bin ich schon etwas verwundert, da geht der Herr Kollege Gennaro heraus und sagt, es gibt in dem Land keine Projekte, es wird nichts gemacht, es wird nichts gearbeitet, zählt dann ein, zwei Bezirke auf und tut so, als ob es in der Steiermark nur zwei oder drei Bezirke gibt und der Rest ist Stillschweigen. (Abg. Gennaro: „Du hast noch kein Beispiel aufgezählt!“)

Geschätzter Herr Kollege Gennaro, es gibt sehr wohl in den Bezirken gute Arbeit und wir versuchen in den Bezirken über unsere Entwicklungsförderungsverbände und über unsere Regionalmanagementstellen Entwicklung zu machen und Projekte zu forcieren.

Wenn ich das Beispiel unseres Bezirkes Hartberg anführe, wo der Herr Kollege Böhmer und ich gemeinsam versuchen das Beste zu machen, so haben wir in unserem Bezirk ein großartiges Projekt, das Projekt „nachhaltige Entwicklungen im Bezirk Hartberg“, das ein Beispielprojekt für ganz Österreich sein soll, das vom Wirtschaftsministerium und vom Land Steiermark massiv unterstützt wird. Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat Pöttl und Herr Landesrat Paierl, ich bedanke mich dafür, dass ihr uns bei diesem Projekt, das wir beispielhaft für ganz Österreich machen, unterstützt. Das ist Projektarbeit. (Beifall bei der ÖVP.) Hier geht es uns um die Beschäftigungsstrategie in den Bezirken, dort vor Ort, wo die Menschen zu Hause sind und wo wir versuchen, alle einzubinden und gemeinsam etwas zu machen.

Wir haben aber auch in unserem Regionalmanagement Oststeiermark und in der gesamten Oststeiermark, in den vier Bezirken, das Beschäftigungsprojekt „go best“, gemeinsame oststeirische Beschäftigungsstrategie. Für dieses Projekt, meine geschätzten Damen und Herren, hat uns die EU ausgezeichnet. Das ist beispielhaft für ganz Europa.

Und dann da herzugehen und zu sagen, in der Steiermark ist nichts los, da macht niemand etwas, das ist traurig, das ist schlechtmachen, das ist miesmachen. Das lassen wir uns nicht gefallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben auch die LEADER-Gruppen, wo auch ihr mitarbeitet, aber ihr vergesst es anscheinend. Wenn ich an unsere Region denke, an das LEADER-Projekt „Almenland“, wenn ich auf die Kraftspenderdörfer denke, wenn ich an das LEADER-Projekt „Lafnitztal“ denke (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Das ist mein Ressort!“), auch hier überall Projektarbeit im Sinne unserer Menschen, schwierige Arbeit, nicht einfach, manchmal hart, aber wir bringen etwas zusammen, wir bringen etwas weiter. Und das ist glaube ich das Wichtigste in unserem Land.

Eines noch zum Bedenken: Wenn ich mit den Leuten draußen rede, so fragen sie sicher manchmal, was ist mit der Regierung. Aber es gibt sehr viele, die sagen, wir haben eine Regierung, die arbeitet.

Eines muss uns klar sein, wir suchen uns den stärksten und den besten Partner, weil wir in Zukunft für unser Land etwas weiterbringen wollen, und das ist uns wichtig. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.12 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (11.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine verehrten Herren von der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucherinnen und Besucher!

Diese Aktuelle Stunde haben wir deshalb angesetzt, um auf die aktuelle Situation in der Steiermark aufmerksam zu machen. Und wenn Sie, Frau Abgeordnete Zierler, herausgehen und sagen, die SPÖ hat ein Kurzzeitgedächtnis, dann haben Sie vielleicht ein noch kürzeres Gedächtnis, denn was in den letzten Jahren passiert ist, seitdem die FPÖ in der Regierung war. (Abg. Zierler: „Nur positive Dinge!“) Dann darf ich Ihnen jetzt ein paar positive Dinge aufzählen. Vielleicht hören Sie gut zu, weil das sind auch Dinge, die Sie mitzuverantworten haben.

Eine Steuerbelastung von 46 Prozent, Einführung von Ambulanzgebühren, Unfallrentenbesteuerungen, die höchste Arbeitslosigkeit, Einführung der Studiengebühren und so weiter. Man könnte das noch weiterführen.

Darf ich noch einen Satz dazu verwenden: Wenn Sie zur Frauenpolitik sagen, dass das Kindergeld das Gelbe vom Ei und das Allerbeste ist, wahrscheinlich haben Sie noch nie mit 6000 Schilling im Monat auskommen müssen. Nur so viel dazu. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „War es früher mehr?“)

Sehr verehrte Damen und Herren, das waren nur ein paar kleine Richtigstellungen, wenn man immer wieder sagt, wir haben ein Kurzzeitgedächtnis.

Aber sich da herzustellen von der Seite der ÖVP und zu sagen, na bitte, Freunde, wir haben so viele Projekte, so viele gute Initiativen in diesem Land, dann unterstreiche ich das schon. Aber man darf nicht die Augen verschließen und sagen, 50.000 Arbeitslose in der Steiermark gehen uns nichts an und es ist eh alles okay. (Beifall bei der SPÖ.)

Schauen Sie sich die Zahlen in unserem Bezirk Deutschlandsberg an. Im Bezirk Deutschlandsberg haben wir eine Arbeitslosenzahl von 2797 derzeit, das sind 11,5 Prozent.

Herr Landesrat Paierl stellt sich da her und sagt, ich vergleiche jetzt die Zahlen von 1997 mit jenen von 2003. Na, das sind Zukunftsperspektiven, wenn ich zurückschaue, was im Jahr 1997 war. Herr Landesrat Paierl, Sie sind bekannt und lassen sich immer feiern für Ihre Vorwärtsstrategien. Die fehlen mir jetzt in diesem Bereich. Ich hoffe, dass da noch einiges kommen wird, damit man den jungen Menschen draußen auch sagen kann, bitte, liebe Freunde, wir tun etwas für euch. Derzeit kommen im Bezirk Deutschlandsberg auf einen freien Arbeitsplatz 20 Arbeitsplatzsuchende. Da können wir doch nicht blind durch die Steiermark gehen und sagen, es passt alles. Und da lassen wir uns noch Zeit mit einer neuen Regierung.

Vor kurzem hat mir einer von meinen Freunden gesagt, gar so schlecht ist es ja nicht, dass die ÖVP zu keiner Regierung kommt, weil seit Juli vorigen Jahres – um auch einmal etwas Positives zu sagen – hat es keine Steuererhöhung gegeben und auch keine Tarifanpassungen. Das wäre vielleicht etwas Positives gewesen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zwei Minuten habe ich noch zum Reden. Vielleicht kann ich das noch ausnutzen, um ein bisschen auf die Regionen einzugehen, verehrte Damen und Herren.

Die Frau Landeshauptmann und die ÖVP sagen immer, die Regionen und die Menschen in den Regionen sind so wichtig. (Abg. Riebenbauer: „Richtig!“) Das haben wir alles gesehen, wie diese schwarz-blaue so genannte Wenderegierung angefangen hat die Gendarmerieposten zuzusperren, die Bezirksgerichte zuzusperren und jetzt die Postämter zu schließen. Da hat man gesehen, wie wichtig die Regionen für diese Partei sind. Und da hat man auch gesehen, wie wichtig die Frau Landeshauptmann die Anliegen ihrer eigenen Bürgermeister nimmt. Da gibt es eine Petition der 40 Bürgermeister des Bezirkes Deutschlandsberg und davon sind nur neun SPÖ-Bürgermeister, alle anderen sind ÖVP-Bürgermeister. Diese Resolution haben sie am 20. Februar 2001 abgeschickt und ich lese nur zwei Sätze daraus vor, oder vielleicht sind es drei: „Auf verschiedenster Ebene versucht man, Kleinststrukturen zu erhalten. Die Schließung der Bezirksgerichte ist ein Weg in die falsche Richtung. Dies hat man nicht zuletzt auch in Amerika schon erkannt. Maßnahmen wie diese tragen zur Totalarisierung von Regionen bei, die sich momentan in vielen Bereichen zu Positivem verändern versuchen.“

Genau das ist. Wenn wir nicht auftreten und wenn die Steiermark nicht stark auftritt gegen dieses Zusperrn in den Regionen, dann werden wir ausrinnen. Und wenn man mit Anträgen der SPÖ in diesem Landtag so umgeht, dass man sie ein Jahr hinauszögert, bis die Entscheidungen dann getroffen und gefallen sind, dann, sage ich, ist das traurig. Wenn man sich noch hingestellt und gesagt hat, „Bezirksgerichte werden nur dann geschlossen, wenn ich zustimme“, dann, sage ich, war das keine große Hürde, Frau Landeshauptmann. Dann hat Sie der Herr Minister Böhmendorfer entweder gewaltig über den Tisch gezogen oder Sie sind schlussendlich weich geworden.

Für die Zukunft, verehrte Damen und Herren, wäre es für die Steiermark notwendig vorwärts zu schauen und zu schauen, dass wir gemeinsam etwas weiterbringen, und nicht nur sondieren, taktieren, verhandeln und alles hinausschieben bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Die jungen Menschen in diesem Land brauchen die Unterstützung der politisch tätigen Menschen und sie brauchen uns alle miteinander. Deswegen krempeln wir uns die Ärmel auf und schauen, dass wir etwas weiterbringen für dieses Land. (Beifall bei der SPÖ. – 11.17 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic. Ich erteile ihm das Wort.
Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Kasic (11.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man sich die Wortmeldungen der SPÖ-Abgeordneten – und der Wirtschaftssprecher Kurtl Gennaro ist ja auch wieder im Landtag eingetroffen – angehört hat, dann muss man sagen, es gehört schon sehr viel Mut dazu, wenn ihr euch hier heraußen herstellt, um Dinge aufzuzeigen, um etwas mies zu machen, wo ihr selbst davon überzeugt seid, dass es nicht so schlecht ist in diesem Land und es um dieses Land nicht so schlecht, sondern sogar sehr gut bestellt ist. Wenn man die letzte Wortmeldung des Abgeordneten Kröpfl angehört hat, wo er wieder von Bezirksgerichten (Abg. Kröpfl: „Sind sie zugesperrt worden oder nicht?“) und anderen Dingen gesprochen hat, so habt ihr euch damit selbst entlarvt und enttarnt. Ihr wollt den Landtag offensichtlich nur als Showbühne nutzen, um irgendetwas wieder mies zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

In Wirklichkeit, liebe Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion, haben die Wähler in diesem Land, die Steirerinnen und Steirer schon längst erkannt, dass diese Miesmacherei nicht gewünscht wird und sie haben es euch in den vergangenen Wahlen eindrucksvoll gezeigt. Nur, ihr wollt offensichtlich dieses Votum der Wähler nicht verstehen. Euer früherer Vorsitzender hat es nicht verstanden, euer jetziger Vorsitzender ist auf dem Weg, es zu verstehen, nur ihr selbst wollt es offensichtlich nicht verstehen, dass die Menschen sich eine konstruktive Arbeit erwarten und nicht diese Mieselsüchtelei. (Abg. Gennaro: „Lei, lei!“)

Ja, genau das ist die Stimmung, wie du es schon aussprichst, das ist dein Stil, du verwechselst hier einiges.

Meine Damen und Herren, was hat denn die SPÖ in den vergangenen Jahren bewiesen? Sie hat bewiesen, wie man Industrieregionen und die Verstaatliche ruiniert, sie hat gezeigt, wie man Großunternehmungen, wenn SPÖ-Funktionäre etwa im Aufsichtsrat sitzen, in den Konkurs führt, Stichwort Konsum, wo unzählige Frauen arbeitslos geworden sind durch eure Politik.

Das habt ihr bewiesen! Und ihr habt bitte bewiesen, wie man Schulden anhäuft als Belastung für unsere Jugend. Nichts anderes habt ihr in den vergangenen Jahren zuwege gebracht. Im Gegensatz dazu hat nicht nur die österreichische Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren, sondern vor allem die steirische Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und unserem Wirtschaftslandesrat Herbert Paiarl an der Spitze bewiesen, wie man richtige, hervorragende Wirtschaftspolitik betreibt. Wir hatten noch nie so viele Betriebsansiedelungen in diesem Land wie in den vergangenen fünf Jahren. Es ist ja offensichtlich – Kurt, du willst es nicht wahrhaben in deinem klassenkämpferischen Denken – nichts Schlechtes dabei, wenn man sich selbstständig macht! Ja, wir brauchen Unternehmer in diesem Land, damit wir nämlich noch mehr Arbeitsplätze schaffen. Es gab noch nie so viele Betriebsansiedelungen in diesem Land. Lieber Kurt, du sitzt ja im Wirtschaftsförderungsbeirat, du erzählst dort immer, wie gut alles ist, du sprichst unserem Landesrat in diesem Wirtschaftsförderungsbeirat höchstes Lob aus für die Initiativen, die er setzt und wie gut diese Betriebsansiedelungspolitik ist und heute stellst du dich da her und sagst wieder, es ist alles so schlecht.

Und, meine Damen und Herren, eine jüngste Umfrage vom Jänner 2003 hat ergeben, dass die steirischen Unternehmer, aber auch die Menschen in diesem Land Vertrauen in die Wirtschaftspolitik haben, dass sie Vertrauen in die Rahmenbedingungen haben, die hier geschaffen worden sind und dass man auch Vertrauen hat in die Arbeitsmarktpolitik. Und da bin ich bei dir, dass es nicht korrekt ist, wenn es viele Arbeitslose gibt. Jeder einzelne Arbeitslose in diesem Land, ob jung oder alt, ist zuviel! Aber, lieber Kurt, wenn du die „Kleine Zeitung“ vom vergangenen Freitag aufschlägst, Unmengen von freien Stellen, 591 Stellenanzeigen auf 24 Seiten (Abg. Kröpfl: „20 Arbeitsuchende auf eine Stelle im Bezirk Deutschlandsberg!“), wo Menschen, und zwar Vollzeit-arbeitskräfte bis Teilzeitarbeitskräfte gesucht werden, von hoch qualifizierten Menschen bis hin zu etwa Kassierinnen, HTL-Technikern und sonstigen. Das heißt, es gibt hier genug freie Plätze, aber wir müssen auch hier, wie es der Vorsitzende des AMS Österreich gesagt hat, Änderungen in den Zuweisungen schaffen und er hat es gestern im Wirtschaftsblatt gesagt, wir müssen die vielen freien Stellen, die es gibt, mit den richtigen Menschen vermitteln. Ich glaube, dass wir in der Steiermark auf dem richtigen Weg sind, dass diese Miesmacherei, wie ihr Sie dauernd betreibt, nicht zielführend ist und dass wir mit unserer Wirtschaftssituation im Land Steiermark äußerst zufrieden sein können. (Beifall bei der ÖVP. – 11.22 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro. Fünf Minuten, Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (11.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Kasic geht heraus und versucht wieder die Situation so zu interpretieren, es ist alles in Ordnung und der Gennaro tut nur mies machen. Den Landesrat lobe ich dort, wo er zu loben ist, zu dem stehe ich, dabei habe ich überhaupt kein Problem. Und wenn wir im Wirtschaftsförderungsbeirat positive Dinge zu erledigen haben, dann stehe ich nicht an, ein Lob auszusprechen, aber er muss auch zugeben, dass ich immer sehr kritisch bin und dass wir uns in der Frage, wo es Probleme gibt, versuchen zu einigen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Falsches Lob!“) Nein, nicht falsches Lob. Ich möchte nur klarstellen, lieber Kollege Kasic. Das, was ich heraußen sage – ich bilde mir das zumindest ein –, das sage ich wirklich aus dem Herzen heraus, weil mich das bedrückt, wenn die Situation in der Steiermark so ist, wo ihr nur beschwichtigen und schön machen tut. Niemand stellt sich da her und tut nur alles verunglimpfen, aber man muss die Realität auch einmal aufzeigen und sagen, was wirklich hinter den Kulissen ist. Jede Medaille hat zwei Seiten und ihr zeigt nur mehr die, wo die Sonne hinscheint, aber dort, wo der Schatten ist, dort schaut ihr nie hin! (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt immer mehr Jobs, meine Damen und Herren. Ja, ich zitiere die „Kleine Zeitung“, weil ich bin ein aufmerksamer Zeitungsleser, die so genannten McJobs und die Teilzeitbeschäftigung, ja, willst du behaupten, Kollege Kasic, dass die, die arbeitslos sind, nicht arbeiten wollen und wenn du 500 Arbeitsplätze oder freie offene Stellen heute da zitierst und 50.000 suchen eine Arbeit, dann ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Man muss anschauen, welche Qualifikation, aus welcher Branche und wo werden Leute gesucht. Und wenn in der Zeitung öffentlich schon festgehalten wird, ohnedies nicht von mir, dass man sagt, die so genannten McJobs sind schon da, es gibt immer weniger Vollzeit Arbeitsplätze, immer mehr Teilzeit und Geringfügige, wo das Einkommen nicht einmal zum Leben reicht, meine Damen und Herren. Da soll man sich darüber unterhalten.

Und zur Frau Zierler muss ich eines sagen. Liebe Frau Kollegin Zierler, auf Sie haben wir gewartet da, eine Freude! Oft habe ich das Gefühl und ich muss das auch sagen, wenn man selbst im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Sie stellen sich da heraus mit einer Präpotenz und sagen, die Sozialdemokraten haben nur Postenschacher gemacht. Ja, zu Ihrer Zeit und der Kollege Wiedner hat gesagt: „Wir haben vieles gut gemacht!“ Ja, für die FPÖ! Ihr habt alles, was rot und schwarz war in gewissen Entscheidungen, wo ihr gekonnt habt, ausgetauscht, rot raus, blau rein. Erinnern Sie sich, was da alles aufgeführt wurde. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Man kann etwas nur umfärben, wenn es eingefärbt ist!“) Und Sie selbst haben diese Worte, die Sie heute heraußen gesagt habt, schon sehr ausdrucksvoll in Ihrem Wahlkampf zitiert, aber leider sind Sie auch baden gegangen, sind sogar abgelöst worden und heute haben Sie die Möglichkeit das Alte wieder aufzuwärmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe oft das Gefühl und manchmal denke ich mir, Dummheit ist keine Schande, aber oft ein Unglück, das muss man auch sagen. Wenn man da zitiert Karenzgeld und Kinderbetreuungsgeld, dann möchte ich Ihnen auch eines sagen. Sie haben damals einmal in der Öffentlichkeit gesagt, Sie haben Familie und Sie werden Ihre Zeit mehr der Familie widmen, wenn Sie von der Politik weg sind. Währenddessen Sie heute da sind – das ist eine private Geschichte, aber ich muss es sagen, damit man nicht einer Kollegin unterstellt, sie macht – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Machst dir viele Sympathien!“) Geh, Herr Landeshauptmannstellvertreter, deine Bemerkungen kann ich vergessen, denn wenn der Michl Schmid draußen zuhört, schimpft er wieder mit dir! Hör auf! (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Untergriffig, ungläublich!“)

Die Situation ist so, dass Kinderbetreuungsgeld und Karenzgeld zwei Paar Schuhe sind, meine Damen und Herren. Liebe Frau Kollegin Zierler, haben Sie sich schon einmal überlegt, ob eine berufstätige alleinstehende Frau mit einem oder zwei Kindern sich mit diesem Kinderbetreuungsgeld über die Bühne retten kann? Die muss arbeiten gehen, die kann mit 6000 Schilling nicht daheim bleiben, weil sie es sich nicht leisten kann. Aber Sie haben es wahrscheinlich besser, Sie können sich es leisten, daher sage ich, ich würde einmal gerne haben, dass ihr mit aufsteht, ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn eine Bäuerin, eine Studentin, eine Frau, die zu Hause ist, ein Kindergeld kriegt. Wenn wir es finanzieren können vom Staat, warum nicht. Aber vergesst bitte nicht auf die Frauen, die arbeiten gehen müssen, die Probleme haben, weil sie kein Geld für die Kinderbetreuung haben, nicht zu Hause bleiben können, aber gerne zu Hause bleiben würden. Schnalzen wir das Karenzgeld so hoch hinauf, dass sie wie beim Arbeitslosengeld zu Hause bleiben kann und sich ihrem Kind widmen kann. Das müsst ihr einmal diskutieren! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, der Wahlkampf ist sicherlich für euch vorbei. Ihr habt den Leuten das Blaue vom Himmel versprochen, jetzt sehen wir die Realität und die Leute wissen, wer in der Steiermark und wer in Österreich für die so genannten kleineren Gruppen und die mittleren Einkommen zuständig ist, nämlich die Sozialdemokratie. Da werden wir Klassenkämpfer per excellence sein. (Beifall bei der SPÖ. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Ich freue mich, meine Damen und Herren, weitere Begrüßungen vornehmen zu können.

Ich begrüße die Damen und Herren in der Ausbildung für Bibliotheks-, Informations- und Dokumentationswesen unter der Leitung von Frau Dr. Isolde Müller. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen der Bastelrunde der Marktgemeinde Sankt Peter-Freienstein unter der Leitung von Frau Gemeinderätin Christa Fuchsbichler. (Allgemeiner Beifall.)

Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Koller.

Abg. Mag. Koller (11.28 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die SPÖ spricht davon, Rückschau soll man im Zusammenhang mit Taten, was Beschäftigungszahlen anbelangt, nicht nehmen. Aber wie oft ihr Rückschau haltet, wenn ihr glaubt, es ist etwas Negatives oder wo ihr in Erinnerungen schwelgt, doch ihr seid leider nicht mehr in der Regierung. Und da sieht man sehr viel negativ, was die anderen vielleicht Gutes gemacht haben könnten, da wird wohl Rückschau gehalten. Aber unsere Zukunftsperspektiven, unsere konsequente Arbeit, die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen ab 1997, das wollen wir natürlich nicht sehen, das wollen wir überhaupt nicht wahrhaben, weil da müssten wie ja vielleicht einmal ruhig sein oder die Leistung von unserem Landesrat anerkennen. Und das wäre doch furchtbar traurig, wenn wir so etwas machen würden.

Ich möchte aber noch ein bisschen auf die Kollegin Gross eingehen im Zusammenhang mit Frauenbeschäftigung. Sie stellen dar, jede Frau ist heute gezwungen, mit einer geringfügigen Beschäftigung zu arbeiten. Kennen Sie überhaupt keine Frauen, die gerne daheim bleiben (Abg. Gross: „Wer hat das geagt?“), die nicht nur wegen des Kindergeldes daheim bleiben, sondern darüber hinaus auch sagen, ich widme meinen Kindern Zeit, wir schränken uns finanziell ein?

Und noch ein kleines Beispiel. Jetzt darf ich Rückschau halten. Sie haben das letzte Mal im Zusammenhang mit Wohnbeihilfe ein wunderschönes Beispiel gebracht, wie arm eine Dame ist, die sich das alles nicht mehr leisten kann. Durch Recherchen hat sich dann ergeben, dass die Dame im Monat in Summe auf 40.000 Schilling gekommen ist.

Sind wir doch froh, wir haben alle Sozialleistungen, und eine Alleinerzieherin mit Kindern bekommt auch, nehme ich an, vom leiblichen Vater (Abg. Stöhrmann: „Sie wissen nicht wovon Sie reden!“) ein Geld. Aber das wird ja alles nur verschwiegen. Ihr wollt immer nur das Negative in den Vordergrund stellen. Das wäre einmal eine Möglichkeit, wenn auch ihr aufhört mit Schlechtmachen, wenn ihr endlich einmal Zukunftsperspektiven aufbringt.

Ich meine, ihr schreit mit mir die ganze Zeit. Gott sei Dank bin ich etwas verkühlt und höre das nicht wirklich. Aber brechen wir wieder ein bisschen runter, gehen wir ins Positive hinein (Abg. Gross: „Auch das ist Demokratie, Frau Kollegin, zuhören!“), gehts weg vom Schmutzkübelwaschen, probieren wir es miteinander.

Frauen, die sich in unserem Sozialnetz noch immer nicht zurecht finden – ich will nicht abstreiten, dass es das gibt –, da könnten wir alle gemeinsam einen Weg finden zu helfen. Aber helfen ist bei euch vielleicht nicht gerne gesehen. Ihr tut lieber schimpfen. Vielleicht auch aus Enttäuschung, weil ihr in der vergangenen Periode nicht in der Regierung gewesen seid. (Beifall bei der ÖVP. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (11.31 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Regierung, Hohes Haus!

Ich habe die Debatte mit sehr viel Anspannung und sehr viel Interesse verfolgt. Frau Landeshauptmann, Sie haben in Ihrer ersten Stellungnahme gesagt und damit auch die lange Sondierungszeit verteidigt, weil Sie meinen, Sie setzen sich dafür ein, dass es eine über die Periode dauernde, stabile Regierung wird.

Liebe Frau Landeshauptmann, Sie waren damals bei dem Kabinett Schüssel I zwar nicht so intensiv in diese Verhandlungen eingebunden, aber den ganz gleichen Satz haben Sie auch damals gesagt, Frau Landeshauptmann. Was daraus geworden ist, darüber brauche ich hier nicht mehr zu referieren. Wenn ich mir das aber in diesem Rückblick anschau, Frau Landeshauptmann, dann klingt das ja fast wie eine Drohung.

Ich komme heute in diese eigenartige Situation, dass ich eigentlich mehr den Kollegen von den anderen Fraktionen bei ihren Ausführungen Recht geben muss und weniger dir, Herr Klubobmann.

Der Herr Landesrat Paierl hat gesagt, der Wahlkampf ist vorbei. Ja, natürlich, und wer sollte es sonst wissen als er, denn sobald sich die ÖVP nicht mehr dafür interessiert, was sie vor den Wahlen versprochen hat, was sie angekündigt hat, dann ist der Wahlkampf vorbei. Wir wissen das, Herr Landesrat, in der Vergangenheit. Wir wollen auch darüber nicht mehr reden.

Nur ein paar Schmankerln habe ich mir schon noch vorbehalten. Wenn es da geheißt hat – vom jetzigen Präsidenten des Nationalrates – Rot-Grün, das Chaos ist vorprogrammiert.

Ich sage das jetzt nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das nicht, weil ich immer noch der Meinung bin, dass die Grünen mit ihrer sozialen Komponente wesentlich mehr wahrscheinlich bewirken können als die seinerzeitigen blauen Partner. Aber Khol hat ja auch noch anderes gesagt. Er hat zum Beispiel gesagt, na ja, wer wird denn bei Rot-Grün aus der Westentasche Gusenbauers schauen, es wird der Pilz sein. Wie der heute mit diesen Ansagen umgeht, weiß ich nicht.

Auch der Kollege Wiedner hat Recht mit seinen Ausführungen, als er gesagt hat, es ist in dieser Zeit der Regierung von Schwarz-Blau sehr viel passiert. Nur, Kollege Wiedner, mit passieren, also mit einer Lappalie, was einem halt irgendwann einmal passiert ist, ist das nicht abzutun. Kollege Wiedner, jawohl, es ist sehr viel passiert. (Abg. Wiedner: „Gutes ist passiert!“) Die höchste Steuerbelastung seit eh und je in diesem Land ist passiert, stark steigende Abgaben und Selbstbehalte im Gesundheitsbereich (Abg. Wiedner: „Du zitierst falsch!“), falsche Impulse zur Wirtschaftsförderung, steigende Arbeitslosigkeit. Das ist alles passiert, Herr Kollege Wiedner.

Und nicht zuletzt die Nichterreicherung des so groß angekündigten Nulldefizits, zu dem auch die anderen Gebietskörperschaften, die Gemeinden, dazubezahlt haben und auch das Land Steiermark 3,5 Milliarden Schilling nach Wien abgeliefert hat.

Herr Landesrat, das wäre eine Großtat, wenn Sie dieses Geld den Steirern wieder zurückbringen würden. Aber das tun Sie ja nicht.

Nicht zu reden von der verunglückten Gesetzgebung, die auch passiert ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Drittel der in Husch-Pfusch-Verfahren beschlossenen Gesetze sind beeinträchtigt und vom Höchstgericht auch teilweise aufgehoben und korrigiert worden, wie zum Beispiel die Unfallrentenbesteuerung, wie zum Beispiel die Frühpensionierungsangelegenheiten.

Und was das Beste überhaupt war: Sogar Ihre Geldbeschaffungsaktion mittels der einzuführenden Ambulanzgebühr ist – gelinde gesagt – in die Hosen gegangen, denn letzten Endes kostet diese Einführung vom Verwaltungstechnischen her fast zehnmal so viel als es bringt. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Ich bin schon fertig, Herr Präsident.

Nicht Recht – und ich habe es am Anfang gesagt – gebe ich meinem Klubobmann, der sich eine baldige Regierung wünscht. Ich sage es ehrlich, ich wünsche mir das nicht, denn seit diese Chaosregierung zurückgetreten ist, seitdem diese Chaosregierung zurückgetreten ist, haben die Österreicherinnen und Österreicher wenigstens keine neuen Steuerbelastungen mehr gehabt.

Sollte die neue Regierung genauso handeln, dann würde ich es wirklich frei nach Karl Farkas titulieren, der da sagt: „Jetzt haben wir schon wieder eine neue Regierung, dabei haben wir die alte nicht gebraucht!“ Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.36 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir haben um 10 Uhr 06 begonnen und jetzt ist es auf meiner Uhr 11 Uhr und 36. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei schriftliche Anfragen und eine Anfragebeantwortung gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft einberufen, in welcher über folgende Regierungsvorlage beraten werden soll: die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1225/1, betreffend die Genehmigung des Gesamtkonzeptes „A1-Ring neu“ sowie der Beitrittserklärung des Landes Steiermark zur Vereinbarung mit der Red Bull GmbH. einerseits und den Vorvertrag mit dem ÖAMTC andererseits.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung werde ich die 38. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannte Regierungsvorlage.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1140/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Gleichstellung psychisch und körperlich erkrankter Menschen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.40 Uhr): Antrag, Einl.-Zahl 1140/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Gleichstellung psychisch und körperlich erkrankter Menschen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der genannte Antrag wird in Punkt eins dahin gehend abgeändert, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen soll, dass bereits bestehende Diskriminierungen von psychisch erkrankten Menschen beseitigt werden.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese erstens Maßnahmen ergreift, um die bestehende Diskriminierung psychisch erkrankter Menschen zu beseitigen, zweitens die umfassende Gleichstellung von psychischen und körperlichen Erkrankungen in die Wege leitet, drittens die Schritte zugunsten eines Gesamtvertrages zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Vertretung der Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen setzt. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (11.40 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Forenbacher das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (11.41 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vor drei Wochen habe ich hier bei der Vorlage des Jahresberichtes 2001 über die extramurale Psychiatrie in der Steiermark mit dem Satz geendet, mit dem ich heute beginnen möchte. Es ist schon Beachtliches passiert, aber es ist auch noch viel zu tun. Vorige Woche wurde die neue psychiatrische Klinik besiedelt und es ist auch eine wichtige Entscheidung zur Errichtung des Gesundheitsparks in Bad Aussee mit einer psychosomatischen Klinik gefallen. Dies betrifft jedoch primär den stationären Sektor. Zwar sind auch im ambulanten Bereich in den letzten Jahren eine Reihe von extramuralen Einrichtungen und Diensten entstanden, doch sind wichtige sozialpsychiatrische Strukturen noch nicht ausreichend entwickelt. Wir haben ja schon gehört, dass wir derzeit erst von einer 22-prozentigen Umsetzung des steirischen Psychiatriekonzeptes sprechen können. Die Steiermark ist daher bemüht, die Zahl der stationären Behandlungen von psychiatrischen Erkrankungen zu reduzieren und zum Prinzip der gemeindenahen Psychiatrie überzugehen. Der Klient benötigt dort Hilfe, wo er lebt und wo er arbeitet. Obwohl in allen steirischen Bezirken bereits Beratungszentren existieren, besteht noch ein Bedarf am Ausbau dieses Netzes. Und da sehe ich eine grobe Ungleichbehandlung im Vergleich zu somatisch Erkrankten, vor allem was chronische Verläufe von Erkrankungen betrifft. Während die akut Erkrankten die Aufnahme in einer stationären Einrichtung leicht erreichen, es ist dort eine hohe Versorgungssicherheit gewährleistet, haben wir Defizite im Vorfeld dieser stationären Aufnahmen, das heißt im schlechtesten Fall erfolgt keine Behandlung

und es wird erst dadurch eine stationäre Aufnahme notwendig. Gerade das soll jedoch die moderne Psychiatrie vermeiden. Ebenso muss die Behandlung nach stationären Behandlungen noch verbessert werden. Die Eckpfeiler einer funktionierenden sozialpsychiatrischen Betreuung sind ja bekannt, gehören aber weiter verstärkt. Zu denken muss uns geben, dass die Krankenstände zwar insgesamt rückläufig sind, psychische Erkrankungen jedoch eine steigende Tendenz aufweisen. Dabei leiden Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in doppelter Hinsicht. Einmal durch ihre Krankheit an und für sich und zum anderen durch die Minderschätzung in ihrem Umfeld, wie Familie, Schule, Arbeitsplatz. Diese Mindereinschätzung führt letztlich zu einer sozialen Isolation. Dieser vorliegende Antrag, meine Damen und Herren, soll dabei helfen, die Akzeptanz in der Gesellschaft für die Betroffenen zu steigern, denn dann verbessert sich die Situation nicht nur für den Einzelnen, den Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.44 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 863/1, der Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann, betreffend Altenbetreuung als Lehrberuf.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (11.44 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten mit Einl.-Zahl 863/1, dem der Antrag zugrunde gelegen hat der Abgeordneten Lafer und Bleckmann, eine Altenbetreuung als Lehrberuf einzuführen, wurde einer Stellungnahme zugemittelt und in dieser Stellungnahme wurde uns mitgeteilt, dass es aus mehreren Gründen nicht möglich ist, hier einen Lehrberuf einzuführen, da Altenhilfe ja nicht nur aus Betreuung besteht, sondern auch mit diversen Pflegeausbildungen verbunden ist und dass auch das Alter mit 15 Jahren zu niedrig ist, daher einem Mangel an Altenfachbetreuern nach Ansicht der befassten Stellen mit der Einführung eines Lehrberufes nicht begegnet werden kann.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 863/1, der Abgeordneten Lafer und Bleckmann, betreffend Altenbetreuung als Lehrberuf, wird zur Kenntnis genommen. (11.46 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl (11.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Die in der Stellungnahme angeführten Gründe für die Ablehnung des Antrages Altenbetreuung als Lehrberuf sind im Großen und Ganzen, glaube ich, für uns alle nachvollziehbar. Die Ausbildung für den Altenpflagedienst ist theorieintensiv und dies kann in der normalen Lehrzeit sicherlich entsprechend berücksichtigt werden. Ausbildungsstätten sind quantitativ und qualitativ in dieser Hinsicht in unserem Land ausreichend vorhanden. Ein einheitliches Ausbildungsbild für diesen Beruf wird derzeit in Österreich aufgebaut. Alleingänge von Bundesländern könnten diesen wünschenswerten Prozess unterbrechen. Die Altenpflege- und die Krankenpflegeausbildung ergänzen einander, was bei einer Lehre nur schwer möglich ist.

Meine Damen und Herren, allerdings ist es notwendig über die Frage einer Lehre hinaus über die Probleme der Altenbetreuung in Zukunft nachzudenken, und zwar rechtzeitig. Dies kann unter zweifachen Blickwinkeln geschehen, und zwar unter den Aspekten Sicherung der Betreuung und auch Chance der Beschäftigung. Die Zahlen der demografischen Entwicklung sind uns allen bekannt, auch wenn noch nicht alle bereit sind, den damit verbundenen Folgen in all ihrer Konsequenz für unser Sozial- und Gesundheitssystem ins Auge zu schauen und sich damit zu beschäftigen. Diskussionen rund um die Finanzierung stationärer und ambulanter Pflege rund um die Verwendung des Pflegegeldes werfen ein Schlaglicht auf den Bereich der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in unserem Land. Wie auch in anderen Industrienationen wird die Zahl jener Menschen, die vor allem im Alter der Betreuung und Unterstützung bedürfen, noch massiv zunehmen. Derzeit in Österreich über 500.000 und wenn ich von 800.000 Menschen in Österreich spreche, die wir in Zukunft in diesem Bereich zu erwarten haben, dann sage ich Ihnen sicherlich nichts Neues. Wir verlassen uns heute darauf, dass rund 80 Prozent dieser Menschen zu Hause von Frauen, Ehefrau, Tochter, Schwiegertochter betreut werden. Wir verlassen uns darauf, dass Frauen diesen größten Sozialdienst auch in Zukunft durchführen werden. Wir sprechen zwar von einem Muss an höheren Akademikerquoten, der weibliche Anteil steigt hierbei kontinuierlich. Wir sprechen von der Notwendigkeit höherer Frauenerwerbsquoten. Wir erleben zwar die Abwanderung aus dem ländlichen Raum unter Zurücklassung der älteren Generation, wir wundern uns über hohe Scheidungsquoten auch bei älteren Ehepartnern, aber wir gehen davon aus, dass trotzdem die Familie, die Frauen in Zukunft den Hauptteil der Pflegearbeit leisten werden.

Meine Damen und Herren, können wir uns wirklich darauf verlassen? Sollten wir die Krise nicht zu meistern versuchen, indem wir ihr zuvorkommen? Wir müssen uns mit der Situation auseinandersetzen, dass wir uns auf die familiären Pflegenetze in Zukunft nicht mehr so verlassen können, wie wir es jetzt tun, vor allem wenn wir nicht die entsprechenden Vorkehrungen treffen. Wir müssen uns klar werden, dass wir die familiären Netze jetzt unterstützen und durch professionelle Kräfte stärken müssen. Aber angesichts der Zunahme des Bedarfes müssen wir uns auch mit den personellen Ressourcen vorhandener Pflegenetze beschäftigen. Schon heute zeigt sich besonders im ambulanten Pflegebereich ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal. Dies nicht deshalb, weil die Rahmenbedingungen so schlecht wären, dass niemand in den ambulanten Pflegebereich geht, sondern weil sich gerade im qualifizierten Bereich Diplomkrankenschwester, Pflegehelfer, Altenhelfer ein Personalengpass im stationären wie auch im mobilen Bereich abzeichnet. Die von unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic in Auftrag gegebene Studie von Prof. Badelt zeigt deutlich, dass gerade im Bereich der oben angeführten Gesundheitsdienste ein Mangel an qualifiziertem Personal gegeben ist, wobei der künftige Mehrbedarf noch keine Berücksichtigung findet.

Auch heute sind traditionelle Arbeitgeber, wie die KAGES, gezwungen, äußerst flexible Arbeitsbedingungen zu schaffen, um zu Personal zu kommen.

Über die Personalproblematik in Pflegeheimen wird gerade in letzter Zeit leider auch immer wieder negativ in den Medien berichtet.

Noch einmal, meine Damen und Herren, wollen wir die Krise meistern, indem wir ihr zuvorkommen?

Wenn wir heute von benötigtem Pflegepersonal sprechen, so sprechen wir von folgenden Berufsgruppen: von den Diplomkrankenschwestern mit dreijähriger Ausbildung, die über die Krankenpflegeschulen nach einem bundeseinheitlichen Ausbildungsplan ausgebildet werden. Von Pflegehelfern mit einer achtmonatigen bundesweit gleichen Ausbildung, welche in der Steiermark vor allem durch das BFI und die KAGES durchgeführt wird. Die dritte Gruppe von AltenfachbetreuerInnen, die neben dem Pflegehelfer in der zweijährigen schulischen oder berufsbegleitenden Ausbildung eine vertiefende Ausbildung im Umgang mit älteren Menschen erhalten.

Dies, meine Damen und Herren, sind Ausbildungsformen, mit denen ein künftiger Pflegenotstand verhindert werden kann, wenn wir bereit sind, die Sache ernst zu nehmen und auch die Chancen darin zu sehen.

Am Arbeitsmarkt, wurde heute schon gesprochen, sind wir mit wachsenden Problemen konfrontiert. Steigende allgemeine Arbeitslosigkeit, steigende Arbeitslosigkeit bei mangelnder Qualifikation, steigende Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum und fehlende Wiedereinstiegschancen nach der Kinderbetreuung.

Ich komme zum Pflegebereich. All diesen Entwicklungen können wir entgegenwirken, wenn wir dies gemeinsam wollen.

Der Pflegebereich stellt ein großes Arbeitsmarktpotenzial dar. Gerade in diesem Bereich können dauerhafte Frauenarbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden, damit die Frauen durch Flexibilität Familie und Beruf in Einklang bringen können. Neben beschäftigungspolitischen Impulsen können wir Impulse zu einer Neukonstruierung unseres Sozialsystems schaffen, vor allem was eine Neudefinition von Arbeit betrifft.

Bei solchen Initiativen müssen wir jedoch auch einige Parameter, Voraussetzungen und Chancen beachten. Der Schwerpunkt der Initiativen muss im Bereich der Sicherung einer ausreichenden Zahl an diplomiertem Pflegepersonal liegen, wobei die Ausbildungsstätten nicht nur den Bedarf, ich wiederhole, nicht nur den Bedarf der KAGES abdecken dürfen. Der Pflegebereich ist stark auszuweiten, wobei hierbei auf das Potenzial erfahrener Heimhilfen zurückgegriffen werden muss. Diese bringen oft jahrelange Erfahrung im Pflegebereich ein.

Meine Damen und Herren, ein modulares Ausbildungssystem von der Heimhilfe zur Pflegehelferin bis zur Diplomkrankenschwester, welches berufsbegleitend angeboten wird, muss den Einbau der praktischen Arbeit in die theoretische Ausbildung sicherstellen und den Einstieg in eine zweite Berufskarriere – das ist für unser Land wichtig – nach der Kinderpause möglich machen.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, dass es wichtiger ist, die bestehenden Ausbildungseinrichtungen für die Altenbetreuung auszubauen und die Durchlässigkeit von Alten- und Krankenpflege zu erhöhen und besonders auch den älteren, reiferen Menschen den Zugang zu diesen Ausbildungen zu erleichtern.

Drei Punkte zur Veränderung der Ausbildungsmöglichkeiten sollen noch kurz angesprochen werden: Mehr Praxisbezug, etwas, was für ältere Menschen besonders wichtig ist, soll in die Ausbildung eingebracht werden. Das Problem besteht zum Teil darin, dass Leute erst in fortgeschrittenen Phasen der Ausbildung zur Erkenntnis kommen, dass sie nicht für diesen Pflegeberuf geeignet sind. Ein wichtiger Punkt, eine Praxis von Anfang an, wie bei einer Lehre, könnte dem entgegensteuern.

Man muss sich in Zukunft Gedanken über die Ausbildung von ehrenamtlich in diesen sozialen Feldern Tätigen machen. Gott sei Dank wird ein wesentlicher Teil der Altenbetreuung in unserem Land von ehrenamtlich Tätigen vorgenommen. Für diese Zugänge eine effektive Ausbildung zu schaffen, könnte die Situation auf dem Gebiet der Altenpflege wesentlich entschärfen. Vor allem kann bei ehrenamtlichen Tätigkeiten die vorhandene Motivation zum Einsatz durch eine Ausbildung grundlegend ergänzt werden. Die Förderung der Möglichkeiten von Familienangehörigen zur Pflege der alten Menschen würde das Zusammenspiel von fachlicher Unterstützung und persönlicher Hilfe wesentlich erweitern helfen.

Hohes Haus, bei all diesen Überlegungen muss jedoch vom Ansinnen Abstand genommen werden, dass Pflege ein Lehrlingsberuf ist, ein Beruf, bei dem 15-, 16-jährige Menschen während der Ausbildung auch im hohen Maße mit menschlichem Leid und Tod, mit physischen und psychiatrischen Erscheinungsbildern und multiplen Krankheitsbildern konfrontiert sind, ohne die Lebenserfahrung zu haben, diese Erscheinungen menschlichen Lebens zu bewältigen.

Noch ein Satz, meine Damen und Herren, am Schluss. Es ist sicherlich in Zukunft notwendig, auch eine positive Imagekampagne für Pflegeberufe, die schwere Arbeit leisten, in diesem Land sofort einzuleiten. Wenn ich nur an die Schlagzeilen, die wir letztes Wochenende in den Grazer Medien gesehen haben, denke: „Heimskandal, humanitäre Katastrophe!“ Und ich lese hier: „Aufsichtsbehörde reagiert nicht!“ Da Diplomkrankenschwester Salvenmoser und Herr Hofrat Feenstra so offen über diese dramatische Situation reden, lässt es dieses brisante Thema zum handfesten Skandal werden. Beide machen kein Hehl daraus, dass die Fachabteilung für das Sozialwesen in der Landesregierung, die Aufsichtsratsbehörde für Gutachten der Sanitätsdirektion das Hauptproblem ist.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass das, was hier steht, „Heimskandal“, wenn wir das immer wieder publizieren in unseren Pflegeheimen, dass das auch für Pflegeberufe, keine Frage, sehr, sehr schlecht ist, wer wird noch in einen Pflegeberuf gehen, wenn er immer mit solchen Schlagzeilen konfrontiert wird und sich in der Öffentlichkeit nicht wehren kann?

Ich bitte auch die verantwortlichen Landesräte Dörflinger und Dr. Flecker, sich dieser Tatsache, wenn möglich, anzunehmen. Und wenn etwas abzustellen ist, keine Frage, dann stellen wir es ab. Aber ich bitte, dass die Herren Beamten hier an die Öffentlichkeit gehen und dass das im Bereich der Landesräte nicht zu bewältigen ist, da habe ich kein Einsehen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 11.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz, danach Frau Abgeordnete Graf.

Frau Abgeordnete Zitz, spreche ich zu wenig deutlich, dann sagen Sie es mir, dann werde ich etwas kräftiger sein in meiner Stimme. Oder wollen Sie eventuell die Frau Abgeordnete Graf vorlassen? In der Reihung habe ich Sie vorgemerkt. (Abg. Mag. Zitz: „Herr Präsident, ich habe mich zum vierten Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet!“)

Entschuldigung, werde es sofort korrigieren.

Bitte, dann Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (11.58 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Debatte liegt ein Antrag unsererseits zugrunde, der sich einerseits damit beschäftigt, dass er Jugendlichen in einer Zeit, in der die Jugendarbeitslosigkeit ein Thema ist, Arbeit und Möglichkeit zur Ausbildung gibt und andererseits auch auf den Mangel eingeht, vor allem auf den uns zukommenden Mangel an Altenpflegekräften.

Nun möchte ich einerseits Kritik üben an der Art und Weise, wie mit diesem Antrag im Ausschuss umgegangen wurde, denn es gab nur eine Stellungnahme, drei waren vorgesehen. Mein Antrag auf Einholung dieser beiden anderen Stellungnahmen wurde nicht abgestimmt. So stehe ich beziehungsweise wir nun vor der Frage, wie sehen das die beiden anderen Landesräte? Sehen Sie das auch so, wie es in der Stellungnahme angeben worden ist?

Und da kommen auch schon meine Kritikpunkte. Meine Kritikpunkte beziehen sich, Herr Klubobmann Schrittwieser, auch darauf, dass du vorhin gesagt hast, Ausbildungsplätze sind wichtig, besonders für Jugendliche, und diese müssen wir schaffen. Ja, ist es hier nicht ein Bereich, wo wir Jugendliche in eine Ausbildung geben könnten, gerade in einem Bereich, der in Zukunft sehr wichtig ist? Da denke ich mir schon, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Wenn wir in der Stellungnahme lesen, dass die Einführung einer Lehre eines ähnlichen Berufes wohl einzigartig in Europa wäre, dann habe ich hiermit kein Problem, weil können wir nicht einzigartig sein und können wir hier nicht mit gutem Beispiel vorangehen, bundesweit wie auch europaweit?

Ein zweiter Kritikpunkt hier, um darzustellen wie widersprüchlich die Aussagen sind oder dass sie nicht immer ganz bei der Wahrheit sind, zum Abgeordneten Gennaro, nur zur Korrektur betreffend das Kindergeld. Erst jetzt können Frauen dazuverdienen zum Kindergeld und erst jetzt ist das Kindergeld höher. Und wenn Sie einen Betrag in der Höhe des Arbeitslosengeldes fordern, dann frage ich mich schon, warum ihr dann das Karenzgeld gekürzt habt. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zum Thema zurück, eben zu den beiden Stellungnahmen, die hier fehlen. In dieser einen Stellungnahme, die wir erhalten haben, wird gesagt, dass man Jugendliche nicht ausschließlich mit dem Thema alte Menschen mit schwerer Krankheit, Siechtum, Sterben und Tod konfrontieren kann. Da steht zum einen im Pflegeheimgesetz, dass Pflege nicht nur pflegetechnisch gesehen werden kann, also Arbeiten am Patienten, sondern auch die Arbeit mit dem Patienten, wie beispielsweise Spiel, spazieren, Essen gehen und so weiter und das soll es umfassen und das muss es auch umfassen. Denn wenn das, wie in der Stellungnahme angeführt wird, ausschließlich auf die Bereiche Krankheit, Siechtum, Sterben und Tod reduziert wird, dann finde ich das nicht die Art und Weise, wie man mit dem Thema Pflege und alte Menschen umgehen sollte. Das finde ich eher traurig, es auf diese Wörter zu beschränken, denn es zeigt auch schon den Umgang mit diesem Thema. Wir werden uns

jedenfalls weiter mit der Möglichkeit beschäftigen, Jugendlichen in diesem Bereich eine Möglichkeit der Ausbildung zu geben. Zu der Unmöglichkeit betreffend das Alter sei auch noch dazugesagt, es gibt bereits jetzt jugendliche Feriapraktikanten in Pflegeheimen.

Unser Entschließungsantrag ist auch eine Form der Lehre, und zwar gibt es hier auch schon ein Vorbild in Oberösterreich, und zwar ist das eine Implacementstiftung. Die arbeitsuchenden Personen und auch Personen, die bereits jetzt in Pflegeheimen tätig sind und auch bei uns sind 20 Prozent in Pflegeheimen ungelernte Kräfte, die hier auf einem Weg gemeinsam mit dem AMS, dieser Stiftung und dem Land auszubilden, die dann eine zweijährige duale Ausbildung erfahren, das heißt, sie arbeiten praktisch und sie lernen die Theorie dazu und diese Menschen bleiben dann meistens auch in diesem Bereich, weil wir haben ja in vielen Bereichen das Problem, dass Pflegehelfer ausgebildet werden und dass die dann sehr stark in den Spitalsbereich abwandern und sehr wenige dann im Altenbereich tätig bleiben. Hier zielt es aber genau auf diese Menschen ab, die bereits in einem Pflegeheim tätig sind, eben ungelernt oder sich in ihrer Freizeit damit beschäftigen und auch arbeitssuchende Personen, die sich zu diesem Thema mehr oder weniger hingezogen fühlen. Es gibt in Oberösterreich auch noch eine sehr gute Sache, wie ich finde, nämlich dass Eltern beziehungsweise Mütter auch die Möglichkeit haben, diese Altenfachbetreuungs-ausbildung in einem Teilzeitmodell zu absolvieren, wenn sie nämlich Kinder unter 15 Jahren in ihrer Familie haben. Ich denke, das wäre eine sehr gute Möglichkeit, neben dem weiteren Blick darauf, dass eine Lehre in diesem Bereich doch auch möglich ist, weil es für die Zukunft sehr wichtig ist. Wir können sehr wohl, denke ich, einzigartig im Bundesland und auch in Europa sein. Unser Entschließungsantrag dazu:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit diese Altenheim-Implacement-Stiftung für die Ausbildung von Altenfachbetreuerinnen und -betreuern sowie Pflegehelferinnen und Pflegehelfern auch für die Steiermark ein gangbarer Weg wäre, um dem drohenden Arbeitskräftemangel auf diesem Sektor entgegenzuwirken.

Ich hoffe, Sie können dem zustimmen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (12.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor allem lieber Gregor!

Ich bin ja manchmal gegen deine Meinungen in diesem Haus aufgetreten, heute gehe ich mit dir völlig d'accord. Ich möchte mich heute bei dir bedanken, nämlich dass du die vorher abgeführte Diskussion zur Arbeitsmarktdebatte im Bereich der Sozial- und Pflegeberufe klargestellt hast und im Prinzip wirklich aufgezeigt hast, wie es uns dort geht. Es ist nicht alles so Wonne und Waschtrog, wie wir es bei dem vorhergehenden arbeitsmarktspezifischen Thema besprochen haben. Ich bedanke mich für die Relativierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zum Antrag Altenbetreuung als Lehrberuf einige Gedanken aus der Praxis, die mir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Pflegebereich mitgegeben haben. Dieser Antrag ist für sie sehr problematisch, weil die Auszubildenden dann ihre Ausbildung mit dem 15. oder 16. Lebensjahr beginnen würden, was sehr jung ist. Im Bereich der Altenhilfe sind ausgesprochen hohe soziale Kompetenzen erforderlich, die diese jungen Menschen 100-prozentig haben. Die Fähigkeit eine professionelle Beziehung aufzubauen, mit dem Sterben der Betreuten, mit ihren Ängsten und mit der Trauer der Angehörigen umzugehen, ist nicht einfach. Um diese Kompetenzen so zu erwerben, dass die künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Beruf tatsächlich unterstützend tätig werden können, ohne dabei selbst seelischen Schaden zu nehmen, ist neben einer angemessenen Ausbildung, von der auch der Kollege Hammerl gesprochen hat, in Theorie und in Praxis, aber auch Lebenserfahrung notwendig. Lebenserfahrung, über die junge Menschen vielleicht noch nicht in diesem Ausmaß verfügen. Und noch eines ist mir auch bei der Beantwortung nicht beleuchtet worden. Ich habe mit betroffenen Männern und Frauen in Pflegeheimen gesprochen und nachgefragt, was sie von dieser Idee halten. Viele haben mir erzählt, ganz gleich, wer sie pflegt, ob Angehörige oder professionelle Helfer und Helferinnen, auch die Scham und die Hilflosigkeit ist ein großes Problem für diese Menschen. Es ist für sie ein Problem, wenn Enkerl oder Nichten sie pflegen und nicht wegen des Helfens, sondern wegen eines Themas, das noch nicht angesprochen wurde, Scham. Ältere Menschen schämen sich manchmal ob ihrer Hilflosigkeit und es ist heute sehr viel auch von der Würde von Menschen in diesem Haus schon gesprochen worden. Meine Damen und Herren, bedenken wir bei diesem Antrag auch die Würde der Menschen, die es betrifft. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (12.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch die Grünen sind der Meinung, dass es nicht egal ist, wer sich in den Berufsbereich Altenpflege und Pflegedienst begibt. Auf der Seite gebe ich auch der Frau Kollegin Gross recht, es hat überhaupt keinen Sinn, Personen in sehr jungen Jahren in etwas hineinzuhetzen, womit sie unmöglich zurechtkommen können. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, es braucht eine gewisse Lebenserfahrung und einen gewissen Grad an Gefestigtsein, damit man Situationen auch gut bewältigen kann für die Personen, die betreut werden, nicht nur für sich selbst, auch für die Personen, die betreut werden. Wir wissen ja auch, dass die Fluktuation in diesem Bereich extrem hoch ist. Das zeigt uns, dass die Belastung sehr hoch ist. Man kann daraus nicht ableiten, dass es den Leuten egal ist, sondern ganz im Gegenteil, dass sie mit der Belastung nicht zurecht kommen. Das spricht

eigentlich eher dafür, bei Ausbildung und Weiterbildung noch viel genauer hinzuschauen, was unterstützend sein kann und was Menschen brauchen, um professionell arbeiten zu können. Ich würde mir einen anderen Zugang wünschen und deswegen werden wir auch den Antrag der Abgeordneten Graf und Dietrich, betreffend Altenbetreuung, nicht unterstützen. Es gibt in der Steiermark sehr gute Ausbildungsinstitutionen. Ich nenne die Caritas Lehranstalt für heilpädagogische Berufe, die sich nicht nur sehr verdienstvoll in diesem Bereich um die Aus- und Weiterbildung von Personen gezeigt hat, die im Alten- und Pflegebereich tätig sein wollen, sondern die auch zum Beispiel bestrebt ist, sowohl im Altenbereich als auch im Behindertenbereich zu österreichweiten Lösungen in der Ausbildung und Weiterbildung zu kommen, denn in diesem Bereich ist es bisher noch nicht üblich, dass, wenn man die Ausbildung in einem Bundesland hat, auch in einem anderen arbeiten darf, weil die Ausbildung nicht überall anerkannt wird. Das heißt, ich würde mir wünschen, dass wir mit den Institutionen – und da wird es auch noch andere geben, die in diesem Bereich bereits tätig sind –, aber auch mit Interessenvertretung der Personen, die zum Beispiel in der Altenhilfe tätig sind, mit der Interessenvertretung der Pflegehelferinnen gemeinsam überlegen, was kann man, wie kann man dazu kommen, dass mehr Personen in diesen Bereich einsteigen und dort auch in der Lage sind, qualifiziert zu arbeiten. Das wäre ein Zugang, der uns wesentlich besser gefallen würde. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 12.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Flecker. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker (12.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf mich vorerst für die Diskussion sehr herzlich bedanken. Ich glaube, dass wir, wenn man es gesamt nimmt, kaum Dissens haben. Aber vielleicht sollte ich zu einigen Beiträgen doch Stellung nehmen.

Das Problem des Mangels an entsprechenden Fachkräften ist uns allen bekannt. Wir erarbeiten zurzeit bundesweit eine 15 a-Vereinbarung zur Abstimmung der Ausbildungen, und zwar in der Form, dass wir drei je einjährige Module erstellen werden, aufbauend vom Pflegehelfer, über die Altenbetreuungsfachkraft und den diplomierten Altenbetreuer beziehungsweise Altenbetreuerin, die so funktionieren soll, dass wir eine sehr spezielle, auf die Altenbetreuung ausgerichtete Ausbildung haben und so zu einem Berufsbild kommen, das auch, so hoffe ich, durch seine Spezialität eine gewisse Imageaufwertung erfährt, denn, wenn wir ehrlich sind, woran liegt es denn eigentlich, dass wir die entsprechenden Leute nicht haben? Da müssen wir zuerst einmal zugeben, dass die Bezahlung in diesem Bereich nicht besonders attraktiv ist. Und zum Zweiten müssen wir noch eines sagen – und ich glaube, das ist der eigentliche Hauptgrund –, stellen Sie sich vor, Sie würden in einem Beruf arbeiten, wo Sie täglich eine derartige Intimität erleben, eine derartige Bindung zu Menschen erleben, von denen Sie wissen, dass es deren letzte Station oft ist. Das führt natürlich bei Menschen, die dort arbeiten, auch zu psychischen Zuständen, die erst verarbeitet werden müssen. Es ist dieser Beruf einfach schwer und es ist dieser Beruf einfach nicht attraktiv. Und damit müssen wir leben. Ich hoffe aber, dass wir das neue Ausbildungsschema so attraktiv machen können, damit wir mehr bekommen.

Ich meine auch, Herr Kollege Hammerl, dass natürlich die Ehrenamtlichkeit eine Rolle spielt. Aber wir sollen auch sehr ehrlich dazusagen, dass sie nie die Hauptberuflichkeit ersetzen kann. Sie kann nur eine Ergänzung sein.

Ich will auch zu dem, was Sie von der Imagekampagne erwähnt haben, etwas sagen. Zum einen, es läuft zurzeit vom Verband der Heimbetreuer eine Aktivität, eine Imagekampagne für Pflegeheime, für den Beruf zu starten. Ich denke daran, dass ich vom Land her zu dieser Imagekampagne auch finanziell einiges beitragen werde, wenn das Konzept in Ordnung ist.

Zum Zweiten, weil Sie ja die Artikel angesprochen haben, die am Sonntag in der „Woche“ waren. Wir haben bei den Entzügen ein Problem. Wir haben zurzeit vier Entzugsverfahren laufen und die Verfassungsabteilung sagt, dass am Tag des Entzuges der Missstand vorhanden sein muss. Wenn Sie jetzt wissen, wie ein ordentliches Verfahren nach dem AVG abläuft, dass Sie nämlich ein Ermittlungsverfahren machen müssen, dann demjenigen, dem Sie die Bewilligung entziehen wollen, die Gelegenheit zur Stellungnahme geben müssen und erst dann entscheiden können, hat der zum Beispiel in zwei Wochen – das ist die Zeit für eine Stellungnahme – durchaus Zeit, das entsprechende Personal wieder einzustellen, so dass er mit dem Pflegeschlüssel wieder in Ordnung ist.

Wir haben allerdings die Möglichkeit, bei Gefahr im Verzug und unmittelbarer Gefährdung über die BHs oder den Magistrat Graz Maßnahmen zu setzen, zwangsweisen Maßnahme zu setzen. Aber auch dort ist man relativ vorsichtig, weil man sagt, wenn ich ein ganzes Heim jetzt ad hoc schließe, letztlich sind auch wieder die alten Leute in einer Situation, die nicht sehr angenehm ist.

Also ich bitte Sie in dieser Frage doch Verständnis zu haben, dass wir einerseits durch das Gesetz einen Handlungsnachteil haben und auf der anderen Seite in diesen Fragen auch sehr vorsichtig vorgehen müssen, wobei natürlich jeder einzelne Fall einer schlechten Pflege ein Fall zu viel ist. Ich hoffe auch, dass nach dem letzten Gespräch mit dem Kollegen Schützenhöfer die Heimbewohneranwaltschaft bald hier in diesem Haus durch den Beschluss des Gesetzes Realität wird.

Frau Abgeordnete Graf, Sie haben angesprochen sozusagen die „Pflege light“, also die leichteren Bestandteile eines Altenpflegeheimes. Wenn Sie das in einer Lehre haben wollen, dass dieser Bereich durch die Lehrlinge durchgeführt wird, so haben Sie nie und nimmer die Garantie, dass nicht der einzelne Lehrherr andere Tätigkeiten verlangt, die sowohl auf der einen Seite von der Scham der älteren Menschen her abgelehnt wird, auf der anderen Seite durchaus eine zu starke Belastung für Lehrlinge sein kann. Ich habe wirklich keine große Freude, wenn Sie auf dem Standpunkt beharren, diesen Beruf als Lehrberuf auszuüben. Ich glaube, wir sollten mit dem österreichweiten modularen System eine Lösung finden.

Zum Schluss zu Ihrem Antrag, was die Implacementstiftung anlangt, da rennen Sie bei mir offene Türen ein. Wir erarbeiten seit dem Sommer ein Modell und es steht seit dem Jänner. Wir haben eine Implacementstiftung in den Grundzügen fertig, sie wird in den nächsten Wochen in die Regierung kommen. Und zwar ist es eine mit dem Angebot zur Ausbildung zur PflegehelferIn, AltenfachbetreuerIn und HeimhelferIn. Stiftungsträger soll ein Verein zur Förderung von Arbeit und Bildung sein, Träger ist die AK Oberösterreich und das BFI Steiermark, Ausbildungsträger das BFI Steiermark. Im Diagnostikbereich, weil wir gerade in so einem sensiblen Bereich auch eine Diagnose stellen müssen, ob wir einen Langzeitarbeitslosen oder eine Langzeitarbeitslose in diesen Bereich hineinschulen sollen, ist auch eine Frage der Eignung, also müssen wir vorher eine Diagnose stellen, ob sie oder er geeignet ist. Diesen Diagnostikbereich würde das BBRZ Steiermark machen. Vorgesehen wäre eine Ausbildung für 120 bis 135 PflegehelferInnen und AltenfachbetreuerInnen beziehungsweise 50 bis 65 HeimhelferInnen. Die Förderung durch das Land würde sich auf die Ausbildungskosten beziehen mit einem Betrag von zirka 3600 Euro je Auszubildendem. Die Stiftungsträgerkosten werden durch Beiträge der zukünftigen Dienstnehmer gedeckt werden und das AMS würde das Arbeitslosengeld beziehungsweise die Diagnostikkosten – so hoffe ich, da sind wir noch in Verhandlung – übernehmen. Und wenn alles gut läuft, wird diese Implacementstiftung Mitte März in Angriff genommen werden können.

Ich danke Ihnen daher für diesen Antrag, weil er sozusagen Rückenwind auf bereits in Gang Gesetztes bringt. Ich hoffe, dass wir mit dem Problem, das wir heute angesprochen haben, zu Rande kommen, weil es eines der brennendsten Probleme unserer Gesellschaft ist. Wir hoffen, dass wir mit der Altenbetreuung, sowohl was die Ausbildung der Betreuer anlangt, als auch was den Zugang zu alten Menschen in der Pflege anlangt, zu Rande kommen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.20 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Altenbetreuung, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 1145/1, der Abgeordneten Hamedl, Graf, Halper, Kröpfl, Stöhrmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Gangl, Gödl, Mag. Koller und Ing. Ober, betreffend Alkoholabgabeverbot an Jugendliche.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (12.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 1145/1, der Abgeordneten Hamedl, Graf, Halper, Kröpfl, Stöhrmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Gangl, Gödl, Mag. Koller und Ing. Ober, betreffend Alkoholabgabeverbot an Jugendliche.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 beraten und stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jugendschutzgesetz 1998 wie folgt geändert wird:

Paragraf 9 Absatz 4 lautet: Niemand darf Tabakwaren, die Kinder und Jugendliche im Sinne des Absatz 1 nicht konsumieren dürfen, sofern sie für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, an diese abgeben. Niemand darf alkoholische Getränke, die Kinder und Jugendliche im Sinne des Absatzes 1 und Absatzes 2 nicht konsumieren dürfen, sowie Drogen und ähnliche Stoffe, die sie im Sinne des Absatzes 3 nicht konsumieren dürfen, an diese abgeben. Ich bitte um Annahme des Antrages. (12.22 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hamedl. Er ist am Wort bitte.

Abg. Hamedl (12.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich schade, dass die Schüler und Jugendlichen vermutlich weggehen mussten, wo es doch um ein sehr, sehr wichtiges Thema geht. (Abg. Tasch: „Damit hätten sie vielleicht keine Freude gehabt!“)

Ich glaube nicht, Kurt. Der Antrag, der Ihnen heute hier im Landtag vorliegt, betrifft jene Punkte im Jugendschutzgesetz, wo es um die Alkoholabgabe an Jugendliche geht. Wie schaut es bis jetzt im Jugendschutzgesetz aus? Bis 16 ist zwar der Konsum von Alkohol verboten, aber die Abgabe war nur unter dem Titel verboten, wenn er für den Eigengebrauch bestimmt war. Unter diesem Titel, meine Damen und Herren, war es dann immer wieder möglich, in Geschäfte zu gehen und sich den Alkohol zu kaufen. Aber bei diesem Antrag geht es eigentlich nicht nur um Verbote und Strafen, sondern es geht vor allem in Richtung Eigenverantwortung nicht nur der Jugendlichen, sondern auch um uns Erwachsene. Ich glaube, es soll auch damit das Vor-

bildverhalten von uns angesprochen werden, auch das der Wirte, der Verkäuferinnen und aller anderen Erziehungsberechtigten. Wir müssen uns aber fragen, warum konsumieren die Jugendlichen so viel Alkohol? Es kann also nicht nur allein an der Abgabe liegen. (Abg. Gross: „Weil wir leider vielleicht ein schlechtes Vorbild geben!“) Die Ursachen – und da gebe ich Ihnen schon Recht, Frau Kollegin Gross – einerseits, weil wir Erwachsenen vielleicht ein schlechtes Vorbild geben, das, was ich vorher angesprochen habe. Aber ich glaube, der Hauptgrund liegt im familiären und im sozialen Umfeld. Alkohol ist, und das wissen wir alle, die Volksdroge Nummer eins. Es ist die Einstiegsdroge für andere illegale Süchte. Wenn ich nur die Statistik in Graz anschau, die zeigt, dass mehr als 10.000 Menschen alkoholkrank sind, dass mehr als 15.000 sozusagen im gefährdeten Bereich liegen und dass 1500 Menschen in der Steiermark jährlich an den Folgen des schädlichen Alkoholkonsums sterben, glaube ich, da haben wir einiges aufzuholen. Bei einer Studie wurde ja festgestellt, dass mindestens ein Drittel der unter 16-Jährigen regelmäßig Alkohol konsumiert. So lange in Lokalen Werbung gemacht wird unter dem Motto „Sauf zwei und zahl ein Getränk“, wo in Discos kübelweise der Sangria billig angeboten wird, wo unter „happy hours“ verstanden wird „sich bis zur Bewusstlosigkeit umschneiden“ und wo vor allem unter ganz harmlosen Namen wie „Gummibärli“ Wodka mit Red bull angeboten wird, dürfen wir uns nicht wundern, dass sich unsere Jugendlichen tagtäglich betrinken. Jetzt komme ich eigentlich zum Punkt. Denn es ist ja nicht schwer, den Alkohol zu bekommen. Es hat viele Testeinkäufe gegeben, wo versucht worden ist, bekommt man den Alkohol oder bekommt man ihn nicht. Ich sage Ihnen, es ist bis jetzt noch immer möglich, den Alkohol zu bekommen. Als Zwölfjähriger kann man in ein Geschäft gehen und sagen, ich brauche einen Alkohol, ich brauche einen Wodka, ich brauche ein Bier, ich brauche einen Wein für meinen Papa oder für meinen größeren Bruder oder für einen anderen Berechtigten und er bekommt den Alkohol problemlos. In 80 Prozent der Fälle, meine Damen und Herren, funktioniert das so.

Und, Kurt Gennaro, wenn du ein bisschen zuhörst und genau hier setzt unser Antrag ein. Wir wollen damit diesen Missbrauch ein bisschen eindämmen, und ich glaube auch diesem Schlupfloch einen Riegel vorschieben. Diese Lösung wird vielleicht verhindern, dass weniger Jugendliche zum Alkohol kommen. Herr Dr. Müller von der Kinderklinik, der eigentlich die Problematik genau kennt, weil dort alleine im Jahre 2002 mehr als 150 Kinder von zwölf bis 14 Jahren eingeliefert worden sind, die mehr als 2 oder 3 Promille Alkohol in sich hatten, der sagt, endlich ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Durch diese Änderung wird es aber auch leichter möglich sein, die Strafverfahren und auch die Kontrolle durchzuführen, was auch von den anderen Parteien bemängelt worden ist. Die Exekutive wird sich dieses Problems vermehrt annehmen und es hat mir eigentlich gefallen, dass Sie da mitgehen und strengere Strafen verlangen, wo gerade sozusagen von einer Partei die Prävention ganz groß geschrieben wird. Das möchte ich auch in den Vordergrund stellen, aber es freut mich ganz besonders, dass die Grünen da jetzt plötzlich vermehrt Polizeikontrollen fordern.

Wir werden natürlich den beiden Entschließungsanträgen gerne zustimmen, weil wir das auch wollen. Ich bitte nur, bei dem Antrag der Grünen den letzten Punkt wegzustreichen, wo gefordert wird, dass Geld zweckgebunden sein soll. Wenn Sie den Paragraphen 18 des Jugendschutzgesetzes anschauen, da steht genau drinnen, dass dieses Strafgeld zweckgebunden verwendet werden muss und daher ist dieser Punkt sozusagen wirkungslos.

Wir müssen uns aber auch anschauen, meine Damen und Herren, und dafür sorgen, dass nicht nur der Handel und die Gastronomie dafür verantwortlich gemacht werden. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt. Und ich darf Ihnen sagen, ich habe mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Mühlbacher geredet, der sofort jegliche Unterstützung zugesichert hat. Die Einhaltung muss aber wirklich mehr eingefordert werden, da darf es keine Toleranz geben. Ich glaube, die Strafen sollten bis zum Konzessionsentzug gehen, das ist ja jetzt auch im Gesetz vorgesehen.

Ich komme jetzt schon zum Schluss. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir wollen alle nicht, dass sich unsere Jugendlichen betrinken und der Alkoholsucht unterliegen. Ein Gesetz alleine – da gebe ich Ihnen Recht – wird nicht alles verändern. Wir müssen aber neben vielen anderen Maßnahmen dafür sorgen – ich denke mir da in der Jugendförderung, in der Arbeitslosigkeit, bei der Unterstützung in allen Bereichen müssen wir ansetzen, dass es klare und einfache Regelungen gibt.

Es muss uns auch klar sein, dass es ohne entsprechende Kontrolle und ohne Strafen nicht möglich sein wird, den steigenden Alkoholkonsum unserer Jugendlichen einzuschränken. Es ist, glaube ich, in dieser Causa nicht fünf vor Zwölf, sondern schon lange fünf nach Zwölf. Daher bitte ich Sie, diesem Gesetzesantrag zuzustimmen, denn ich denke mir, wenn wir nur eine kleine Chance erblicken, einigen Jugendlichen helfen zu können, damit sie nicht in diese Sucht abgleiten, dann müssen wir dafür sein. Der Schutz der Jugend und unserer Kinder muss uns immer ein zentrales Anliegen sein. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 12.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper, danach die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Halper (12.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Der Edi Hamedl hat so einen groben Überblick schon gegeben über statistische Fakten, über Zahlen und über Stimmungen in unserem Land, wenn man über die Thematik Jugend und Alkohol spricht.

Der Alkoholkonsum Jugendlicher findet allerdings auch in einem komplexen gesellschaftlichen Raum statt. Während sich Eltern auf die Geburt ihres Kindes freuen, wird dieses Ereignis mit einem Gläschen begrüßt und einem Prost. Kommt es zur Geburt eines Kindes und danach zur Taufe und den anschließenden Feierlichkeiten,

heißt es wieder Prost. Erst recht beim Geburtstag, bei Hochzeiten oder anderen Familienfeierlichkeiten trinken wir und sind glücklich und selig mit einem Prost. Und auch wenn wir schon unter der Erde liegen, trinken die Hinterbliebenen auf uns und sagen wieder Prost. Die sozialen Bedingungen des Alkoholkonsums von Jugendlichen werden leider jedoch gerne vergessen. Fazit ist aber, Österreich ist ein feuchtes Land und nimmt auf der Welttrinkrangliste seit Jahrhunderten schon einen prominenten Platz ein. Dies hat natürlich auch damit zu tun, dass Österreich seit Jahrhunderten Alkohol produziert – Wein, Bier, Schnaps, Most. Es ist alles erhältlich. (Abg. Dr. Lopatka: „Seit Jahrtausenden!“) Seit Jahrtausenden, kann man gerne korrigieren.

Österreichs Jugendliche wachsen somit in einer alkoholischen Kultur auf und das hat Vorteile, aber auch Nachteile. Als Nachteil ist natürlich zu werten, dass sie lernen, häufig frühzeitig und zu großzügig die alkoholischen Getränke zu gebrauchen und dies erhöht natürlich einige Konsumrisiken, wie vor allem die Entwicklung von körperlichen und psychischen Erkrankungen. Als Vorteil zu werten wäre, sie lernen rechtzeitig und frühzeitig damit umzugehen und das in aller Offenheit, und dies reduziert natürlich andere Konsumrisiken.

Über das Warum des erhöhten Alkoholkonsums könnte man ja stundenlang referieren, viel zu komplex ist dieses Thema und viel zu viele Personen aus dem wissenschaftlichen und pädagogischen Bereich haben sich schon ihre Gedanken dazu gemacht.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen eine Empfehlung geben, sich die Studie „Jugend und Alkohol“ von Herrn Dr. Alfred Uhl aus dem Anton-Proksch-Institut Wien einmal näher durchzulesen, die wirklich klar und deutlich aufzeigt, wie hoch spannend, aber auch komplex die Thematik zu werten ist und warum vor allem Jugendliche immer häufiger zur Flasche greifen.

Der Antrag, den wir heute beschließen, der ist eine Sache und es ist ein Schritt, politische Verantwortung zu übernehmen und es ist ein Baustein für die Gesellschaft, doch getan sein wird es damit leider sicherlich nicht. Es wird wieder eine Zeit dauern, bis es sich herumgesprochen hat, dass es Gesetz ist, dass man unter 16 Jahren gar keinen Alkohol mehr bekommt und es wird leider auch – realistisch betrachtet – dauern, bis es vollzogen werden kann. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass es ein wichtiger Schritt ist in diese Richtung zu gehen, aber wir müssen auch darauf Bedacht nehmen, das Thema komplexer zu sehen und auch andere Bausteine mit anzufügen. Weitere Bausteine werden vom Kollegen Stöhrmann später in einem Entschließungsantrag eingebracht werden. Ich denke, dass sie auch wichtig sind im Zusammenhang mit Jugend und Alkohol.

Auf einen Punkt möchte ich noch kurz eingehen, nämlich den Entschließungsantrag der Grünen – der Edi Hamedl hat es auch schon angesprochen –, auf den Punkt zwei, die Einnahmen aus Geldstrafen für Suchtprävention bei Jugendlichen zweckzuwidmen.

Ich denke, dass diese Passage insofern ein bisschen ein Hinfußchen hat, denn Tatsache ist ja, dass im Paragraf 18 des Jugendschutzgesetzes steht, dass das Geld für den Jugendschutz zweckzuwidmen ist. Das wird ja auch vollzogen. Ich denke, da geht es einfach um eine fachliche Geschichte für mich. Suchtprävention ist wichtig und hinter der stehen wir alle vier Fraktionen. Ich glaube, das haben wir mit unserer Arbeit in diesem Landtag schon bewiesen. Aber Jugendschutz ist für mich ein bisschen mehr als nur Suchtprävention. Wenn wir komplex denken – und davon gehe ich einmal aus, dass das in diesem Hohen Landtag möglich ist –, dann müssen wir auch sehen, dass wir die umfassende Breite brauchen, nicht nur einen Bereich. Und das Zweite ist – das ist halt auch eine Tatsache –, wir würden gegen ein geltendes Gesetz stimmen. Das heißt, normalerweise auf dem Formalweg müsste hier ein Novellierungsantrag des Jugendschutzgesetzes gestellt werden. Und auch im Namen meiner Fraktion ersuche ich euch von den Grünen, bitte diesen Punkt herauszunehmen, korrekt zu formulieren, damit wir ihn dann beim nächsten Mal mitbeschließen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Bitte.

Abg. Mag. Zitz (12.37 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Mischa Halper, da sieht man einfach die Unterschiede in der Suchtpolitik von deiner Fraktion und unserer Fraktion.

Die Absicht von unserem Entschließungsantrag ist, dass die Gastwirte und Gastwirtinnen, Gastronomiebetriebe und Teile des Handels, die in der Steiermark Alkohol „dealen“, an Jugendliche abgeben, komplett entgegen einer Jugendschutzlogik und entgegen einer Logik, dass Leute Alkohol, wenn, dann in einer geordneten Art und Weise konsumieren sollen, endlich bestraft werden. Das geschieht ohnehin nur minimal. Ich werde Ihnen anschließend Zahlen bringen, wo Sie sehen, dass der Gastrobereich in der Steiermark durch dieses Jugendschutzgesetz bis jetzt überhaupt nicht zum Handkuss gekommen ist. Es ist für mich eine tolle Maßnahme des Umgehens mit diesen Gastwirten und Gastwirtinnen, dass ihre Straf gelder innerhalb des Jugendschutzes der Suchtprävention zugute kommen.

Wir haben gestern einen Suchtbeirat gehabt, wo wir uns wieder einmal überlegt haben, wie wir die Mittel für Sekundär, Tertiär- und Primärprävention im Suchtbereich auf fetten können, etwa über die Lustbarkeitsabgabe oder über komplizierteste Budgetumschichtungen beim Landesrat Dörflinger.

Ich sehe nicht ein, weshalb die SPÖ den Wirtschaftsbereich der Gastwirte schonen möchte. Ich sehe das einfach nicht ein. Ich plädiere heftig dafür, dass Sie sich in Ihrem Klub noch einmal überlegen, ob es nicht absolut legitim ist und ich glaube in der Öffentlichkeit auch sehr gut verständlich, dass die Gastwirte und der Teil des Handels, die penetrant gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen, dass deren Geldstrafen selbstverständlich dem Sekundärbereich zugute kommen. (Abg. Wiedner: „Das ist aber eine Unterstellung, Frau Kollegin!“)

Ein zweiter Punkt, Edi Hamedl hat es angesprochen, pro Jahr landen 140 Jugendliche mit Alkoholvergiftung im LKH. Und diese Jugendlichen haben ihren Alkohol nicht in irgendwelchen Hinterkammerln selbst gebrannt, sondern diese Jugendlichen haben den Alkohol von Erwachsenen bekommen. Und was mich in dem Zusammenhang wirklich ärgert: Wir haben in der Steiermark seit 1998 ein Jugendschutzgesetz und ich erinnere mich sehr gut an die damaligen Unterausschussverhandlungen. Damals hat nämlich die SPÖ eine tolle Position gehabt, weil sie nämlich zusammen mit uns dafür gekämpft hat, dass endlich auch der Gastrobereich und der Handel zum Handkuss kommen, wenn da Personen gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen – das war vor dem Jahr 1998 nicht üblich –, im Bereich Abgabe von Alkoholika.

Dieses Gesetz gibt es jetzt seit vier Jahren und ich möchte Ihnen einige Zahlen bringen, wie das bestehende Gesetz in der Steiermark umgesetzt wurde. Das politische Resümee, sage ich Ihnen jetzt, das ist eins zu null für den Handel und für die Gastronomie. Ganz kritisch hinschauen tut man immer bei den Jugendlichen, relativ kritisch noch bei den Eltern, aber die Teile des Gewerbes, die Alkohol wirklich illegal an junge Leute ausbringen, die sind in der Steiermark so gut wie nicht belangt worden.

Einige Daten: Die Höchststrafe bei Verstößen gegen Alkoholausschank wurde in der Steiermark bisher kein einziges Mal verhängt und wir reden da über 7267 Euro. Trotzdem gibt es permanent Berichterstattung, in welchen Lokalen in der Obersteiermark oder in Graz Alkohol an Jugendliche wirklich „gedeckt“ wird, und zwar auch mit einschlägigen Inseraten und Werbelinien, wo man sich an ganz, ganz junge Leute wendet! Wenn man sich diese Sujets von den Werbungen anschaut, da weiß ich, da sind nicht Sie und ich die Zielgruppe, sondern die Gestaltung ist so, dass 13-, 14-, 15-Jährige dadurch spezifisch angezogen werden sollen. Das ist für mich ein Bereich der Suchtpolitik, wo ich denke, wer, wenn nicht der Landtag, hat sich gefälligst darum zu kümmern.

Im Jahre 1999 gab es steiermarkweit insgesamt überhaupt nur acht Verfahren mit Geldstrafen gegen Gastwirte und im Jahre 1999 kein einziges Verfahren gegen Gastwirte in Graz. Ist doch interessant! Und wenn man am Wochenende durch das Bermudadreieck geht oder auch durch bestimmte andere Teile der Stadt, dann können Sie mir nicht erzählen, dass da nicht selbstverständlich ganz, ganz junge Leute schwerst alkoholisiert unterwegs sind. Wie gesagt, für mich ist die Verantwortung – (Abg. Wiedner: „Woher haben sie den Alkohol?“) Den Alkohol haben sie zu einem guten Teil, Herr Abgeordneter Wiedner, von Gaststätten! (Abg. Wiedner: „Diskriminieren Sie nicht einen ganzen Berufsstand!“)

Ich hoffe, Sie melden sich selber zu Wort und bitte widerlegen Sie dann diese Daten. Ich möchte mich bei Landesrat Flecker bedanken, er hat uns nämlich diese Daten für das Jahr 2000 zur Verfügung gestellt. (Abg. Wiedner: „Es ist mein Recht, das zu sagen!“)

Herr Abgeordneter Wiedner, auch auf die Gefahr hin, dass Sie mich wieder permanent unterbrechen: Verfahren gegen Zielgruppen: Im Jahr 2000 hat es im Bezirk Leoben 50 Verfahren gegen Minderjährige gegeben wegen Alkoholkonsum und null Verfahren gegen Gastwirte. 50 Verfahren gegen Jugendliche, null Verfahren gegen Gastwirte! Ein Beispiel noch: Am meisten Verfahren hat es in Graz gegeben. 204 Verfahren gegen Jugendliche und vier Verfahren gegen Gastwirte. Ein drittes Beispiel: Fürstenfeld 46 Verfahren gegen Minderjährige, vier Verfahren gegen Gastwirte. Sie wissen, dass für die Vollziehung dieses Gesetzes, das wir jetzt, nehme ich an, einstimmig beschließen werden, natürlich auch die Bezirkshauptmannschaften zuständig sind. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum man von Landtagsseite Gesetze beschließen lässt, aber die Nachbereitung dieser Gesetze, nämlich über eine gute Kooperation mit der Bezirkshauptmannschaft, die sich auch einmal mit regionalen, mit den „local heroes“ sozusagen, dem Gastgewerbe anlegen muss, die fehlt. Es wird aber nicht anders gehen, wenn man dieses Gesetz seriös und ordnungsgemäß vollziehen möchte. Dass man die Jugendlichen kontrolliert, das ist ein Teil der Strategie, aber dass die Gastwirte so gut aussteigen, wie ich es jetzt gerade zitiert habe, für mich ist das eine absolute Zumutung. Und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, macht unsere „Suchtpolitik und Jugendpolitik“ erst transparent und glaubwürdig gegenüber den Abnehmern und Abnehmerinnen dieser Politik. Ich betrachte dieses Jugendschutzgesetz in dieser Novellierung erst dann als glaubwürdig und realistisch, wenn sich ab dem Jahr 2003 dieses „eins zu null für die Gastwirte und Gastwirtinnen“ endlich umdreht.

Es ist für mich eine politische Aufgabe sicherzustellen, dass auf der Ebene der Bezirksverwaltungsbehörden da anders umgegangen wird, bei der Umsetzung dieses Gesetzes, als das in den letzten Jahren üblich war. Man kann zum Beispiel über die Konferenzen der Bezirkshauptleute da unterstützende oder flankierende Maßnahmen für die Umsetzung dieses Gesetzes sicherstellen. Ein Element noch, Herr Kollege Wiedner, weil Sie so empört waren: Kommen Sie einmal in den Suchtbeirat oder kommen Sie einmal zu den Leuten von VIVID, von der Drogenberatungsstelle, zu den Drogenstreetworkern, zu BAS, zu der Landesnervenklinik und reden Sie mit den Leuten über die Umsetzung dieses Gesetzes. Die haben nämlich dann den beruflichen Auftrag, mit Jugendlichen zu arbeiten, die teilweise in jungen Jahren schon viel Kontakt mit Alkohol haben, teilweise auch mit entsprechender „Vorbildwirkung“ von Erwachsenen, das möchte ich dazusagen. Unser Vorschlag, dass man die Strafgeleinnahmen vom Handel und von der Gastronomie für Suchtssekundärprävention bei Jugendlichen zweckbindet, ist ein Vorschlag, der genau von diesen Institutionen gekommen ist. Wir im Land wissen, dass zusätzliche Einnahmen für den Suchtbereich nicht so leicht zu lukrieren sind und ich sehe einfach nicht ein, warum man diese Schiene, Strafgeleinnahmen zweckzubinden, nicht als Instrument nutzt. Wie gesagt, die Höchststrafe ist im Jahre 1999 leider Gottes ohnehin an den Gastrobereich nie ausgegeben worden.

Was uns auch noch wichtig ist, ist die Anbotsreduktion. Ich glaube und da möchte ich einfach das unterstützen, was Herr Landesrat Flecker im Jugend-Ausschuss auch zum ÖVP-Antrag gesagt hat, ohne entsprechende flankierende Maßnahmen und ohne ganz klar auch gesellschaftspolitische Begleitmaßnahmen wird es nicht gehen. Ich denke, diese empörten Debatten, die wir bei den so genannten harten Drogen haben beziehungsweise auch die Maßnahmen, die da gesetzt werden, die habe ich bis jetzt nie gehört, wenn es um Alkoholmissbrauch geht. Und dass Alkoholmissbrauch leider Gottes einfach in Österreich ein gesellschaftliches Phänomen ist, wo man teilweise sogar lächerlich gemacht wird, wenn man nicht ausgiebig konsumiert, ist auch ein Teil unserer Realität.

Abschließend möchte ich im Namen der Grünen einen Entschließungsantrag einbringen betreffend Alkoholausschank und Suchtprävention bei Jugendlichen.

Die Daten habe ich genannt, im Jahre 1998 acht Verfahren, die Geldstrafen gegen Gastwirte zur Folge hatten, davon kein einziges Verfahren in Graz. Bisher wurde die Höchststrafe gegen Verstöße im Bereich Alkoholausschank steiermarkweit überhaupt noch nie verhängt.

Ich stelle deswegen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens dafür Sorge zu tragen, dass die Bezirksverwaltungsbehörden das Jugendschutzgesetz in Bezug auf die Alkoholausschank an Jugendliche konsequent vollziehen. Sonst ist das, was wir da in einer Stunde machen, blanke Makulatur. Das kann man in allen Gaststätten der Steiermark aushängen. Die Leute werden sich darüber lustig machen, was wir für Gesetze beschließen, wenn die nicht auf der regionalen Ebene, wo man das regionale Angebot und die Leute, die da Grenzen überschreiten, sehr, sehr gut kennt, nicht genau hinschaut und genau dort die Schritte der Kontrolle und Begleitung setzt.

Und der zweite Punkt, Kolleginnen und Kollegen, das ist für mich jetzt die politische Nagelprobe für Sie von den anderen Fraktionen – nämlich die Einnahmen aus Geldstrafen für Suchtprävention bei Jugendlichen zweckzubinden.

Ich hoffe, ich habe vorher ausführlich genug dargestellt, es geht darum, dass die Mittel, die aus dem Gastrobereich und vom Handel kommen – ich habe Ihnen vorhin die Statistik genannt –, bis jetzt ohnehin sehr, sehr wenig Mittel, dass die für Sekundärprävention zweckgebunden werden und für gemeinsame Strategien der Suchtprävention im Sozial- und im Gesundheitsbereich verwendet werden.

Abschließend glaube ich, dass diese Gesetzesinitiative auch aus der öffentlichen Debatte her nachvollziehbar ist, aber ohne diese beiden präzisierenden Punkte, die ich gebracht habe, wäre der Antrag selbst nur Makulatur und ein Stück PR im Landtag, der letztendlich null Unterstützung bringt für die betroffenen Jugendlichen und ihr soziales Umfeld. Letztendlich wäre das eine Aufforderung an den Handel und an den Gastrobereich, auf Kosten von Jugendlichen, deren Brieftaschen und derer körperlicher, sozialer und psychosozialer Gesundheit weiterzumachen wie bisher. Und deshalb bitte ich um Unterstützung für unsere Anträge. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (12.50 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich finde es sehr schön, aber es ist ja leider nicht allzu oft der Fall, dass eine Gesetzesänderung die Zustimmung aller findet, aber mit dieser Änderung tun wir von unseren Möglichkeiten her das, was wir tun können. Wie dann jedoch die Vollziehung des Gesetzes erfolgt und die Kontrolle, ist etwas anderes. Und da meine ich, ein Gesetz ist eben auch nur so gut, wie es dann auch vollzogen und kontrolliert wird, sowohl bei diesem als auch bei anderen Gesetzen.

Und wenn wir den Jugendlichen unter 16 nun nicht mehr die Möglichkeit geben Alkohol zu erwerben, auch nicht unter dem Vorwand, dies für ihre Eltern zu tun, ist es auch unsere sinnvolle Pflicht, finde ich, das zu kontrollieren. Die zwei Entschließungsanträge zielen ja in diese Richtung ab. Wir können diesen in ihrem Sinn natürlich zustimmen, denn das Problem existiert tatsächlich. Das kann man auch in Innenstädten und auch in Bezirksinnenstädten beobachten, vielleicht möglicherweise nicht zu dieser Jahreszeit, aber zu einer wärmeren. Dazu möchte ich auch gleich sagen, zur Frau Abgeordneten Zitz, der Einwand vom Herrn Abgeordneten Wiedner ist gekommen, weil Sie das wirklich so auf Gaststätten beschränken. Es gibt in jedem Bereich schwarze Schafe und ich denke nicht, dass man hier pauschal alle Gaststätten verurteilen kann, den Alkohol auszuschicken, denn ich sehe auch ein anderes Bild.

Ich sehe nämlich die Jugendlichen auf der Straße, die meistens mit irgendeiner Flasche Alkohol unterwegs sind. Und ich denke auch nicht, dass ein Jugendlicher es sich leisten kann, eine Flasche stärkerer Alkoholika, beispielsweise Schnaps, in einer Gaststätte zu kaufen. Es kommt hier doch schon sehr oft vor, dass Jugendliche wirklich in ihrem Rucksack Alkoholika zu diversen Veranstaltungen mitnehmen, die natürlich dann vorher auch irgendwo anders gekauft worden sind. (Abg. Wiedner: „So ist es!“) Sie halten sich dann eben mehr oder weniger beschwipst an öffentlichen Plätzen auf und da wird es die Möglichkeit geben, hier sozusagen per Gesetz ihnen mitzuteilen, dass dies sehr gefährlich ist in Hinsicht auf Sucht, aber auch auf Unfälle. Und man kann ihnen dann auch per Gesetz unter die Arme greifen. Deshalb sind wir hier auch nicht gegen eine Zweckbindung, wie das der grüne Antrag aussagt. Nur muss ich doch sagen, dass ich einigermaßen verwundert bin, dass hier die Grünen diese Haltung einnehmen. Ich finde es sehr schön, dass Sie hier auch der Meinung sind, mit allen anderen Landtagsfraktion, nur kann ich im Gegenzug das nicht verstehen, wie können Sie dann verlangen, beispielsweise

Haschisch in Trafiken freizugeben? Das ist für mich ein Widerspruch in sich, das muss ich Ihnen mitteilen, das ist einfach so. Ich kann nicht in einem Bereich hier so vehement mit allen anderen mit auftreten und in anderen Bereichen eine Lockerung fordern, die auch zur Sucht führen kann und mitunter sehr gefährliche Ausmaße annehmen kann, weil das ja von einem ins andere führt.

Betreffend die Vorbildwirkung, die der Herr Abgeordnete Hamedl angesprochen hat, man soll hier nicht sagen, dass die Jugendlichen nur jeden Tag irgendwo herumlungern. Da, finde ich, müssen wir uns doch auch ein bisschen an der Nase nehmen. Nicht jeder natürlich.

Das ist auch zu deinem Beitrag zu sagen, prost. Ich denke doch, wenn eine Mutter ein Kind bekommt – und ich weiß es, ich habe auch eines bekommen –, so denke ich ist nichts dabei, wenn man mit einem Glaserl Sekt mit einem Prost hier anstößt. Aber wir reden da ja von anderen Dimensionen, von anderen Ausmaßen, die nicht unbedingt mit einem Gläschen und einem Prost abgetan sind. Ich denke doch, da können manche Erwachsene hier wirklich ein Vorbild sein und dies auch leben und sich selbst an der Nase nehmen und dieses Vorbild auch einhalten.

Wie gesagt, wir werden den Entschließungsanträgen zustimmen, auch dem Punkt der Zweckbindung. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der FPÖ. – 12.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Stöhrmann. Bitte.

Abg. Stöhrmann (12.55 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Wenn ich hier in die Runde schauen, dann wundert es mich, dass es immer wieder und des Öfteren diskutiert wird, wenn ein Glas halb voll ist, ob es halb voll oder halb leer ist. (Abg. List: „Die Bank ist voll!“) Ich nehme sicher nicht an, dass die abwesenden Kolleginnen und Kollegen sich derzeit an der Milchbar befinden, wo ja bekanntlich auch anderes ausgeschenkt wird als Milch. (Abg. Wiedner: „Wasser!“)

Ich freue mich aber darüber, dass es zu dem Tagesordnungspunkt 4 größte Übereinstimmung gibt. Und ich stehe nicht an, mich bei den Initiatoren zu diesem Antrag sehr herzlich zu bedanken, weil es um unsere Jugend geht und um den Schutz unserer Jugend. Ich glaube, da müssen wir einer Meinung sein.

Ich freue mich aber deswegen auch, weil scheinbar in die Reihen der Abgeordneten der ÖVP Bewegung gekommen ist, denn ich denke nur zurück, dass wir wiederholt mit Anträgen und Eingaben dieses Problem aufgezeigt haben, dieses Problem auch lösen wollten und es immer wieder von dieser Seite her Blockaden gegeben hat.

Ich bin mir sicher, dass, wenn der Lobbyismus, die Eigeninteressen bei manchen Abgeordneten in der Riege der FPÖ zurückgenommen wird, dass auch dann dort diese Übereinstimmung hundertprozentig zu erzielen ist.

Wir wissen aber auch alle, dass es nicht diese Lösung ist, die wir uns im Gesamten für dieses Problem vorstellen. Es ist aber ein erster Schritt und es ist vor allem ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wenn Sie heute die Meldungen im ORF verfolgt haben – und sie kommen ja halbstündig –, dann sehen Sie, welche Bedeutung auch die Öffentlichkeit diesem Problem zumisst. Unisono waren die Meinungen jener, die der ORF befragt hat, dass es nicht die endgültige Lösung ist, dass die woanders liegen muss. Dem gebe ich auch Recht. Nicht Recht gebe ich einer Anruferin, die gemeint hat, auch Alkohol sei eine Droge. Bis dahin kann ich folgen. Aber als sie dann gemeint hat, alle, die Alkohol verkaufen, sind Drogendealer, das möchte ich doch zurückweisen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Alkohol ist eine Droge. Und ich weiß wovon ich spreche. In meiner Gemeinde gibt es eine Landesberufsschule, das Internat wird von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft geführt. Am Zuweg zu dieser Landesberufsschule gibt es ein großes Verkaufsgeschäft und ich könnte Ihnen Sachen schildern, die in diesem Zusammenhang passieren. Es ist einfach notwendig, die Kontrollen diesbezüglich zu verstärken und sich nicht nur auf gesetzliche Initiativen zu beschränken.

Meine sehr verehrte Kollegin Zitz, es ist nicht in unserer Absicht, irgendwen oder irgendeine Lobby oder einen Berufszweig oder sonst etwas zu schützen, das wollen wir sicher nicht. Ich sage es Ihnen ganz eindeutig, denn ich gehe sogar so weit, dass es für mich unverständlich ist, dass Einrichtungen, die lediglich dem Verkehr dienen, nämlich Tankstellen, Servicestellen und so weiter, ob an der Autobahn, an der Bundesstraße, an der Landesstraße, gleich wo immer sie sind, sich immer mehr auch dahin entwickeln, dass sie Treffpunkt jener sind, die gerne Alkohol konsumieren. Und ich glaube, gerade dort hat der Alkohol überhaupt nichts zu suchen. Es wäre wahrscheinlich auch ein Schritt in die richtige Richtung, wenn wir uns dieses Problems annehmen würden.

Aber was Ihren Entschließungsantrag betrifft, dem auch die FPÖ zustimmt und wo wir sagen, dass wir bei diesem zweiten Punkt – der Zweckbindung – nicht mitgehen können, das hat einen ganz einfachen Grund. Es würde in ein bestehendes Gesetz eingreifen und es müsste zuerst natürlich diesbezüglich eine Novellierung stattfinden. Aber der Vorschlag, darüber zu reden, der steht und wir stehen zu diesem Vorschlag, weil wir meinen, dass es gut für unsere Jugend ist.

Ich komme nun zum eigentlichen Zweck meines Hierseins, nämlich zur Einbringung des Unselbstständigen Entschließungsantrages der Abgeordneten Stöhrmann, Halper und Kröpfl. Meine sehr verehrten Damen und Herren, er liegt Ihnen vor, ich möchte nicht die ganze Begründung verlesen, aber ich darf mich auf einen Absatz konzentrieren.

Ungeachtet der Verbesserung der Rechtslage durch die Änderung des Jugendschutzgesetzes muss klar sein, dass ein gesetzlich vorgeschriebenes Alkoholabgabeverbot nicht ausreichen wird, um die Jugend vor Alkoholmissbrauch nachhaltig zu schützen. Ich glaube, auch darüber besteht Einigkeit.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes zu einer strengeren und nachhaltigeren Überwachung der Einhaltung des Alkoholabgabeverbotes nach Paragraph 9 des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes anzuhalten, zweitens die Bundesregierung zu ersuchen, bei Schwerpunktaktionen der Sicherheitsexekutive, soweit dies mit dem jeweiligen Einsatzziel vereinbar ist, verstärkt auf die Mitwirkungsverpflichtung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes in Bezug auf die Vollziehung des Paragraphen 9 Steiermärkisches Jugendschutzgesetz Bedacht zu nehmen und drittens – ein sehr wichtiger Punkt – ausreichend finanzielle Mittel für eine flächendeckende Primär- und Sekundärprävention zur Verfügung zu stellen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 13.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Koller.

Abg. Mag. Koller (13.02 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es ist ja heute schon sehr viel gesagt worden. Lassen Sie mich ein Beispiel bringen aus der täglichen Praxis, wobei ja nicht einmal immer böse Absicht dahintersteht. Ich bin vor Jahren einmal von Mitschülern meiner Klasse aufmerksam gemacht worden, dass jemand bereits vor Unterrichtsbeginn das berühmte Glaserl mit irgend einem relativ starken Alkohol benötigt. Ich habe mir dann die Mühe gemacht und bin zur Familie nach Hause gefahren und sie haben mir des Weiten und Breiten einige Dinge erklärt, aber eigentlich bis zum Schluss nicht verstanden, was ich eigentlich sagen will. Im Gegenteil, sie brachten mir ein tolles Beispiel. Der Junge mit 14 Jahren hatte Bauchschmerzen und sie hatten vom älteren Sohn eine Flasche Schnaps bekommen. Der Junge hat sie auf Grund des Bauchwehs geleert. Es ist nicht in den Kopf hineingegangen, dass damit eigentlich bereits eine Alkoholsucht vorhanden ist. Und darum und mit vielen anderen Beispielen sehe ich diese Gesetzesvorlage oder diese Bestimmung als einen einzelnen Baustein in einer Fülle von Maßnahmen, die zu setzen sind. Selbstverständlich macht Gelegenheit Diebe, das heißt, wenn ich in einer Freistunde in jedem Supermarkt Alkoholika bekomme, aber auch in Lokalen nicht immer darauf geachtet wird, dass unter 16-Jährige keinen Alkohol trinken dürfen, dann nutzt man eben manche Gelegenheit und manche wissen nicht mehr, wann sie aufhören müssen. Aber alle Gaststätten, alle Diskotheken, alle Lokale jetzt als Dealer hinzustellen, dagegen möchte ich mich schon stark verwehren, denn es sind die Ausnahmen, die Alkohol ohne nachzudenken an jeden ausschenken, und sicher nicht alle.

Mit dieser Gesetzesbestimmung möchte ich aber nicht nur Strafen oder das Gesetz sehen, sondern ich sehe es auch als eine gewisse Bewusstseinsweckung, auf der einen Seite für das Thema Alkohol, aber auch auf der anderen Seite, dass man darüber nachdenkt, dass man den Jugendlichen wieder mehr Zeit widmet, dass man sich mit den Problemen der Jugendlichen beschäftigt, aber auch darauf Rücksicht nimmt, was Jugendliche alles an Einflüssen auf Grund unserer technischen Möglichkeiten haben und diese mit ihnen bespricht und ihnen hilft, auch diese zu verarbeiten. Das Miteinander wurde von mir bereits angesprochen, ein Miteinander in Hilfestellung, in Prävention, ein Miteinander von Eltern her, von Lehrern her, aber natürlich auch ein Miteinander mit den Schülern.

Man kann nie früh genug beginnen und im Bezirk Leibnitz gab es im Pflichtschulbereich bereits Projektwochen, wo ausschließlich das Thema Alkohol jugendgerecht aufgearbeitet wurde. Aber man kann auch viele andere Dinge machen, immer wieder in den Unterricht einfließen lassen, aber auch bitte die Eltern einbinden, die Eltern aufklären, worin die Gefahren bestehen. Es stimmt schon, mit alkoholischen Getränken – und unser „Prost“, wie die Kollegin Halper gesagt hat, mag man zur Gesellschaft gehören, aber ist es nicht auch die Aufgabe von Eltern und Lehrern, einen sinnvollen Gebrauch in den Vordergrund zu stellen? Jeder von uns trinkt ganz gerne einmal einen Schluck, aber wegen dem müssen wir nicht alle maßlos trinken oder werden wir auch nicht alle Alkoholiker. Und darum Aufklärungsarbeit als ein weiteres Mosaiksteinchen, aber natürlich selbstverständlich auch als ein Mosaiksteinchen ist diese gesetzliche Bestimmung zu sehen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz noch einmal.

Abg. Mag. Zitz (13.06 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Punkt zwei von unserem Antrag, um das noch einmal klar zu machen. Uns geht es darum, dass die Geldstrafen, die von Leuten lukriert werden, die gegen den Alkoholausschank im Jugendschutzgesetz verstoßen, zweckgebunden werden für Suchtprävention bei Jugendlichen. Also wenn das zur Klärung beiträgt, dann möchte ich es noch einmal sagen. Es geht nicht um die gesamten Einnahmen aus Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz, sondern nur um die Mittel, die lukriert werden, weil Handel, Gastgewerbe, Erwachsene, wer auch immer, illegal Alkohol an Jugendliche ausschenkt. In diesem Sinne möchte ich jetzt den Punkt zwei von unserem Antrag sozusagen noch einmal präzisieren. Danke! (13.07 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Böhmer bitte.

Abg. Böhmer (13.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat!

Lassen Sie auch mich einige Gedanken zu diesem Alkoholverbot für Jugendliche kundtun. Das Resümee eines Lehrers, der drei Jahrzehnte mit Zehn- bis 14-Jährigen beisammen ist und auch das Resümee eines Lehrers, der drei Jahrzehnte ehrenamtlich in verschiedensten Jugendorganisationen tätig war. Ich sage, die Jugend ist im Jahre 2003 um keinen Deut besser als 1970 und 1990 und um Christi Geburt, sie ist aber auch nicht schlechter. Die Jugend ist immer eine Antwort auf die Gesellschaft und ich meine, dass die Jugend gerne zum gesamtgesellschaftlichen Prügelknaben herangenommen wird und gerade die Unausgegorenheit und gerade die Unausgeglichenheit der Erwachsenenwelt verstärkt zu spüren bekommt. Jugend wird hin- und hergeworfen, in ihrem Heranwachsen nicht mehr unterstützt und so ist es auch kein Wunder, dass sich die Wirtschaft in den letzten Jahren dieser Jugend verstärkt angenommen hat, ich meine im positiven Sinne. Wir kennen Jugendkleidung und Jugendtrendsportarten wie Snowboards, wo die Wirtschaft Positives der Jugend signalisiert. Es ist eben einfach schick in der Schule, im Bus, im Lokal, im Büro ganz einfach in zu sein, toll gekleidet zu sein und es ist einfach schick, bei der Clique zu sein, um ein altes Wort dafür zu gebrauchen, es ist oft übergeil so zu sein. Aber es gibt, wie wir heute schon von der Kollegin gehört haben, einige schwarze Schafe und diese schwarzen Schafe, im Gegensatz zu Frau Kollegin Zitz, sehe ich, jetzt auf den Bezirk Hartberg bezogen, nicht bei unseren Gastwirten. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Die sehe ich nicht – Entschuldigung, das ist meine Wahrnehmung, Frau Kollegin, sehr wohl gibt es einige wenige gewinnträchtige Eventleute, die einfach den Jugendlichen den Boden unter den Füßen wegziehen. Durch ihre Lockmittel, wie wir heute auch schon vom Kollegen Hamedl und anderen gehört haben, wie Kübelpartys und wahre Orgien wie Saufen bis der Notarzt kommt – alles hat es bei uns gegeben.

Und ich sage, hier kann das Gesetz auch nur einen äußeren Rahmen abstecken. Der Bezirk Hartberg hat diese Angelegenheit des Alkoholismus unter den Jugendlichen zu einem Thema gemacht, und dies bereits im März 2001 beginnend. Das heißt, im Bezirk Hartberg gibt es seit dieser Zeit eine verstärkte und intensive Jugendarbeit, wo das Bezirksgendarmeriekommando, das Sozialreferat, spricht die Jugendwohlfahrt, in engster Weise zusammenarbeiten, um dieser Jugend, um den Eltern und natürlich auch anderen zu helfen. Das Ergebnis lässt sich sehen. Durch regelmäßig durchgeführte Kontrollaktionen werden bei Veranstaltern, aber auch bei Eltern gewisse Aufmerksamkeiten erweckt und Veranstalter werden in puncto Alkoholausschank auch immer vorsichtiger. Ich nehme mich selbst auch als Veranstalter eines Parteistadtfestes her. Und hier gilt es, viele Bezirksverantwortliche anzusprechen, einmal von uns, das Wahre zu sagen und so manchem und so mancher den Alkoholkonsum, allen voran die so genannten harten Alkoholgetränke, zu entsagen.

In Hartberg wurden, Frau Kollegin Zitz – und auch das muss ich hier sagen –, gerade durch diese verstärkte, tolle Zusammenarbeit zwischen Exekutive und der Jugendwohlfahrt die Verwaltungsstrafverfahren in einem Jahr – von 2001 auf 2002 – von 54 auf 209 nahezu vervierfacht. Da gab es auch unter anderem 104 Anzeigen gegen Veranstalter und so genannte andere Eventmenschen. Diese Kontrollaktionen werden fortgeführt.

Lassen Sie auch einige Hartberger Wirte, vorigen Freitag in der „Kleinen Zeitung“ in der Regionalausgabe dargeboten, zu Worte kommen. Was sagen sie zu diesem heute von uns einstimmig zu beschließenden oder bald beschlossenen Gesetz?

Drei In-Lokale in der Hartberger Szene, wo bis 23 Uhr am Abend nahezu bis zur Tür oder an schönen Tagen vorne herausen Jugend sich unterhält. Ich kann sie auch nennen. Kollege Posseth vom Café „s'Eck“: „Ich finde die Verschärfung des Jugendgesetzes sehr gut. Jugendliche unter 16 kriegen bei mir ohnehin keinen Alkohol, genauso ist dies bei den Zigaretten!“ Kollegin Raser vom Stadtcafé Hartberg: „Das Land hat mit dieser Änderung eine tolle Sache erledigt!“ Kollegin Schantl, „Zum Schantl“: „Etwas Besseres hätte sich der Gesetzgeber gar nicht einfallen lassen können!“

Ich finde, es ist unsere Aufgabe als Landesvertreter, dann in den Regionen diesen Stil der Aufklärung, diesen Stil der Unterstützung, der verantwortungslose Eltern und Veranstalter einfach zu minimieren.

In Hartberg werden über das Bezirksjugendreferat regelmäßig alle Gemeinden, alle Pfarren, alle Jugendorganisationen, Sicherheitskomitees, Sozialpartnerring, alle Schulen, alle Krankenhäuser, alle Suchtpräventions- und -beratungsstellen mit Informationsschriften versehen. Zusätzlich gibt es auch immer wieder runde Tische, um sich einfach der Situation im Bezirk anzunehmen.

Ich meine, wesentlich ist nicht – obwohl es notwendig ist –, welche Gesetze wir hier in diesem Haus beschließen, wesentlich ist auch, wie wir uns um unsere Jugendlichen kümmern. Man sagt so schnell, Jugend ist die Poesie des Lebens. Lassen wir unsere Jugend dieser Poesie anteilig werden und unterstützen wir unsere Jugend mit einem gerüttelten Maß an Verantwortung, mit einem gerüttelten Maß an Weitblick und Solidarität. In diesem Sinne: Haben wir mehr Menschlichkeit und Verantwortung und weniger Moral. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Ober. Bitte.

Abg. Ing. Ober (13.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, verehrte Frau Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtags!

Ich werde nicht über den Obstler reden, der natürlich auch in medizinischer Form, mäßig genossen, ganz gesund sein kann. Ich möchte zu ein paar Dingen, weil sie mich persönlich bewegen, etwas sagen und auch dem Kollegen Hamedl gratulieren, dass er das mit vielen gemeinsam zustande gebracht hat.

Viele Menschen machen sich zunehmend Gedanken, wohin uns diese Wohlstandssteigerung wohl führen wird. Zu viele merken, dass die Glücksgefühle, die Wohlstandssteigerungen mit sich bringen, nur kurzfristig halten – das neue Auto, das Kleid, Hobbys, besondere Annehmlichkeiten. Die Werbestrategen kennen sehr gut die Glücksbedürfnisse der Menschen und schaffen es immer öfter die Massen zu mobilisieren, Dinge zu kaufen, die sie nicht unbedingt brauchen und die sie sich oft auch nicht leisten können.

Vor kurzem sagte in einem Gespräch über Kosten jemand zu mir, im Zusammenhang mit Lebensstandard, dass man mit drei Kindern, wenn man also drei Kinder hat, schon ein Sozialfall ist. Wir rationalisieren uns Kinder weg, damit wir uns immer mehr leisten können, was wir eigentlich gar nicht brauchen und uns schon gar nicht glücklich macht.

Ich glaube, dass die Betrachtung unseres Lebens nicht rein finanziell gesehen werden darf, ansonsten würden alle, die nur auf sich selbst schauen, die glücklichsten, zufriedensten und auch die wohlhabendsten Menschen sein und umgekehrt, jene, die sich mit Kindern, Eltern und Großeltern umgeben, wären genau das Gegenteil.

Die heutige Gesellschaft – und jetzt komme ich auf den Punkt, wo das Problem herrührt – lässt ihre Kinder wissen, dass sie große Kostenfaktoren sind. Wir rationalisieren sie uns weg, damit die wenigen mit Gütern überhäuft werden, die sie nicht glücklich machen. Immer mehr Kindergärtnerinnen, Lehrer klagen über Problemkinder. Immer mehr Institutionen rennen dem Problem Alkohol, Drogen, Verhaltensstörungen nach. Immer mehr Polizisten sollen sie vor Dealern schützen. Immer mehr Geschenke sollen unser schlechtes Gewissen, dass wir unseren Kindern zu wenig Aufmerksamkeit schenken, beruhigen, denn viele können ihren Kindern keine Aufmerksamkeit schenken, weil sie von dieser lauten Welt so vereinnahmt sind und ihr ohne Widerspruch gehorchen.

In der Steiermark leben sehr viele Menschen mit hoher Lebenskultur. Wenn hier angesprochen worden ist, dass bei diversen Feierlichkeiten auch ein Glas Wein getrunken wird, so möchte ich entgegenhalten, dass bei einer guten Lebenskultur auch das eine oder andere Glas zu einem bestimmten Anlass durchaus berechtigt seinen Platz hat. Es leben hier auch Menschen, die Menschen nicht nur monetär bewerten. In ihren Wertvorstellungen finden Kinder einen besonderen Platz. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe – auch hier im Steiermärkischen Landtag –, nicht immer nur über Probleme zu reden, sondern Kindern zu vermitteln, dass sich das Leben lohnt, sie zu begeistern, das Leben leben zu lernen. Das sehen viele Menschen als ihre natürliche Aufgabe.

Aber eines, das negative Verhalten unserer Kinder hat immer eine Ursache. Kinder und Jugendliche und andere dafür verantwortlich zu machen, wäre der falsche Weg. Es sollte uns bewusst sein, dass die Ursache des negativen Verhaltens unserer Kinder das Spiegelbild unseres persönlichen familiären und auch gemeinschaftlichen Lebens ist. Das heißt, es ist unser gesellschaftspolitischer Auftrag, daraus zu lernen, daraus gemeinsame Schlüsse zu ziehen, damit auch in Zukunft Kinder und Jugendliche in einer von besonderen Werten getragenen Gesellschaft ihren Platz haben.

Nur eine aufmerksame Gesellschaft kann unser Land, kann unsere Kinder in eine gute Zukunft führen. Ich glaube, dass es gute Ansätze dafür gibt, aber dass es vor allem davon abhängt, wenn wir hinausgehen und bei vielen Veranstaltungen sind, auch den Mut aufzubringen, wenn es Verfehlungen gibt, auch hinzuschauen und nicht wie in der Vergangenheit vielleicht auch wegzuschauen und auch Menschen, Veranstalter darauf anzusprechen, dass dieses und jenes nicht richtig ist, den Mut zu fassen, auch wirklich Konsequenzen einzufordern und nicht bei Veranstaltungen durch die Reihen zu gehen und „Guten Abend“ und „Guten Tag“ zu sagen und nichts zu sagen und wegzuschauen, sondern immer mehr Menschen dafür zu begeistern, dass wir auf eine Lebenskultur kommen. Herr Gennaro, ich bin 14 Jahre Bürgermeister, ich weiß, wovon ich rede. Ich habe drei im Erwachsenenalter befindliche Kinder, ich weiß, was die Gesellschaft heute verlangt. Sie hat den erwachsen werdenden Menschen vergessen und die Kinder und Jugendlichen sieht sie als wirtschaftliche Zukunftsfelder und dem dürfen wir nicht zuarbeiten.

Ich danke wirklich allen, die sich dieses Themas annehmen und danke noch einmal dem Kollegen Hamedl, dass er mit seinem großen Wissen aus seinem beruflichen Bereich vieles in diesen Landtag auch einbringt, darf alle ermuntern, diesen Beschluss nicht auf die Wirtschaft abzuladen, sondern die Gesellschaft bewusster im Umgang mit dieser Problematik zu machen. Ein herzliches Glückauf dem Steiermärkischen Landtag und vor allem ein herzliches Glückauf unseren Kindern und Jugendlichen, denen wir in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – 13.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Gruber bitte.

Abg. Margarethe Gruber (13.22 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer ist schuld? Wer kriegt den schwarzen Peter? Es wird immer gesagt, die Gesellschaft. Aber die Gesellschaft sind wir alle. Wir als Privatpersonen, in unserer Funktion als Eltern, in unserer Funktion als Politiker und wir tragen Verantwortung. Verantwortung dafür, dass unsere Jugend geschützt ist. Dazu gibt es auch das Jugendschutzgesetz und jetzt mit dieser neuen Auflage mehr Möglichkeiten der Kontrolle. Es ist gut, dass es das

gibt, denn jeder, der sich mit Jugendlichen befasst, hat natürlich auch die Probleme zu spüren bekommen, die es mit sich bringt. In Projekten, die über VIVID gefördert werden, werden wir immer wieder damit konfrontiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass es jetzt diese Zusatzverankerung gibt und ich darf nur beim Antrag der Grünen um punktuelle Abstimmung bitten. (Beifall bei der SPÖ. – 13.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster und abschließend am Wort ist Herr Landesrat Flecker bitte.

Landesrat Dr. Flecker (13.23 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Natürlich begrüße ich diesen Gesetzesbeschluss. Ich glaube letztlich, ob er greifen kann in der bescheidenen Dimension in Relation zum Gesamtproblem, wird letztlich vom Vollzug abhängen. Ich würde davor warnen, dass wir glauben, mit so einem Gesetzesbeschluss irgend einen Meilenstein gesetzt zu haben. Ich glaube das nicht. Es ist ein kleines Mosaiksteinchen im besten Fall, weil wir auch wissen, dass Prohibition letztlich nicht der Lösung letzter Schluss ist und dass wir auch wissen, dass diejenigen, die zu Alkohol kommen wollen, auch in Hinkunft die Wege dazu finden werden und wir die besten Gesetze beschließen können. Es wird uns letztlich nicht gelingen. Ich meine auch, dass wir über diese Frage auch sehr ehrlich diskutieren sollten und nicht so tun sollten, als seien wir hier eine Truppe der Heilsarmee. Meine Damen und Herren, reden wir uns doch nicht in allem und jedem auf die Droge aus, sondern reden wir darüber, wie der Umgang mit der Droge gestaltet werden soll. Es geht ja nicht darum, dass wir jetzt so tun und uns scheinheilig damit einschränken, dass wir nicht mehr als ein, zwei Gläschen Wein trinken, sondern es geht darum, Menschen davor zu bewahren, zu glauben, dass in der Droge, welche es auch immer ist, in Wirklichkeit die Lösung sei. Und das, was wir den Jugendlichen transportieren sollten, ist, dass das Problem, wegen dem man sich vielleicht antrinkt, nach dem Ende der Wirkung der Droge wahrscheinlich ein noch größeres ist als es vorher war. Ich glaube, wir müssen wissen, wie weit ist der Griff zur Flasche oder zu anderen Drogen Realitätsflucht oder aber auch Scheinlösung, vorgegebene Scheinlösung von Problemen. Und wenn wir klarmachen können, dass die Droge nur eine Momentlösung, wenn sie es überhaupt ist, sein kann, dass aber das ganze Problem nachher wieder von Neuem beginnt, dann haben wir einen großen Schritt getan.

Ich glaube, wir müssen auf noch etwas hingehen und das ist, zu erforschen, warum es Mode geworden ist, dass vorwiegend bei der Jugend das Leistungstrinken zu bestimmten Anlässen einsetzt. Meine Damen und Herren, das ist meines Erachtens Protestverhalten gegen die Gesellschaft, es ist Ohnmacht gegen soziales Umfeld. Und wenn wir dort ansetzen, wenn wir die Ursachen der Benützung der Droge suchen kennen zu lernen und nicht sagen, alles ist so böse, weil es die Droge gibt. Wenn wir das Erstere versuchen, zu erkennen, glaube ich, sind wir am richtigen Weg. Ich danke Ihnen fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 13.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich darf jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche, jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Kontrolle des Alkoholabgabeverbotes an Jugendliche und finanzielle Unterstützung der Prävention gegen Alkoholmissbrauch, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier darf ich Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der Grünen. Hier ist um eine punktuelle Abstimmung ersucht worden. Ich darf zur Vorlesung bringen: Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dafür Sorge zu tragen, dass die Bezirksverwaltungsbehörden das Jugendschutzgesetz in Bezug auf den Alkoholausschank an Jugendliche konsequent vollziehen. Wer diesem ersten Punkt seine Zustimmung gibt, den möchte ich um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf hier Einstimmigkeit feststellen.

Punkt zwei, die Einnahmen aus Geldstrafen für Suchtprävention bei Jugendlichen zweckzubinden. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1185/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (neunter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (13.30 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2002.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 11. November bis 18. November 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 1,477.660,19 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde durch Bindung von Ausgabenersparungen im ordentlichen Haushalt sowie durch Mehreinnahmen im außerordentlichen Haushalt bedeckt.

Eine dem Antrag beigeschlossene Aufstellung gibt einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und deren Bedeckung.

Hinsichtlich der erfolgten Bedeckung für Katastrophenschäden wird noch festgestellt, dass Übereinstimmung der Vertragspartner des Österreichischen Stabilitätspakts darüber besteht, dass auf Basis des Artikels 6 Absatz 4 glaubhaft gemachte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Behebung von Katastrophenschäden nicht auf das Maastricht-Ergebnis angerechnet werden.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Dezember 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der neunte Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 1,477.660,19 Euro wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (13.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder:

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1186/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2002 (zehnter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (13.32 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es wird berichtet, dass in der Zeit vom 26. November bis 16. Dezember 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 14,852.200,17 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 10,401.133,73 Euro, Mehreinnahmen 1,928.641,79 Euro, ergibt 12,329.775,52 Euro.

Außerordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 2,268.037,65 Euro, Mehreinnahmen 254.387 Euro, in Summe 2,522.424,65 Euro.

Eine dem Antrag beigeschlossene Aufstellung gibt einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und deren Bedeckung.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. Jänner 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der zehnte Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 14,852.200,17 Euro wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder:

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1187/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2003).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (13.35 Uhr): Hier berichte ich über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2003.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass am 2. Dezember 2002 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 17,227.095,42 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde durch Bindung von Ausgabenersparungen sowie durch Mehreinnahmen bedeckt.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. Jänner 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der erste Bericht für das Rechnungsjahr 2003 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 17,227.095,42 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (13.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1185/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1186/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1187/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 bis 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1139/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Naturschutzbeirat.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.38 Uhr): Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 die Beratung über den obgenannten Antrag durchgeführt und im Gesetzestext legislative Änderungen beschlossen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Naturschutzgesetz 1976 novelliert wird, wird zum Beschluss erhoben.

In dieser Gesetzesnovelle wird der Paragraph 27 dahin gehend ergänzt, dass festgehalten wird, dass je ein Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien ordentliches Mitglied des Naturschutzbeirats ist. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1161/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (13.39 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Bodenschutzbericht 2002.

Im Steiermärkischen landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz, LGBl. Nr. 66/1987, ist im Paragraphen 2 Absatz 6 festgelegt, dass die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung ein Steiermärkisches landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm zur Erhebung und Kontrolle des Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden zu erlassen hat und dass über das Ergebnis der Untersuchungen jährlich ein „Bodenschutzbericht“ zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis zu bringen ist.

Der Bodenschutzbericht 2002 präsentiert die aktuellen Ergebnisse der Bodenzustandsinventur im Bezirk Leibnitz, wo in den Jahren 1986 bis 1998 insgesamt 58 Untersuchungsstandorte eingerichtet worden sind.

Bis Ende des Jahres 2002 wurden im Rahmen der Bodenzustandsinventur insgesamt 895 Standorte eingerichtet. Das vollständige Untersuchungsnetz mit rund 1000 Standorten soll im Jahre 2006 erreicht sein.

In elf steirischen Bezirken ist die Bodenzustandsinventur bereits weitestgehend abgeschlossen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Dezember 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bodenschutzbericht 2002 wird zur Kenntnis genommen. (13.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 990/3, zum Beschluss Nr. 658 des Steiermärkischen Landtags vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Gangl und List, betreffend Mülldeponie Halbenrain.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (13.41 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 990/3 zum Beschluss Nr. 658 des Steiermärkischen Landtages, betreffend den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Gangl und List, der Steiermärkische Landtag wird aufgefordert raschestmöglich zu prüfen, wieweit die Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain aus der Sicht der steirischen Abfallwirtschaft und vor dem Hintergrund der Deponieverordnung überhaupt notwendig erscheint, zweitens durch Instrumente der Raumordnung, wie das Regionale Entwicklungsprogramm, Sachbereichskonzepten und dergleichen, mögliche Nutzungskonflikte zwischen der touristischen und der abfallwirtschaftlichen Nutzung der Region um Bad Radkersburg möglichst zu vermeiden sowie drittens dem Landtag über die diesbezüglichen Ergebnisse zu berichten.

Es gibt hier zwei umfassende Berichte der Fachabteilung 13A, Umwelt und Energiewesen, die Ihnen ja vorliegen und eine zweite der Fachabteilung 16A, auf deren Inhalt ich jetzt im Detail nicht weiter eingehen möchte.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Dezember 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 658 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Gangl und List, betreffend Mülldeponie Halbenrain, wird zur Kenntnis genommen. (13.42 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und komme zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 853/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Klimaschutzoffensive.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.43 Uhr): Es liegt zu besagtem Antrag ein Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz vor.

Darin gibt die Fachabteilung 13 eine Stellungnahme ab, weiters die Fachabteilung 15 und ebenso das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (13.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte kurz Stellung nehmen zu diesem hervorragenden Bodenschutzbericht 2002 unseres Bezirkes Leibnitz und muss feststellen, dass gesunde Böden die Lebensgrundlage für den Menschen bilden. Auf ihnen bauen wir unsere Nahrungs- und Futterpflanzen an, auf ihnen gedeihen auch nachwachsende Rohstoffe, sie reinigen unser Trinkwasser und sind natürlich ein unverzichtbarer Bestandteil der Ökosysteme. Der Mensch nutzt seit Jahrtausenden die Böden, er braucht sie zum Überleben und als Lebensraum und teilweise missbraucht er sie auch. Spätestens seit der industriellen Revolution wurde der Boden unfreiwillig zur Lagerstätte von luftverfrachteten Schadstoffen. Allerdings wurde 1987 in der Steiermark als wichtig erachtet, einen nachhaltigen und umfassenden Bodenschutz auf eine gesetzliche Basis zu stellen und wurde das Steiermärkische landwirtschaftliche Bodenschutzgesetz erlassen. Dieses Gesetz und die damit verbundenen Verordnungen sehen ja vor, dass in der Steiermark zur Beurteilung des durch Schadstoffeintrag, Erosion und Verdichtung gegebenen Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden ein geeignetes ständiges Netz von Untersuchungsstellen geschaffen und auch dort laufend Zustandskontrollen durchgeführt werden. So ist man auch hier diesem Auftrag nachgekommen und es wurden vom Referat für Boden- und Pflanzenanalytik des Landwirtschaftlichen Versuchszentrums 58 Untersuchungsstandort im Bezirk Leibnitz eingerichtet und die Böden auf die vom Gesetz geforderte Vielzahl von Parametern – also allgemeine Bodenparameter der Nähr- und Schadstoffe – daraufhin untersucht. Dieser Bericht nimmt besonderen Bezug zum Grundwasserschutz im Leibnitzer Feld. So sind schon

in den siebziger Jahren zwei Konfliktfelder aufgetreten, einerseits die örtliche Wasserversorgung im Leibnitzer Feld und andererseits die intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung hier in diesem Leibnitzer Feld. Die örtlichen Wasserversorgungsnetze haben erkannt, dass sie nicht nur örtlich versorgen können und dürfen, sondern auch planen müssen, eine überregionale Wasserversorgung bereitzustellen, damit sie die Bewohner – und das ist ja noch immer ein großes Problemfeld – im süd-, west- und oststeirischen Hügelland mit Wasser, mit guter Qualität und auch mit der dementsprechenden Menge versorgen können.

Der zweite Faktor war aber, dass durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung, also durch die Intensivierung der Bewirtschaftung es auch zu einer Umstellung von der gemischten Landwirtschaft in eine Ackerbauwirtschaft gekommen ist, die Abkehr von der Rinderwirtschaft hin zur intensiven Schweinezucht und dass die Besitzstrukturen der landwirtschaftlichen Flächen relativ klein sind im Ausmaß von zirka 8,61 Hektar. Das führte dann auch dazu, dass es auf diesen durchlässigen Schotterböden und Schotterterrassen zu Qualitätsproblemen im Grundwasser gekommen ist. Es gab einen steilen Anstieg von Nitratkonzentrationen und die gesetzlichen Grenzwerte dieser Nitratkonzentrationen und auch dieser Pestizidkonzentrationen konnten damals nicht eingehalten werden. Aber die Einrichtung von Grundwasserschutzzonen im Trinkwassereinzugsgebiet, die Regelung der Schongebietsverordnungen, die Vorgaben des Wasserrechtsgesetzes und des Bodenschutzgesetzes und -programmes haben dann dazu geführt, dass auch Maßnahmen gegriffen haben und diese Gesetze sind als Maßnahmen zu sehen, dass diese zulässige Höchstkonzentration von Nitrat im Grundwasser im Jahre 1994 von damals noch 100 Milligramm pro Liter jetzt auf 50 Milligramm pro Liter gesetzt wurde. Das ist natürlich für jeden Wasserbezieher und für jeden Menschen, der dort lebt, höchst erfreulich.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse dieser Bodenzustandsinventur in unserem Bezirk Leibnitz und ist für alle in der Landwirtschaft Tätigen, aber auch für alle am Umweltschutz interessierten Menschen ein Nachschlagewerk mit einer Fülle an fundierten Untersuchungsergebnissen und auch praktischen Anregungen. Der Wert dieser Untersuchungsergebnisse ist dabei nicht nur an den neuen und aktuellen Erkenntnissen zu messen, sondern ist als zeitlose Bodenzustandsinventur auch als Vergleich für zukünftige Fragestellungen im Umweltschutz von wachsender Bedeutung. Die in diesem Bericht präsentierte Bodenzustandsinventur unseres Bezirkes ist ein wichtiger erster Schritt, dass wir auch Kenntnisse über unsere Böden erhalten und auch unsere Erkenntnisse erweitern. Erst dadurch, dass wir das Wissen haben, können wir auch mit den Belastungen und der generellen Belastbarkeit von Böden umgehen und dementsprechend auch noch die geeigneten Maßnahmen zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit setzen, um damit auch einen umfassenden Schutz unserer Lebensgrundlagen für unsere Böden treffen zu können.

Ich denke, dass der nächste notwendige Schritt im Sinne eines nachhaltigen Bodenschutzes eine Bodendauerbeobachtung sein sollte in Form von Kontrollen im Zehnjahresabstand, die ja schon bereits an zehn Standorten in unserem Bezirk begonnen wurde. Danke noch für diesen hervorragenden Bericht, den Autoren des Bodenschutzberichtes und auch dem Team von Landesrat Erich Pörtl! (Beifall bei der ÖVP. – 13.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (13.50 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Herren Landesräte, werte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Mein Beitrag in dieser Runde beschäftigt sich mit dem Tagesordnungspunkt 10, der Mülldeponie Halbenrain.

Tourismus oder Müll, Tourismusregion gegen Mülldeponie, wer setzt sich zum Schluss durch? Das ist eine Frage, die wir uns hier stellen müssen.

Geschätzte Damen und Herren, geht es nach dem Willen der Zuständigen in der Fachabteilung Abfall- und Stoffflusswirtschaft, dann ist die Erweiterung der Mülldeponie in Halbenrain bereits erledigt. Ihre Stellungnahme ist dementsprechend in dieser Regierungsvorlage. Die Erweiterungsgenehmigung soll längst überfällig sein, weil die Deponie noch vor Jahresende 2004 vollständig verfüllt sein sollte. Auch der Betreiber der Deponie, die Firma A. S. A., rechnet stark mit einer Erweiterung. Diese Firma stützt sich auf die Begründung, dass gegenwärtig eine mechanisch-biologische Restabfallbehandlungsanlage errichtet wird. Dort, in dieser Gegend, befindet sich zurzeit eine Großbaustelle für diese Anlage. Diese Anlage muss ausgelastet werden! Damit soll die Deponie Halbenrain eine endlagerfähige Massenabfalldeponie werden. Sie haben richtig verstanden, eine endlagerfähige Massenabfalldeponie! Der Erweiterung der Deponie Halbenrain ist vor allen anderen Planungsvarianten der Vorzug zu geben. So steht es im Bericht!

Aber diese anderen Planungsvarianten sind als Beurteilungskriterien für uns, geschätzte Damen und Herren in diesem Haus, im vorliegenden Bericht nicht enthalten. Ich glaube – nein, ich bin überzeugt und stelle fest, dass jetzt die Katze endlich aus dem Sack ist! Unsere schlimmsten Befürchtungen – Kollege Gangl, das betrifft jetzt dich – sind eingetreten! Diese Mülldeponie soll nämlich erweitert werden! In kleinen Schritten wird die Erweiterung der Mülldeponie ohne großes Aufsehen inmitten einer aufstrebenden Tourismusregion betrieben. Eine Genehmigung der Mülldeponieerweiterung durch den Alleingang der Marktgemeinde Halbenrain schadet dort dem Tourismus.

Die weitere Feststellung in diesem Bericht, dass die Schließung der bestehenden Mülldeponie Halbenrain einen „Mülltourismus“ aus dem Bereich der Südsteiermark zu anderen Entsorgungsanlagen innerhalb oder außerhalb der Steiermark auslösen würde, ist schlichtweg falsch. Diese Aussage ist falsch!

Mülltourismus heißt: die Erweiterung der bestehenden Deponie schafft ausschließlich der Mülltourismus! Mülltourismus führt zur Auslastung der Müllsortieranlage. Jeder Transport dorthin führt zum Mülltourismus! Dabei werden die Mülltransporte in die Thermenregion nach Halbenrain um ein Vielfaches gesteigert werden. Auch mit Mülltransporten und Müllimporten aus den künftigen EU-Ländern, von den benachbarten Staaten, vor allem Ungarn oder Slowenien, muss gerechnet werden. Damit, Sie sehen es, geschätzte Damen und Herren, werden aus allen Himmelsrichtungen die Mülltransporte in die Thermenregion um Bad Radkersburg zur Deponie geführt werden. Das ist echter Mülltourismus, wenn Müll zur genehmigten und wachsenden Massenabfalldeponie gekarrt wird! So schaut es aus! Das ist echter Mülltourismus, wenn Erholungssuchende ständig hinter stinkenden Lastwägen mit Müllcontainern nachfahren müssen. Das ist Mülltourismus!

Kein Mülltourismus, geschätzte Damen und Herren, hingegen findet beim Abtransport von in einem Gebiet produzierten Müll statt. Dann nicht! Dass das nur die notwendige Eigenmüllentsorgung vor Ort ist, sollte auch der zuständigen Fachabteilung 19D bekannt sein. Das sollte auch dort bekannt sein.

Gleichzeitig müssen wir Freiheitlichen bemängeln, dass in der aus abfallwirtschaftlicher Sicht einseitigen Betrachtungsweise keine Alternativen aufgezeigt wurden. Deshalb mussten wir diese Regierungsvorlage bereits im Ausschuss ablehnen. Das sind die Gründe, warum wir dort ablehnen mussten.

Es stellt sich hier die Frage, was sind die Alternativen? Sind keine Alternativen vorhanden, die zu einer möglichen Schließung der bestehenden Mülldeponie führen könnten? Warum sind diese nicht vorhanden? Warum wurden als Folge einer Schließung dieser Deponie keine Szenarien und Auswirkungen für die Steiermark behandelt? Hier fehlt einiges!

Auf die geforderte Darstellung, sämtliche Nutzungskonflikte zwischen den touristischen und abfallwirtschaftlichen Interessen der Region um Bad Radkersburg möglichst zu vermeiden, wurde auch nicht näher in der Stellungnahme eingegangen. Im Ausblick lediglich wurde auf die Überarbeitung des regionalen Entwicklungsprogrammes der Planungsregion Radkersburg und den dort angesiedelten Abwägungsprozess bei unterschiedlichen Interessen hingewiesen. Ich glaube, das wird hier zu spät sein, wenn wir warten und darauf vertrauen. Das ist sicherlich bereits zu spät, wenn wir den weiteren Inhalt dieser Stellungnahme uns zu Gemüte führen.

Sie alle wissen, dass in den letzten Jahrzehnten sich der Tourismus rund um die boomende Therme zu dem lebensnotwendigen wirtschaftlichen Faktor in der Region entwickelt hat. Mit der Übernahme der Parktherme und der Thermalquelle vor kurzer Zeit in das Eigentum der Stadtgemeinde Bad Radkersburg will sich der benachteiligte Grenzbezirk zum Gesundheits- und Wellnessbezirk entwickeln. Das sollte das Ziel sein! Das sollten auch wir unterstützen!

Durch die jetzt angestrebte Mülldeponieerweiterung wird ein gravierender Qualitätsverlust aller ihrer touristischen Einrichtungen stattfinden. (Abg. Gödl: „Das glaubst ja selber nicht, was du da daherredest!“) Das glaube ich schon, ich bin dort unten daheim, Herr Kollege Gödl. Dich betrifft es nicht. Hör bitte zu!

Jetzt komme ich zu euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP.

Nach Bekanntwerden dieser Stellungnahme der Landesregierung herrscht größte Sorge und Betroffenheit in der Region vor Ort. Diese berechtigten Existenzängste wurden wenig später, Herr Kollege Gödl, von den Gemeindeverantwortlichen parteiübergreifend der Steiermärkischen Landesregierung und allen im Landtag vertretenen Parteien mit dem Ersuchen um Unterstützung schriftlich mitgeteilt. Ich weiß nicht, ob du das Schreiben kennst, vielleicht bist du nicht auf dieser Ebene in deinem Klub, dass dir das mitgeteilt wird. Aber zu deiner und zu eurer Information werde ich jetzt auszugsweise aus diesem Schreiben von der Stadtgemeinde Bad Radkersburg und der Gemeinde Radkersburg Umgebung zitieren. Ich darf so beginnen:

„Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Besorgnis müssen wir feststellen, dass die Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain von vielen Seiten vehement vorangetrieben wird. Die Stadtgemeinde Bad Radkersburg, die Gemeinde Radkersburg Umgebung und die Bevölkerung – Volksbefragung 1993 – hat sich immer gegen jegliche Erweiterungen der Deponie ausgesprochen und diese auch in zahlreichen begründeten Eingaben an politische Vertreter und Behörden dokumentiert. Nunmehr soll die Steiermärkische Landesregierung“ – nach diesem Schreiben und damit wir, der Steiermärkische Landtag – „die Erweiterung zur Kenntnis nehmen. In der Region um Bad Radkersburg hat sich der Tourismus in den letzten 30 Jahren zu dem lebensnotwendigen wirtschaftlichen Faktor mit der Schaffung von fast 1000 Arbeitsplätzen entwickelt (AK-Studie, Jobwunder in Radkersburg). Durch die Übernahme der Parktherme und der Thermalquelle ins Eigentum der Stadtgemeinde Bad Radkersburg ist ein weiterer Investitionsschub von 50 Millionen Euro und die Schaffung von vielen Arbeitsplätzen vorgesehen, wobei die Verantwortung vom Land an die Region übergegangen ist. Ein wesentlicher Wohlfühlfaktor ist die uns umgebende Kulturlandschaft, die mit einem EU-INTERREG-III A- Programm mit slowenischen Partnern und einem Maßnahmenvolumen von 4 Millionen Euro bis 2007 vor allem durch die Verbesserung des Grundwasserhaushaltes aufgewertet wird. Der südliche Teil des Bezirkes liefert mit den bestehenden und in Bau befindlichen Brunnen die Hälfte des vom Wasserverband Grenzland-Südost benötigten Trinkwassers im Ausmaß von fast 100 Liter pro Sekunde für über 70 Gemeinden. Die Stadtgemeinde und Gemeinde Radkersburg Umgebung nutzen ebenfalls das Grundwasservorkommen in einer Menge von 50 Liter pro Sekunde. Diesen Grundwasservorkommen kommt somit enorme überregionale Bedeutung zu. Der Bezirk Radkersburg will sich zum Gesundheitsbezirk entwickeln. Von unserer Seite“ – von den Verfassern des Schreibens – „ist nun mit Bedauern festzustellen, dass in allen Stellungnahmen der Fachabteilungen in den jeweiligen Verfahren diese logischen Nutzungskonflikte zu einer Massenabfalldeponie überhaupt nicht beziehungsweise nur teilweise an der Oberfläche angerissen werden.

So gibt zum Beispiel die Müllfachabteilung seit zehn Jahren gleich lautende befürwortende Stellungnahmen ab. Für uns offene Fragen und Konflikte sind:-“ – und hier sind jetzt insgesamt 18 Fragen aufgelistet – „Thermen- und Thermalquellenkauf und Umsetzung der damit verbundenen touristischen Zukunftsziele – Hotelentwicklung, kurmedizinische Positionierung und dergleichen –; Kurbezirk – Verordnung, LGBl. Nr. 181/1975 – ist auf Vorgabe der Fachabteilung 8A zu erweitern; Golfplatz Klöch, ein Kilometer entfernt, ist gefährdet und, und, und. Keine Stellungnahme von Tourismus- und Gesundheitsexperten; die Verkehrsbelastung wird deutlich erhöht; Landschaftsschutzgebiet; naturschutzrechtliche Bewilligung abgelaufen; Deponiegeländebereich ist faktisch Natura-2000-Gebiet. Dieser Rotlehmbodenwald als Standort ist Natura-2000-Gebiet; ein INTERREG-III A-Programm läuft; keine Anlagenbewilligung für die Erweiterung vorhanden; Bedarfsfrage widersprüchlich, Bedarf nicht gegeben, da ausreichende Restkapazitäten“ – Kollege Gödl, pass auf! – „und konfliktfreie Erweiterungsmöglichkeiten in der Steiermark vorhanden sind und die Deponieverordnung ab 2004 die Ablagerungsvolumina sehr stark reduzieren wird. Es gibt keinen Landesabfallwirtschaftsplan, nur lose Konzepte; Mülltourismus nach EU-Osterweiterung möglich; Grundwasserbeeinträchtigungen und forstschädliche Luftverunreinigungen durch Schwefel und Chlor nicht ausreichend behandelt; Stellungnahme des Umweltschutzes zum Problem fehlt; regionales Entwicklungsprogramm wird geändert, abschließende objektive Stellungnahme erst nach Änderung möglich. Die Müllmenge aus dem Bezirk Radkersburg beträgt nur wenige Prozent der abzulagernden Menge. Erweitern daher für den Bezirk völlig unnötig. Die positive Zustimmung der Bewohner der Gemeinde Halbenrain bei der Bürgerbefragung wurde vor allem unter dem Aspekt erreicht, dass ansonsten Steuer- und Abgabenerhöhungen erfolgen müssen.“ Wir wissen auch, wie diese Volksbefragung damals gelaufen ist, auf die will ich in meiner noch verfügbaren Zeit nicht näher eingehen.

Abschließend und zusammenfassend aus diesem Schreiben ist ersichtlich, „dass sehr viele Fragen offen sind und die bisherigen fachlichen Stellungnahmen das Befürwortende vor das Fachliche in der Auseinandersetzung stellen. Es ergeht daher im Sinne der Erhaltung der Vitalität der Region, vor allem im Bereich Tourismus, Wasserversorgung und Lebensqualität das Ersuchen, den völlig unzureichenden und einseitigen Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen und die Erweiterung abzulehnen!“ Das, geschätzte Damen und Herren, ist ein flehentlicher Hilferuf der Region! Diesen Hilferuf müssen wir hören, es ist unsere verdammte Pflicht, hier aktiv zu werden und endlich einmal Farbe zu bekennen! Wollen wir die Erweiterung der Mülldeponie oder wollen wir den Tourismus voranbringen? Geschätzte Damen und Herren, diese vorgebrachten Bedenken verlangen für uns Freiheitliche die Einholung einer zusätzlichen Bewertung der Mülldeponie unter touristischen Perspektiven und eine zusätzliche Behandlung im Landtag, um für diese Thermenregion das Beste zu ermöglichen. Hier gibt es geänderte Voraussetzungen! Kollege Gangl, du wirst es wissen, jetzt gibt es diese geänderten Voraussetzungen. Daher glaube ich, hier ist es notwendig, dass auch ÖVP und Sozialdemokraten diesen Ausschussbericht, dem sie im Ausschuss zugestimmt haben, auf Grund dieser geänderten Voraussetzungen jetzt ablehnen und dass wir zusätzlich von der Landesregierung eine Stellungnahme einholen, die dann beides gemeinsam zu bewerten ermöglicht.

Deshalb, geschätzte Damen und Herren, stellen die freiheitlichen Abgeordneten, meine Person, der Kollege Wiedner, Klubobfrau Dietrich, betreffend Mülldeponie Halbenrain einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Text – auf die Begründung verzichte ich aus zeitökonomischen Gründen –: Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, innerhalb von drei Monaten zusätzlich zu prüfen, welche Auswirkungen die Deponieerweiterung auf die künftige touristische Entwicklung in der gesamten Thermenregion hat und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten, damit anschließend unter Berücksichtigung und Abwägung aller touristischen Aspekte und abfallwirtschaftlichen Argumente über die Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain optimal zum Vorteil für die Region endgültig entschieden werden kann.

Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, ich unterstelle nicht, dass hier bewusst eine Verzögerung betrieben wird, damit die Mülldeponie erweitert werden kann. Ich bitte und ersuche Sie nur alle im Interesse der Region um die Unterstützung! Dieser Ausschussbericht soll nicht in der Form zur Kenntnis genommen werden, obwohl er im Ausschuss von SPÖ und ÖVP zur Kenntnis genommen wurde. Dass wir hier gemeinsam diesem Unselbstständigen Entschließungsantrag zustimmen mögen, weil die Zeit drängt. Allein das Schreiben von den Gemeindeverantwortlichen parteiübergreifend vor Ort ist jetzt nämlich Auftrag genug, das Abstimmungsverhalten im Ausschuss zu überdenken. Lehnen Sie bitte diesen Ausschussantrag ab, seien Sie mutig! Kollege Gangl, du musst das in der Region verkaufen! Noch lachst du, aber es ist wirklich die Stunde der Wahrheit für die Region, für deine ÖVP-Verantwortlichen dort vor Ort. (Landesrat Pörtl: „Du bist 20 Jahre hinten!“) Bin ich nicht, Herr Kollege Erich Pörtl. Ich weiß schon, dich betrifft es nicht! Aber wenn vor deiner Haustür, vor deinem Buschenschank eine Mülldeponie wäre und die erweitert werden soll, dann würdest du auch anders kämpfen. Du würdest auch anders für einen Tourismus bei dir kämpfen.

Ich denke, wir sollten hier dieser Region die letzte Chance geben! Endlich einmal die Karten auf den Tisch zu legen, gibt es die Erweiterung dieser Mülldeponie oder gibt es die Erweiterung dieser Mülldeponie nicht. Wenn es Alternativen gibt, dann sollte man hier eindeutig dem Tourismus den Vorzug geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (14.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Landesräte!

Ich möchte mich zu zwei Punkten zu Wort melden, zum Tagesordnungspunkt 9, betreffend den Bodenschutzbericht, und zum Tagesordnungspunkt 10, betreffend die Erweiterungsbegehrlichkeit Halbenrain, und ich möchte in der umgekehrten Reihenfolge beginnen, weil der Kollege List sich über dieses Thema sehr stark ausgebreitet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist nicht erst ein Problem, das wir seit wenigen Wochen oder Monaten haben und es ist auch seit Jahren bekannt, dass der 1. Jänner 2004, In-Kraft-Treten der Deponieverordnung, ein Termin ist, der uns längst bekannt sein müsste.

Die Begehrlichkeit zur Deponieerweiterung in Halbenrain ist natürlich aus Betreibersicht schon für mich verständlich. Nicht verständlich allerdings ist es für mich, wenn man die geschichtliche Entwicklung mit in Betracht zieht. Als die ursprünglichen Genehmigungen gelaufen sind, war in dieser Region wahrlich wenig zu sehen. Der Bezirk Radkersburg hat sich aber enorm entwickelt und aus diesem Betrachtungswinkel sollte man auch eine mögliche Deponieerweiterung sehen, nämlich den steigenden Tourismus und die Einbindung in die steirische Thermenlandschaft. Das Kleinhalten des Deponievolumens ist eine Aufgabe in den Abfallwirtschaftsverbänden, in den Gemeinden, natürlich auch eine Aufgabe des Landes. Der einzige Weg meiner Überzeugung dahin zu kommen, ist eine thermische Behandlung.

Und der Herr Landesrat Pörtl weiß ganz sicher, wovon ich jetzt sprechen werde, weil wir ja seit Jahren hier schon in Gesprächen sind, aber leider – und das muss ich in diesem Zusammenhang auch sagen – die Zögerlichkeit seitens der Landesregierung einer thermischen Behandlung nicht unbedingt dienlich war. Ich möchte es ein bisschen genauer präzisieren, ich möchte nicht einfach Dinge in den Raum stellen, die ich nicht näher erläutern kann. Als wohl eine Novität in der steiermärkischen Abfallbewirtschaftungslandschaft war der einstimmige Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Retznei, dass man bereit ist, thermische Müllbehandlungen in Angriff zu nehmen im Einklang mit dem vorhandenen Zementwerk. Die Zementindustrie ist wie keine andere dazu geeignet, Abfälle oder andere Stoffe, die einer Entsorgung zugeführt werden müssen, sprich auch die Altreifen, zu entsorgen. Das bedingt der Prozess in den Zementfabriken an sich und in diesem Zusammenhang war auch das Vorwärtsschreiten in Richtung thermische Müllbehandlung zu verstehen. Das Zementwerk in Retznei verheizt im Jahr 40.000 Tonnen fossilen Brennstoff – Steinkohle, die importiert werden muss – und natürlich aus diesem Grund her auch unsere Außenhandelsbilanz belastet. Ein Wesentliches oder Leichtes wäre es gewesen, diesen fossilen Brennstoff zu substituieren, um dadurch eben aus der Müll- oder Abfallschiene die notwendigen Energien in das Werk einfließen zu lassen. Das hat deswegen Charme, weil wir hier nicht ein Werk auf die grüne Wiese gestellt hätten, sondern praktisch nur den Energieträger ausgetauscht hätten. Ein Emittent, wie man das immer auch sehen möchte, ist in jedem Fall vorhanden durch das Betreiben dieses Zementwerkes. Leider sind die Entwicklungen nicht in diese Richtung gegangen. Die Gründe sind vielfältig. In anderen Gemeinden, die nichts von einer thermischen Behandlung, oder landläufig auch Verbrennung genannt, wissen wollten, wurde geplant, untersucht, gebaut. In einer Gemeinde, und wo sich sogar die ganze Region mit der Riesenweinbaugemeinde Gamlitz nicht dagegen ausgesprochen hat, weil man sich des Standortes bewusst ist und der Bedeutung für die Region bewusst ist, da konnte man nichts weiterbringen. Ich gebe schon zu, dass der Wunsch des Systems mit einer pyrolyseartigen Anlage damals nicht Stand der Technik war, aber trotzdem wäre es im Sinne der Deponieverordnung 1. Jänner 2004 – glaube ich – Aufgabe des Landes gewesen, wenn die Bereitschaft und die Möglichkeit vorhanden ist, in diese Richtung entscheidende Schritte zu setzen. Die entscheidenden Schritte wurden gesetzt nämlich vom so genannten Thermoteam, einem Zusammenschluss des Lafarge-Konzernes und der Saubermacherschiene, und die machen das jetzt auf einer wirtschaftlichen Basis mit einer Substituierung von etwa 25 Prozent. Das ist einerseits erfreulich, weil es ein wesentlicher Beitrag zur Standorterhaltung des Werkes ist, aber auf der anderen Seite wäre das genau der Bereich gewesen, in dem unsere Abfallwirtschaftsverbände und die Gemeinden schlechthin Nutzen hätten haben können. Ich glaube, dass der Zug thermische Behandlung noch nicht zur Gänze abgefahren ist, zumindest im südsteirischen Bereich, dass es hier noch Kapazitäten gibt und ich möchte – ich habe es vorhin an die Frau Klubobfrau Sonnek schon ausgesprochen – auch gerne an alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Einladung aussprechen, nach Terminvereinbarung eine Besichtigung vor Ort der geplanten Schritte durchzuführen, damit auch Sie am letzten Stand sind. Und das wäre – glaube ich – für das gegenseitige Verständnis ein wesentlicher Beitrag. (Abg. Wiedner: „Am 7. März!“) Können wir machen! Machen wir sofort – am 7. März!

So viel aus meiner Sicht zur Abfallproblematik, Deponieverordnungsproblematik. Und ich möchte dann in einem weiteren Schritt noch eingehen auf den Bodenschutzbericht und die Vorlage. Der über 200 Seiten starke Bericht sollte zum Anlass genommen werden, auch an alle jene Menschen einen Dank auszusprechen, die für das Zustandekommen verantwortlich zeichnen. Das ist in erster Linie die Fachabteilung 10B, das Landwirtschaftliche Versuchswesen. Solche Untersuchungen und Beobachtungen und Analysen sind gerade im Bezirk Leibnitz von größter Bedeutung, denn durchaus bedingt durch die klimatischen Verhältnisse haben wir Bedingungen, die nicht in einen Landesdurchschnitt einzuteilen sind. Etwa zwei Drittel des Bodens werden landwirtschaftlich genutzt, nur ein Drittel etwa ist im Bereich der Forstwirtschaft. Das ist fast umgekehrt zu den steirischen Gegebenheiten. Die Problematik der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und der ebenso intensiven Wassernutzung aus dem Grundwasserreservoir hat der Kollege Peter Tschernko auch schon angedeutet und angesprochen und ist auch für mich ein Thema, dem man sich nicht verschließen darf. Und daher ist eine Beobachtung des Bodenzustandes von besonderer Bedeutung, wenn man auch weiß, dass die Überdeckung der Grundwasser führenden Schichten nur im Durchschnitt wenige Meter beträgt und daher sämtliche Auswirkungen in der Veränderung der

Bodenstruktur sich wahrscheinlich schneller als in anderen Regionen auf unser Trinkwasser auswirken. Bemerkenswert für mich ist auch die Tatsache, dass von 58 Untersuchungsstandorten im Bezirk Leibnitz nur etwas mehr als zehn den Vermerk – ich zitiere aus dem Bericht – „alles okay“ bekommen haben in der Beurteilung. Die intensive landwirtschaftliche Nutzung des Bodens hat leider auch in sehr zahlreichen Fällen zur Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen geführt und so zum Beispiel ist der im Vergleich zur übrigen Steiermark doppelt erhöhte Anteil an Fluorgehalt ebenso bemerkenswert wie auch eine Überversorgung von Kupfer in Teilbereichen. Das hat natürlich mit Spritzmitteln vor allem aus dem Weinbau zu tun. Die Hälfte der Standorte weist also auch eine Überdüngung auf im Bereich von Kalium und im Phosphor doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Und da fällt mir auf, dass die Formulierung vermutlich von Düngemitteln bei den einzelnen Berichten der verschiedenen Untersuchungsprotokolle nicht präzise genug ist. Da könnte ich mir eine genauere Analyse wünschen, wenn zum Beispiel auf einem Standort der Hinweis auf möglicherweise Düngemittel vorkommt, an einem anderen Standort können sowohl Emissionen des nahe gelegenen Zementwerkes Ursache sein, aber auch Düngemittel, so ist mir das ein bisschen zu vage und sollte ein bisschen genauer betrachtet werden.

Ein bemerkenswerter, aber nicht positiver Aspekt ist die Entwicklung, dass wir es bei den untersuchten Standorten im Bezirk Leibnitz sehr häufig mit Bodenverdichtungen zu tun haben. Die Ursache ist vielen bekannt. Einerseits ist es in der Bearbeitung des Bodens selbst, zu schwere Maschinen, die zu viel auch an Düngung aufbringen und eine Monokultur betreiben. Das alles führt dazu, dass wir eine Verdichtung des Bodens vorfinden und das wiederum ist für mich in einem kausalen Zusammenhang zu sehen mit dem Sinken des Grundwasserspiegels, der einerseits natürlich durch die weniger gefallenen Niederschläge zustande kommt, andererseits aber durch die höhere Abflussgeschwindigkeit des Wassers oberflächlich beschleunigt wird.

Erst die starken Regenfälle im Dezember haben wieder zu einem Aufspiegeln im Grundwasserbereich geführt, was für die Region erfreulich ist und auch ein gewisses Aufatmen bewirkt hat. Ich glaube, dass ein Problem noch angesprochen gehört und auch von den Behörden immer genauer überprüft wird. Ich habe bei einzelnen Besuchen in den Auegebieten festgestellt, dass eine eigenartige Form der Landgewinnung vor sich geht. Kollege Wiedner, ich nehme dich einmal mit, machen wir eine Tour. Es kommt immer wieder vor, dass plötzlich mitten im Auwaldgebiet Rodungen vorgenommen werden, wo niemand weiß, woher die Genehmigungen dafür kommen und plötzlich steht dann ein, zwei Jahre später ein Acker dort, an genau ebendieser Fläche. Es ist kein Woazacker, es ist ein Schwarzacker und das wieder unter dem Hintergrund des Bodenschutzberichtes, recht interessant, denn gerade in den Auegebieten hat man festgestellt, dass die Anhäufung von Schwermetallen erhöht ist und wenn ich mir denke, dass in diesen Gebieten jetzt Äcker entstehen und das auf einem mit Schwermetallen höher belasteten Boden, so kann das nicht unbedingt dienlich sein, wie überhaupt auch die Aueböden eine starke Belastung laut Bodenschutzbericht aufweisen an PAHs, das ist so ein wunderbares Wort, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, auf steirisch wären das die Rußpartikel, die wahrscheinlich durch Ausschwemmung in dieser Form dann massiv in den Aueböden sich wiederfinden. Eine Entwicklung, die in jedem Fall – und da danke ich auch, dass die Beobachtungen ja eingeleitet sind – einer Beobachtung bedarf.

Ich möchte noch einmal mit dem Dank abschließen, dass diese Arbeit, diese umfangreiche Arbeit für den Bezirk Leibnitz, für die ganze Region sehr, sehr wichtig ist und habe auch die Hoffnung, dass im Bereich der angesprochenen Probleme es dadurch auch zu einer Verbesserung kommen möge, dass die Landwirte einer besseren Düngeberatung zugeführt werden und wir auf Sicht gesehen eine bessere Bodenbeschaffenheit vorfinden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gangl (14.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen!

Ich habe aufmerksam die Ausführungen gehört und ich glaube, dass man sich diesem Thema nur so nähern kann, dass es hier nur eine gesamte Lösung geben kann. Ich kann mich den Worten in der Frage der thermischen Verwertung des Kollegen Detlef Gruber anschließen.

Die FPÖ hält sich nicht an die Vorgangsweise, die in der Präsidiale vereinbart wurde, nämlich sich diesem Thema noch einmal sachlich in einem Ausschuss zu widmen. Wir lehnen daher, wie mit der SPÖ und Kurt Gennaro vereinbart, den Entschließungsantrag der FPÖ ab, weil uns und auch mir dieses Thema für einen politischen Gebrauch bei der wirklich positiven Entwicklung unseres Bezirkes gerade in Bezug auf das Thema Tourismus zu ernst ist. (Beifall bei der ÖVP. – 14.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (14.25 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme zu einem anderen Thema als der thermischen Verwertung von Müll, aber es ist ein Thema, wo mir das letzte Mal sehr heiß geworden ist. Wenn sich die Herren da drüben vielleicht wieder ein bisschen beruhigt haben, das ist ein sehr emotionelles Thema. Und zwar geht es mir um den Tagesordnungspunkt 8. Alle, die beim letzten Mal beim land- und forstwirtschaftlichen Ausschuss waren, haben auf sehr eindrucksvolle Weise miterlebt, wie hoch das Demokratieverständnis der ÖVP ist. Um was geht es bei diesem Antrag? Die Grünen verlangen in dem Antrag eine Änderung des Naturschutzgesetzes dahin gehend, dass jede im Landtag vertretene

Partei mit einem Vertreter im Naturschutzbeirat vertreten ist. Derzeit sind nur ÖVP, SPÖ und FPÖ dort vertreten in diesem Beirat. Ich darf vielleicht auch noch berichten, dass dieser Beirat nur eine beratende Wirkung hat und dass eigentlich nur ein Satz zu ändern wäre in diesem Naturschutzgesetz. Jetzt wird sich jeder Zuhörer denken, das wird ja kein Problem sein. Genau so habe ich auch gedacht, das kann doch kein Problem sein, vor allem unser Demokratieverständnis sagt uns, das kann doch kein Problem sein, wenn jemand auch im Beirat vertreten sein will. Umso unerklärlicher war für uns dann die Aufregung bei der ÖVP, wo es in dem erwähnten Ausschuss zu dem Antrag der Grünen fast eine halbe Stunde heftigsten Widerstand gegeben hat. Alle Argumente, die von uns und von den Grünen angeführt wurden, sind vom Tisch gewischt worden. Die ÖVP hat gefordert, dass, wenn es zu einer Änderung kommen sollte, wenn es überhaupt zu einer Änderung kommen sollte, dann müsste dieser eine Satz – das muss ich immer wieder dazu sagen, dass es bei der Gesetzesänderung um einen Satz geht – in einem Unterausschuss behandelt werden. Und auch das muss ich wieder erklären.

Ich bin jetzt seit 1991 im Landtag und genauso lange verhandeln wir schon über ein neues Naturschutzgesetz. Die SPÖ hat in der Zwischenzeit schon dreimal ein vollständig neues Gesetz vorgelegt, nur die ÖVP wollte darüber nie beraten. Zum letzten Mal wurde unser neues SPÖ-Naturschutzgesetz im vorigen Herbst im wahrsten Sinne des Wortes vom Tisch gewischt. Es ist nicht einmal über einen Paragraphen verhandelt worden. Statt dessen verhandeln wir dort jetzt wieder über ein Flickwerk, das von der ÖVP vorgelegt wird. Das muss man wissen, wenn die ÖVP vorschlägt, weisen wir das Verlangen der Grünen nach einem Sitz im Beirat dem laufenden Unterausschuss zu. Die Grünen würden damit bei der Verhandlungsgeschwindigkeit und bei dem Verhandlungswillen der ÖVP noch mindestens 13 Jahre warten müssen, bis sie drinnen sitzen würden. Warum sich die ÖVP vor den Grünen so fürchtet, ist mir sowieso unklar. In der Steiermark – man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen – verweigert die ÖVP mit Frau Landeshauptfrau Klasnic den Grünen einen Sitz in einem Beirat, ich habe es schon gesagt, der nur beratende Funktion hat, im Bund verhandelt die Frau Landeshauptfrau, ob man für die Grünen nicht ein eigenes Umweltschutzministerium einrichten soll. Also das ist für mich Ironie! Ich kann den Grünen nur eine Erfahrung, die ich gemacht habe, mitgeben und die Diskussion am Vormittag in der Aktuellen Stunde gibt mir Recht, die ÖVP versteht es, einen Verhandlungspartner über den Tisch zu ziehen und ihm die dabei entstehende Reibungshitze als Nestwärme einzureden. Also das kann ich den Grünen mitgeben auf ihre Verhandlungen. Wenn es nach uns geht, sind die Grünen im Naturschutzbeirat und wir sind schon gespannt, wie sich die ÖVP heute dazu entschließen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit und ich glaube, Herr Gödl ist als Nächster am Wort oder habe ich mich jetzt getäuscht? (Beifall bei der SPÖ. – 14.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (14.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landrat! Frau Landeshauptmann!

Nach dieser bemerkenswerten Wortmeldung von der Frau Kollegin Kaufmann, die ja für ihr Wort bekannt ist, ist es notwendig, dass man einige Dinge doch ins rechte Licht rückt. Zum einen kommen wir einmal zum Bereich Naturschutzbeirat. Es gibt in der Präsidiäle eine Vereinbarung, in der festgelegt ist, wenn Gesetze geändert werden, wird, wenn es eine Fraktion wünscht, jedenfalls dieses Stück einmal in einem Unterausschuss behandelt. (Abg. Kaufmann: „Ein Satz!“) Es ist egal, ob ein Satz oder mehrere Seiten geändert werden.

Es gibt eine Vereinbarung, die dieses besagt. (Abg. Kaufmann: „13 Jahre Wartezeit für einen Satz!“) Und ich erinnere mich noch sehr genau, wie es beim Nationalpark einmal um genau dieselbe Vorgangsweise gegangen wäre, hast du gebremst und warst nicht bereit, eine Abstimmung in diese Richtung auch bereits im Ausschuss mitzutragen. Das zum einen.

Der zweite Punkt ist der, und da stelle ich fest, dass du im Ausschuss nicht sehr gut aufgepasst hast, wir haben aus diesen formalen Gründen, weil es das Übereinkommen gibt, grundsätzlich diese Vorgangsweise abgelehnt, sind aber dann bei der Abstimmung durchaus mitgegangen. Deine Frage, du bist gespannt, wie die ÖVP sich heute verhalten wird, kann ich beantworten auf Grund unseres Abstimmungsverhaltens im Ausschuss, das dir offensichtlich entgangen ist. (Abg. Kaufmann: „Ist mir nicht entgangen!“) Wir sind natürlich und selbstverständlich bereit, auch die grüne Fraktion in den Naturschutzbeirat aufzunehmen und es war überhaupt nie die Frage, das nicht zu tun, sondern es ist darum gegangen, einfach die formalen Vereinbarungen auch zu halten. Und wenn es diese Vereinbarungen in der Präsidiäle gibt, so glaube ich, dass sich alle Fraktionen auch daran zu halten haben.

Was das Naturschutzgesetz und deine Kritik an der Vorgangsweise betrifft, so müsstest du eigentlich der Wahrheit hie und da die Ehre geben, und zwar in der Form, dass es beim Naturschutzgesetz und bei den Verhandlungen im Unterausschuss zwei grundlegend unterschiedliche Sachbereiche zu behandeln gibt. Das eine sind EU-Adaptierungen und Verwaltungsvereinfachungen und das Zweite ist ein in der Praxis nicht umsetzbares Gesetz. Und wir haben uns im Unterausschuss mit Mehrheit – und das wirst du zur Kenntnis nehmen müssen, sofern du eine Demokratin bist – dazu durchgerungen, dass wir zuerst die notwendigen Adaptierungen und Verwaltungsvereinfachungen vornehmen und uns dann diesem ausführlichen Antrag widmen.

Da gibt es eine mehrheitliche Festlegung. Und für mich interessant ist ja Folgendes: Ihr tut alle so per Hetz mitverhandeln und wenn es dann ans Eingemachte geht, dann seid ihr absolut nicht bereit, auch nur irgendeinen sachlichen Beitrag einzubringen. Das war auch der Grund, warum die Naturschutzgesetzverhandlungen vor Weihnachten gescheitert sind. Und ich muss wirklich sagen, es war damals eine Entrüstung nicht nur bei der

ÖVP, sondern auch bei den Freiheitlichen und bei den Grünen hinsichtlich der Vorgangsweise der Sozialdemokraten, die über drei Unterausschüsse hinweg alles mittun und wenn es dann zur Abstimmung kommt, einfach sagen, das ist kein offiziell eingebrachter Antrag. Das Kindertagesspiel brauchen wir im Unterausschuss nicht zu spielen, dazu ist die Zeit jedes Abgeordneten zu wertvoll. Ich hoffe, dass ihr daraus gelernt habt und (Beifall bei der ÖVP.) dass wir in der Zukunft zu sehr konstruktiven Verhandlungen kommen, damit wir endlich die notwendigen EU-Adaptierungen vornehmen können und die Verwaltungsvereinfachungen auch durchführen. Es ist wirklich erschütternd, wie ihr das gehandhabt habt. (Abg. Mag. Erlitz: „Redest du ja eh vom gleichen Stück?“) Wir reden vom gleichen Stück. Du hast schlecht zugehört. Sie hat ihre Wortmeldung in zwei Bereiche gegliedert: Naturschutzbeirat und Naturschutzgesetz. Da hättest aufpassen müssen, dann wüsstest du es auch. Im Übrigen freuen wir uns sehr, dass die Grünen auch in Zukunft im Naturschutzbeirat vertreten sind. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (14.34 Uhr): Herr Kollege Wiedner! Auch kurz vor deinem Fünziger würde ich ersuchen, dass du dann gewisse Gespräche außerhalb dieses Plenums führst, ja? Ich danke!

Ich komme wieder auf den Boden, genauer gesagt zum Bodenschutzbericht. Wir haben heute schon gehört, dass dieser Bericht eine Inventur über den Boden des Bezirkes Leibnitz ist. Und bei der Durchsicht dieses wirklich sehr umfassenden und sehr informativen Buches, deren Autoren ich recht herzlich danke und auch denen, die dahinter gestanden sind oder dann vor Ort gestanden sind, danke ich recht herzlich, ist mir aufgefallen, dass wir einige, wenn nicht sehr viele Parallelen zu dem im Vorjahr besprochenen Bodenschutzbericht aus Bad Radkersburg haben. Und doch gibt es zu Leibnitz einige Unterschiede und da möchte ich vier Grundaussagen einmal festhalten, was mir bei diesem Bericht für notwendig erscheint.

Erstens – und das hat der Kollege Detlef Gruber heute schon gesagt – wird in keinem anderen Bezirk so eine intensive Bodennutzung betrieben. Felzbach und Radkersburg kommen diesem am nächsten, und zum anderen ist dieser Boden gerade im Bezirk Leibnitz auch „anderen“ Belastungen ausgesetzt. Diese sind gegeben, weil wir in diesem Bezirk ein äußerst dichtes Wege- und Straßennetz antreffen. Ich möchte hier meinen Dank auch an die Verfasser der Homepage von LUIS, vom Landesumweltinformationssystem, sagen, weil dieses elektronische Medium viel Auskunft gibt und eine schöne Boden- und auch Landschaftsschau darbietet.

Neben der Bodenbewirtschaftung, dem Straßen- und Wegenetz ist der Bezirk Leibnitz nach Graz und Graz-Umgebung der dichtest besiedelte Bezirk mit 111 Einwohnern pro Quadratkilometer. Dies bewirkt, dass natürlich eine verstärkte Ansiedlung vorhanden ist. Daher bleibt für gewisse Freiflächen gerade in diesem Bezirk nicht viel über. Kollege Detlef Gruber hat schon gesagt, dass dieser Boden auch gelitten hat und manchmal auch noch einigermaßen leidet.

Letztlich ist auch die Mur nicht zu übersehen. Sie war lange Zeit ein belastendes Gewässer und hat erst in den letzten Jahren durch Gütequalität auch wieder weniger, wenn überhaupt noch Bodenbelastung betrieben. Trotzdem, die Ablagerung von Schwermetallen gerade in den Augengebenden sind noch bemerkenswert feststellbar.

Letzten Endes sei mir noch eine kleine spitzbüßische Bemerkung zu dieser etwas späteren Stunde erlaubt: Hätte sich die Landwirtschaft von 1970 nicht weiterentwickelt in der Bewirtschaftung, in der Vielfalt, manche sagen in der Ausbeutung des Bodens, dann bedürfte es gar keines Bodenberichtes, keines Bodenschutzgesetzes, denn in etwa um 1965/1970 war bei den meisten Böden die Welt noch in Ordnung. Unser Boden ist nun mal ein besonderes Lebenselixier und seine Fähigkeit besteht nun mal darin, den Pflanzen, die auf ihm so wohnen, als Standort zu dienen, aber diese auch zu versorgen. Und der Mensch wiederum holt aus diesem verstärkt mehr quantitative Produkte. Vielleicht wäre qualitativ noch mehr drinnen und wir könnten in der Quantität etwas zurückstecken, denn die Misshandlungen dieses Verwitterungsproduktes, das durchmengt mit tierischen und pflanzlichen Organismen, durchlüftet und natürlich auch mit Wasser durchsetzt einiges aushält. Aber dieses Element Boden, wenn es schlecht behandelt wird, rächt sich. Mir fällt da nur ein Ausdruck eines ehemaligen Naturwissenschaftlers ein, der in puncto Behandlung des Bodens gemeint hat: „Wenn das so weitergeht, bewegt sich der Mensch vom Homo sapiens wieder in Richtung Hominiden!“ Ich glaube, würde er heute noch leben, hätte er diese Aussage etwas zurückgenommen. Die Böden im Bezirk Leibnitz produzieren und geben immerhin 4800 Betriebsinhabern beziehungsweise 12.300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihr Einkommen. Das ist aus dem Grünen Bericht entnehmbar. Was fiel mir besonders auf? Es wurde schon von den Belastungen, von den Überdüngungen in Bad Radkersburg gesprochen. Ich will zur Fluorbelastung Folgendes sagen: Wenn 45 Prozent der 58 Beobachtungsstandorte – immerhin sind das nahezu 270 Bodenuntersuchungen oder Bodenentnahmen – eine Überhöhung an Fluor aufweisen, dann sei ganz kurz gesagt, dass dieses Fluor als Spurenelement sogar bei Pflanzen, natürlich aber auch bei Menschen Allergien hervorruft und letztendlich auch ihre toxische Wirkung nicht verfehlt. Magnesiumüberdüngung kommt leider, wie in Radkersburg, auch vor. Für mich war noch interessant, dass von Seiten der Landwirtschaftskammer in Blickrichtung Aufklärung der Landwirte sehr viel getan wird, das heißt, was die Bodenbestandteile in der Mikro- wie auch in der Makrobeschaffenheit, was den Humus oder was zum Beispiel auch den pH-Wert anlangt. Ein besonderes Augenmerk wurde in den letzten Jahren – man soll auch Positives erwähnen – der Stickstoffdüngung gewidmet. Letztendlich ist gerade diese Düngung – ich komme wieder auf Kollegen Detlef Gruber zurück – in Blickrichtung Wasserqualität, in

weiterer Blickrichtung Trinkwasser – wesentlich verbessert worden. Ratschläge in puncto Bewirtschaftungsformen anderer Art werden verstärkt angenommen. Im Bericht von Dr. Ebendorfer, was den biologischen Getreideanbau betrifft, zeigt sich, dass sich biologischer Anbau zweifelsohne in jeder Hinsicht rechnet. Sehr interessant gestaltet ist, wie diffizil und welch hoch qualifizierte Kräfte wahrlich unsere Landwirte sein müssen, wenn sogar die Einbringung der Saat und die Tiefe der Pflugschar in Zentimetern angegeben ist. Ich empfinde es ganz toll, wie man als Laie, der ich in der Schule auch Biologie unterrichtete, unterwiesen und informiert wird. Ich möchte aber nicht verhehlen, dass diese von mir anfangs erwähnte Erosion weiterhin auch im Bezirk Leibnitz ein Problem darstellt und dieses Problem, und das wird auch den Landwirten angeboten, etwa bei Mais- und Ölkürbisanbau, könnte ein wenig gedämmt werden, wenn pflanzenbauliche und landtechnische Maßnahmen gesetzt würden. Auch wird verstärkt empfohlen, dass vermehrte Stillege- und Aufforstungsprogramme im Bezirk Leibnitz angenommen werden sollten. Ein Schmankerl und ein kleines Kuriosum am Schluss, ich habe mir nur das Stichwort Besonderheit aufgeschrieben, ist die Bodenbelastung an Tontaubenschießplätzen. Ich konnte erfahren, dass es immerhin derer in der Steiermark 15 größere gibt und die Auswirkung der Tontauben beziehungsweise des Bleischrottes auch nicht harmlos ist. Ich erwähne nur zur Information, dass dieser Bleischrott neben dem Blei zu 95 Prozent auch Antimon und Arsen enthält. Welche Elemente Arsen und Blei sind, das wissen wir. Im Großen und Ganzen ist das ein positiver Bericht und ein Erfolg von Maßnahmen. Es ist aber nicht zu verhehlen, dass man in dieser Hinsicht nicht schlafen darf, sondern weiterarbeiten soll. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

Abg. Detlef Gruber (14.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat!

Ich habe einen Zwischenruf sehr gerne aufgenommen während meiner Rede und in die Tat umgesetzt und möchte dem Hohen Landtag mitteilen, dass am 3. April mit Treffpunkt um 10 Uhr die Möglichkeit für alle Mitglieder des Steiermärkischen Landtages besteht, das Werk Retznei und die in Bau befindliche thermische Anlage zu besichtigen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gödl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gödl (14.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Detlef, ich danke dir für die Einladung. Wir werden diese sicher zahlreich in Anspruch nehmen. Ich bin selbst auf Grund dieser vier Tagesordnungspunkte, die zusammen behandelt werden, etwas perplex, dass über den Punkt Klimaschutzoffensive von keiner Fraktion kein Wort gefallen ist. Weil dieser Bericht, den die Landesregierung zusammen mit der Bundesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt hat, doch so positiv ist, ist es auch angebracht, gerade sehr positive Seiten, die die Politik bewältigt, zur Sprache zu bringen. Der Antrag, der von den Grünen eingebracht wurde, zugegebenermaßen vor zirka einem Jahr, hat durchaus sehr positive Wirkungen. Nicht, dass der Antrag selbst diese Maßnahmen und Schritte bewirkt hätte, sondern es zeigt auf, dass vieles im Bereich Klimaschutz in unserem Land und im Bund getan wird. Ich hoffe, Sie haben diese vierseitige Stellungnahme durchgelesen. Der Bogen spannt sich von der Strategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Zieles – ein Beschluss vom 18. Juni des Vorjahres – über Landesthemen, wie zum Beispiel die Dienstweisung an die Umwelta Abteilung, eine Stellungnahme des Energiebeauftragten bei Gesetzen und Verordnungen bezüglich Kyoto-Protokoll und Erreichung der Kyoto-Ziele einzuholen und besonders die Frage der Steuerungsmechanismen im Rahmen der Wohnbauförderung. Das ist auch ein sehr innovativer Schritt, der leider nicht von allen Landtagsparteien gutgeheißen wird. Wir haben damals zusammen mit den Grünen diese Wohnbauförderungsnovelle aufrecht gelassen. In der Steiermark, und das will ich nur kurz ausführen, passieren gerade auf dem Energie- und Umweltsektor ganz vorbildliche Maßnahmen. Ich habe zum Beispiel am kommenden Mittwoch die Ehre, wiederum einen Spatenstich für ein Biogasprojekt im Bezirk Graz-Umgebung vorzunehmen, wo mit Abfällen aus der Landwirtschaft und mit Energieträgern aus der Landwirtschaft Energie gewonnen wird in der Verknüpfung mit örtlicher Wertschöpfung. Es wird zum Beispiel bei dieser Biogasanlage eine große Gärtnerei mit Wärme versorgt und der Strom kommt natürlich in das Stromnetz. Auch da haben wir großartige Fortschritte erzielt. Was mir schon ein Anliegen an dieser Stelle ist, und da bin ich etwas verwundert über die Haltung von Herrn Abgeordneten List zum Thema Mülldeponie. Es ist natürlich schon so, dass wir im Land als Politiker die Pflicht haben, den Leuten die Wahrheit zu sagen, und nicht nur Zuckerln zu verteilen. Das ist überall so. Wir haben Müll und wir werden den Müll entsorgen müssen. Wir können ihn möglichst gut entsorgen, wir können ihn verbrennen und wir können ihn nach der Behandlung lagern, aber es hilft nichts zu sagen, entweder – oder. Die Kunst der Politik ist es, nicht entweder – oder, sondern sowohl – als auch zu sagen. Das werden wir in Radkersburg unten schaffen. Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung das versteht. Toni Gangl ist vor Ort der Kämpfer im Gegensatz zu dir, denn du kommst aus dem Bezirk Graz-Umgebung und weißt sehr wohl, was die Anliegen der Bevölkerung von Radkersburg sind. Das ist die Kunst, sowohl – als auch zu gewährleisten. Es können nicht nur Zuckerl verteilt werden. Das Gleiche gilt, ich kann den Bogen weiterspannen, zum Beispiel bei der 380-kV-Leitung. Meine Gemeinde hat fünf Leitungen, weil wir das Umspannwerk haben. Das ist kein Zuckerl, sondern das ist eine Belastung. Trotzdem tragen wir diese Belastung zugunsten des Gesamtinteresses der Steiermark. Wenn wir schon bei der 380-kV-Leitung sind: Auch das ist im weiteren Sinn ein Klimaschutzprojekt. Nur so können wir Strom, der im Norden Österreichs produziert wird, vorwiegend in den Donau-

kraftwerken, in den Süden bringen. Wir müssen uns über die Größenordnungen klar werden. Mit den neuen Biogasanlagen und den anderen Energieformen erreichen wir nicht einmal die Abdeckung des jährlichen Zuwachses an Energieverbrauch. Allein das AMS-Werk in Unterpremstätten braucht eine elektrische Leistung von einem Murkraftwerk, damit wir die Relationen klarstellen. Eine gute Leitung mit möglichst wenigen Energieverlusten ist auch selbstverständlich ein Klimaschutzprojekt. Ob wir die Leitung unter die Erde legen oder sie spannen, das ist eine Sachfrage, die die Experten klären müssen. (Abg. Lechner-Sonnek: „Es wäre zu untersuchen, ob es noch bessere Lösungen gegeben hätte!“)

Nein, weil in der Umweltverträglichkeitsprüfung sind drei Gesichtspunkte zu prüfen, nämlich die Freileitung, die Verkabelung und die Nullvariante, ob es überhaupt notwendig ist, diese Leitung zu bauen. Das besagt die Umweltverträglichkeitsprüfung. (Abg. Lechner-Sonnek: „Die Alternativen hätten untersucht werden müssen!“) Die Alternativen werden untersucht. Die Nullvariante ist eine Untersuchung der Alternativen. Und wenn Sie glauben, wie ich schon vorher gesagt habe, dass wir mit Alternativenergien vor Ort die Stromversorgung endgültig für alle Zeiten bewerkstelligen können, das schaffen wir nicht. Das ist ein X für ein U vor-machen. Das schaffen wir nicht. Wir brauchen effiziente Leitungen. Allein in Graz-Umgebung und südlich von Graz, mit Graz eingeschlossen, hat sich seit 1955 der Stromverbrauch um 1083 Prozent erhöht und es wurden kaum – bis auf einige wenige – 110-kV-Leitungen gebaut. Das heißt, auch eine Hochspannungsleitung ist eine Klimaschutzmaßnahme. Wir haben natürlich zu untersuchen, ob sie notwendig ist. Und wenn sie notwendig ist, sie möglichst verträglich zu errichten. Das ist unsere Aufgabe und das gewähren wir mit der Umweltverträglichkeitsprüfung, die von uns allen im Landtag gefordert wurde, die die Frau Landeshauptmann auch durchgesetzt hat und die schlussendlich jetzt auch durchgeführt wird.

Und zum Abschluss, das wäre für mich persönlich auch das Schöne, wenn eine Regierungsform Schwarz-Grün kommen könnte, ich stehe überhaupt nicht an zu sagen, dass es eine von mir persönlich perforierte Variante einer Verantwortung für unser Land ist, keine Frage. Aber das Schöne dabei wäre auch, Regierungsbeteiligung würde heißen, von der reinen Forderungspolitik zur Verantwortungspolitik zu kommen. Alle anderen Parteien waren schon in der Regierung, haben Verantwortung tragen müssen und es wäre sehr schön auch für die Entwicklung unseres Landes, in die Verantwortung genommen zu werden und deswegen wünsche ich mir auch, dass dieses Vorhaben in den nächsten Wochen konkretisiert wird. Weil wenn wir alle diese Erfahrungen haben, dann werden wir auch sehen, wie schwierig es im Endeffekt ist, Projekte umzusetzen. Ich hoffe, es kommt so. Ich wünsche, dass es so kommt und ein steirisches Glückauf auf unsere Umweltpolitik, weil ich glaube, wir sind auf einem sehr guten Weg. (Beifall bei der ÖVP. – 14.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (14.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mich hat es ja gewundert, dass noch einmal so eine Diskussion überhaupt möglich ist nach den sehr erfolgreichen und vielfach gemeinsam getragenen Initiativen, um Wirtschaftsentwicklung, Naturraum Hoffnung zu schaffen, weil Wasser und Boden sind die Visitenkarten der Menschen. Und in diesem Zwischenfeld drinnen bewegen wir uns mit unseren Begehrlichkeiten, wo wir Technologien und Techniken zu entwickeln haben, um eben Wasser und Boden möglichst nicht und immer weniger zu belasten. Und das haben wir in den letzten Jahrzehnten an und für sich mit sehr viel Wissensarbeit weiterentwickelt. Ich bin ganz überrascht, dass der Kollege List den Abfall und eine Mülldeponie als das Grauslichste auf der Welt darstellt. Wir sind heute längst in der Stoffflusswirtschaft – und der Kollege Gruber hat ja angeboten, wenn man dieses Werk Lafarge anschaut, und wir arbeiten seit zwei bis drei Jahren an einer Möglichkeit, brennbare Fraktionen, die einmal Erdöl waren, verschmutzt oder nicht, verwertbar mehr sind, eben noch einmal in Energie zu veredeln mit einem Verbrennungsvorgang, nicht zu emittieren, kein Quecksilber, keine Emissionen zu haben und trotzdem dieses wertvolle Erdöl zu subsumieren. Das sind die intelligenten Lösungen. Und ich glaube, die Zeit ist längst vorbei, ich will nicht meine alten Theorien da verzapfen. Wir haben da schon einige grundsätzlich tolle Beschlüsse gefasst, nur, wenn es ernst geworden ist, sind die meisten vor Ort umgefallen. In letzter Zeit, naja Niklasdorf, haben wir alles beschwört und beschlossen einstimmig, ich will da niemandem etwas nachsagen, der nicht da ist, aber der Peter und der Michl haben sich rumgehaut in Niklasdorf. Da habe ich mir gedacht, da lege ich mich auch nieder. Nicht? Und jetzt bauen wir diese Mülldeponie, weil eben 2004, sehr klar, uns diese Möglichkeit einerseits der thermischen vorgibt, aber auf der anderen Seite wissen wir, dass die mechanisch-biologische Abfallbehandlung eine Abfallbehandlung ist, die wesentlich verbessert für regionale Standorte eine Grundvoraussetzung schafft. Mich wundert es wirklich, der Abfallwirtschaftsverband hat mehrheitlich beschlossen, die Standortgemeinde Halbenrain hat im Gemeinderat über alle Parteien ihre Raumordnungsentscheidung für den Betrieb einer Deponie mit Tonnagenbegrenzung und vor allem mit einem Umweltstandard entwickelt und interessant ist, dass trotz all dieser Entwicklungen der Tourismus und das Nächtigungsplus in Halbenrain um 4072 in den letzten Jahren gesteigert worden ist und in der Region Radkersburg um fast 200.000 Nächtigungen. Ich möchte damit nur sagen, ja, ich muss mich sehr zurückhalten, wenn ich dich da stehen sehe, du stehst selbst mitten im Müll, wer dein Zeug einmal verräumt, ich auch, in fünf, zehn Jahren müssen wir unser „Gwandl“ abgeben, die Schuhe und alles, was wir haben und wir müssen eine Lösung finden. Aber wenn man die Steiermark einteilen will in Müllregionen und Tourismusregionen, na, die Steiermark schaue ich mir an, wo die Müllregion ist. Das musst du mir erklären, wo die Müllregion ist und daher bin ich persönlich überzeugt, dass wir mit einer sehr positiven Überzeugungsarbeit es schaffen können darzustellen – und das ist ja bereits bewiesen, ich mache gerne eine Untersuchung, die Frage ist nur, was ein Unternehmen, das zig Millionen investiert hat, wo die Region dafür steht mit Ausnahme von zwei

Gemeinden und die zwei Gemeinden begleiten mich bereits seit zwölf Jahren, und mir tut es persönlich Leid, der ärmste Mensch ist der, ich meine wirklich arm, der seine Meinung nicht ändern kann. Das ist das Aller-ärkste, was es überhaupt gibt. Wenn ich eine bessere Lösung finde, muss ich den Mut haben umzusteigen. Wie oft habe ich schon meine persönliche Meinung ändern müssen, wenn es eine bessere gibt. Und ich bin persönlich überzeugt, wenn ich eine Analyse mache, eine Standortanalyse mache, schaue ich mir das lebhaft an, wenn wir in der gesamten Südoststeiermark keine Abfälle haben und wir führen sie zum Schluss noch nach Graz. Solche Theorien hat es auch gegeben oder einen riesen Standort und, und. Und dann muss ich die diffusen Stäube für den Transport mit betrachten. Das war ein ganz entscheidender Punkt, dass wir auch lokal und regional in der Entsorgungsstrategie in einem Gesamtpaket eine abfallwirtschaftliche Möglichkeit schaffen. Ich habe zum Beispiel – der Kollege Böhmer weiß das, der Kollege Riebenbauer genauso –, wir haben einen wilden Krieg geführt im Ghartwald, in der Tourismusregion in Sankt Johann in der Haide. Die Nächtigungszahlen musst du dir anschauen. Das ist ja nur eine aufgeschaukelte Partie. Was sich dort abgespielt hat, ich will das nicht wiederholen. Das ist gewesen. Man kann das ruhig noch einmal aufwärmen, aber die eigenen Leute glauben das nicht mehr. Und es gibt da, ich will da niemandem nahe treten, nach meiner Überzeugung wahrscheinlich eher ein strategisches Problem, noch einmal in diesen zwei Gemeinden ein paar 100 Leute herumfetzen, aber in der Sache selber müssen wir im Grunde froh sein, dass wir in unserem Land in der Abfallwirtschaft im Grunde eine gemeinsame starke Strategie fahren. Und ich glaube, dass so eine Position „entweder oder“ nicht zulässig ist, speziell ein „sowohl als auch“ in wirtschaftlichen Proportionen. Und daher möchte ich da um Verständnis bitten, wenn wir solche Strategien machen Stadt/Land. Dann schaue ich mir das an, wo die Grenze zwischen Stadt und Land ist. Ich glaube, dass diese Nachhaltigkeitsstrategie in einer solchen Form ein gemeinsames Tragen für richtig hält. Und ich glaube daher, dass wir, das ist der andere Bereich im Naturschutzgesetz, diese Änderung, ist bereits alles gesagt worden, ich will da jetzt nicht die Blumen streuen, weil alle reden, dass Grün/Schwarz in Regierungsverhandlungen ist, aber bitte, den Nationalpark haben wir an und für sich auch gemeinsam in Bewegung gebracht. Das müssen wir auch ganz ehrlich sagen, dann ist die Sache locker geworden. Daher habe ich überhaupt nicht im Geringsten einen inneren Ansatz eines Problems, die Grünen im Beirat zu haben. Nur, wenn feststeht, dass nur neun Mitglieder drinnen sind und jetzt proportionell das war, ist diese Änderung nach meiner Überzeugung im Grunde legitimiert.

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte nur abschließend noch sagen in der Frage Boden, 90 Prozent der Flächen der Steiermark, die vom Bauern bewirtschaftet werden, werden über umweltgerechte Bewirtschaftung mit Auflagen, Düngevorgaben, mit Düngerbilanzen bewirtschaftet, wo auch Großvieheinheitenbilanzen gemacht werden. Ich würde mir wünschen in anderen Bereichen, „Verkehr“, solche Reglementierungen zu versuchen, da ist die Freiheit oben und unten und hinten und vorn beschnitten und alle würden närrisch werden, wenn wir solche Verordnungen machen. Wir haben diese Verordnungen und Erlässe und wir haben Kontrollen, dass es nur so rasselt. Wenn jemand glaubt, dass die Landwirtschaft in Freiheit und Fröhlichkeit jetzt wirtschaften kann. Wir haben uns das selbst auferlegt, weil der Grund und Boden für die Landwirtschaft und für die gesamte Bevölkerung das wertvollste Kapital einschließlich Wasser darstellt, was wir im Grunde überhaupt haben. Es ist daher der Bodenschutzbericht ganz entscheidend, um unsere Umweltberatung speziell in Leibnitz auf solche Ergebnisse einzustellen, umzustellen und vor allem auch darzulegen, dass ein pädagogischer Bewusstseinsvorgang passiert. Es ist überhaupt nicht sinnvoll, wenn nicht das persönliche Verständnis gegeben ist. Ich möchte daher bitten, dass wir in dem Zusammenhang offen und ehrlich genug sein sollten in der Frage von Deponiestandorten oder anderen Abfallbehandlungsstandorten. Es wäre gar nicht uninteressant, eine solche Anlage einmal anzuschauen, mit welcher Präzision in solchen Anlagen gearbeitet wird. Wenn ich in diesen Eingaben höre, dass das Grundwasser gefährdet ist, dann sage ich, meine lieben Freunde, es gibt einen Altlastenatlas. Gnade Gott, meine Herrschaften, was da vorher alles passiert ist, wie das Gewissen der steirischen Bevölkerung vor kurzem im Fernsehen dargestellt wurde, wo jemand eine Baugrube aushebt und 20.000 Tonnen Lederabfälle zutage gekommen sind. Bei diesen Deponien, die wir genehmigen, bitte ich um Verständnis, sind Grundwasserbedrohungen 100-prozentig im Rahmen des Verfahrens auf Grund dieser Eingaben wirklich vollstens integriert, abgehandelt. Es ist klar, dass das Endverfahren derzeit nach dem Bundesabfallwirtschaftsgesetz läuft. Eine Bemerkung darf ich noch machen: Ich bin gespannt, wenn der Landtag beschließt, dieses laufende Verfahren zu stoppen, wie solche Haftungen und Abwicklungen nachher laufen. Ein Unternehmen hat ein Recht auf ein ordentliches Verfahren, auch zeitlich, weil 2004 ist bald da. Das ist keine Bedrohung, möchte es nur informativ bekannt geben. Wir haben das von unserer Abteilung her nach den Vorgaben des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes, unseres Abfallwirtschaftsgesetzes, des Wasserrechtes, auch des Naturschutzes – es ist nicht im Natura-2000-Gebiet, wie behauptet wird – abgehandelt. Es ist beeinträchtigt und liegt in Wien. Ich bin schon gespannt, wie der Landtag ein Verfahren aufhalten kann. Das möchte ich nur bekannt geben. Ich bin dem Landtag sehr verbunden, habe aber noch nicht erlebt, dass der Landtag in laufende Verfahren mit Beschlüssen Maßnahmen ergreifen kann. Ich möchte nur die Schriftgelehrten oder die Juristen bitten, wie sich das nachher in der Praxis ausgeht. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.03 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 11 liegt nicht vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1139/1, Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1161/1, Tagesordnungspunkt 9, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 990/3, Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Mülldeponie Halbenrain, zum Tagesordnungspunkt 10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche, die Stimmen zu zählen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.06 Uhr): Ich möchte trotzdem die Frage stellen, welcher Auftrag ist damit gegeben? Der Beschluss wurde jetzt gefasst. Ich möchte daher gerne wissen, was ich tun soll. Ist damit verbunden, dass das laufende Verfahren steht? (Abg. Kaufmann: „Steht im Antrag drinnen!“ – 15.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List.

Abg. List (15.06 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat!

Es ist dir vielleicht in der laufenden Diskussion entgangen, das hat mit dem laufenden Verfahren unmittelbar nichts zu tun. Der Text des Antrages im Wortlaut für dich zur Information, aber du müsstest ihn auch bei deinen Unterlagen haben. Ich helfe dir natürlich sehr gerne, weil es ja nicht üblich ist, dass nun die ein bisschen machtverwöhnte ÖVP eine zusätzliche Bewertung vornehmen muss. Der Landtag hat damit beschlossen, dass die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, innerhalb von drei Monaten zusätzlich zu prüfen, welche Auswirkungen die Deponieerweiterung auf die künftige touristische Entwicklung in der gesamten Thermenregion hat und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten, damit anschließend unter Berücksichtigung und Abwägung aller touristischen Aspekte und abfallwirtschaftlichen Argumente und über die Erweiterung der Mülldeponie optimal zum Vorteil für die Region endgültig entschieden werden kann. Dann ist es erledigt! Wir wollen auf alle Fälle eine touristische Bewertung bekommen! (15.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Herr Landesrat.

Landesrat Pörtl (15.07 Uhr): Ich bedanke mich herzlich. Ich werde aber im Rahmen der Verfassung meine Amtsausübung so machen, dass ich nicht drankomme. Ich danke. Sollte eine Klage der Firma ASA kommen, möchte ich geklärt haben, wie das abläuft. Das ist ein Problem. (Abg. Kaufmann: „So kann es nicht sein, so geht das nicht!“ – 15.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (15.08 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich weiß schon, dass Kollege Hirschmann in dem einen oder anderen Artikel in einer Illustrierten dem Landtag immer wieder sagt, was wir für „Schüsserlgreißler“ oder sonstiges sind. Wir verwehren uns dagegen. Es gibt in der Geschäftsordnung die Möglichkeit eines Entschließungsantrages, der klare Aufgaben formuliert. Herr Landesrat, es ist unmöglich für mich, dass du dich jetzt herstellst, wo du normal ein sehr besonnener Politiker bist, der über das normalerweise nachdenkt, und sagst, ich werde im Rahmen der Verfassung handeln, jetzt sagt, ich verweigere mich gegen diesen Auftrag. Meine Damen und Herren, wo sind wir denn überhaupt, wenn die Exekutive sagt, ihr seid ohnehin alles Deppen, wir machen nicht das, was ihr beauftragt? Hier hat es einen Mehrheitsbeschluss mit einem eindeutigen Auftrag an die Regierung und an das zuständige Regierungsmitglied gegeben. Es steht nicht mehr drinnen, als dass eine Sache zu prüfen ist. Wenn wir dafür nicht mehr in der Lage sind, dann sage ich gute Nacht. Das hat jetzt einmal mit Arbeit zu tun, mit Fakten, und nicht nur mit Ausübung der Macht. Wenn ihr heute keine Mehrheit habt, weil der Herr Lopatka in Wien ist, dann ist das eine andere Geschichte. Hier haben drei Parteien einen Beschluss gefasst, Herr Landesrat, und dieser ist zu vollziehen. Frau Landeshauptmann, Sie haben eine Koordinierungsfunktion als Landeshauptmann. Ich hoffe, dass Sie Herrn Landesrat dazu bringen, dass er das auch tut. Wir werden uns diese Vorgangsweise, wie Teile der Regierung mit uns umspringen, auf Dauer nicht mehr gefallen lassen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.10 Uhr): Ja, ich möchte nur sagen, dass im Rahmen des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes in der mittelbaren Bundesverwaltung dieses Verfahren läuft und das möchte ich damit gesagt haben, dass da nicht im Rahmen der Landesgesetze das Verfahren abläuft. Ich möchte das nur bekannt geben, damit niemand sagt, ich war kein besonnener Politiker, weil das ein laufendes Verfahren ist. Wenn das Ergebnis am Tisch liegt,

dann muss man das Verfahren noch weiterlaufen lassen und ich bin sehr gespannt, wie ein solcher Vorgang abläuft. (Abg. Kaufmann: „Ich verstehe die Vorgangsweise nicht!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Es gibt einen klaren Auftrag!“ – 15.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (15.11 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann!

Ich glaube, allein in den letzten Minuten haben wir gesehen, wie emotional das Thema „Müll“ eigentlich behandelt wird. Wie viele Emotionen aufgehen allein in der Diskussion um die Müllproblematik und ich glaube, mein Kollege Kurt List, der ja tief verwurzelt ist mit dem Bezirk Radkersburg, dem ist es ausschließlich darum gegangen, die Frage abzuklären, ob ein Nebeneinander zwischen Müll und touristischer Entwicklung möglich ist, und wenn ja, in welcher Form. Und diese Sorge, diese Angst um diese mögliche Entwicklung, ob das sinnvoll ist, ob das überhaupt gangbar ist. Bitte, geschätzte Kollegen von der ÖVP, unterhalten könnt ihr euch auch draußen! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.) Da geht es ausschließlich darum, dass der Kollege List sich Sorgen macht um dieses Thema und er möchte nicht mehr und nicht weniger als dass man diese Sache Müllerweiterung Halbenrain, Erweiterung der Deponie, noch einmal genau anschaut unter dem Blickwinkel der touristischen Entwicklung. Ist dieses Miteinander möglich, ob ja oder nein. Und ich glaube, es muss auch im Interesse des Landesrates sein, des Landes überhaupt, dass man mit gutem Gewissen das feststellt und dann sagen kann, ja, das ist möglich oder nein, nicht. Mehr wollen wir nicht und deswegen dieser Entschließungsantrag. (Beifall bei der FPÖ. – 15.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.12 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich bin der Vorlage auch verpflichtet, da steht aus der Raumordnung: „Die derzeit rechtswirksamen Festlegungen und Ziele der überörtlichen Raumplanung für den Bezirk Radkersburg enthalten daher keine Widersprüche bezüglich einer Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain.“ Bin ich gar nicht zuständig, damit das geklärt ist. Es kommt auf den Kollegen Schögggl und damit habe ich gesprochen. (Abg. Schrittwieser: „Hast du nicht gesagt. Heute hast du als zuständiges Regierungsmitglied gesprochen und du hast einen klaren Auftrag erhalten. Es ist normal und auch erlaubt, dass die Legislative einen Auftrag gibt!“ – 15.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 853/1, zum Tagesordnungspunkt 11, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1142/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von Maschinenringen im Bereich der Bergbauern.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Förderung von Maschinenringen im Bereich der Bergbauern.

In allen österreichischen Bundesländern außer Wien und Steiermark gibt es für Bergbauern die Möglichkeit einer EU-konformen Förderung jener Einsatzstunden für den Maschineneinsatz von Spezialmaschinen, mit denen Arbeiten am Hang durchgeführt werden. Voraussetzung ist, dass diese Spezialmaschinen über einen Maschinenring verwendet werden.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Förderung des Bergmaschinenereinsatzes über die Maschinenringe nach Maßgabe der vorhandenen Mittel wieder einzuführen. Ich bitte um Annahme. (15.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (15.15 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Hoher Landtag!

Die Maschinenringe sind sehr oft die Drehscheibe draußen im ländlichen Raum und auch ein Garant für die Fortentwicklung. Wenn man die steirischen Maschinenringe betrachtet, so hatten wir am 1. Jänner 2002 noch 36 Maschinenringe, es gab dann eine Fusion mit mehreren Ringen, so Mitte des vergangenen Jahres noch 27, gegenwärtig haben wir 22 Maschinenringe und wenn man mit der Kammer beziehungsweise mit den Maschinenringen spricht, wird man mit 18 Ringen in der Steiermark auskommen, insgesamt 16.725 Mitglieder, und weil es im Antrag um die Bergbauern geht, zirka ein Drittel davon sind Bergbauern, 6808. Die hohe Aktivität zeigt die Schlagkraft und den Stellenwert der Maschinenringe draußen im ländlichen Raum und hier möchte ich im Besonderen auch die Gemeinden erwähnen. Rund 1,9 Millionen Arbeits- und Maschinenstunden wurden

durch die Maschinenringe über die überbetriebliche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr geleistet. Und würde man diese Stunden auf vollbeschäftigte Arbeitnehmer umrechnen, so würden in den Maschinenringen über 1000 Mitarbeiter beschäftigt sein. Wenn ich zurückdenke, als in den sechziger Jahren die Maschinenringe gegründet wurden, so war es für manchen unverständlich, wie es wohl möglich ist, dass ich beim anderen arbeite und nicht zu Hause. Die Zeit ist nicht stehen geblieben und wir haben heute drei Säulen, das ist die Maschinenringklassik, Maschinenringservice und auch das Personalleasing. Wenn man zusammenfasst, kann man sagen, dass die Maschinenringe in der Steiermark wirklich sehr viel leisten, begonnen Landwirt zu Landwirt, aber dann auch im sozialen Bereich, soziale Kompetenz im ländlichen Raum, im vergangenen Jahr über 1100 Fälle in Zusammenarbeit mit der Unfallversicherung und der Sozialversicherung der Bauern, wo Betriebshelfer nach einem Arbeitsunfall eingesetzt wurden.

Nachdem immer mehr Gemeinden und auch Betriebe sich an die Maschinenringe gewandt haben und es ja nicht mittelbar und unmittelbar in der Vereinstätigkeit gedeckt gewesen ist, wurde die Personalleasing GesmbH. gegründet, wo natürlich in erster Linie der Winterdienst, Grünraumpflege und auch die Kompostierung für die Gemeinden, für die Gesellschaft übernommen wurde. Durch diese Initiative kann man sagen, dass die Zusammenarbeit aber auch mit den landwirtschaftlichen Fachschulen, mit den höheren Schulen, Einbindung Internet, Landeskammer und so weiter der Strukturwandel bereits vollzogen worden ist. Von Seiten der Landesregierung wurden in der Vergangenheit und werden in der Zukunft die Ringe dementsprechend unterstützt, im vergangenen Jahr mit 440.000 Euro vom Bund und zirka 350.000 Euro vom Land inklusive der Bergmaschinenförderung. Die Leitlinie ist klar, Sicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof durch außerlandwirtschaftliche Zuerwerbsmöglichkeit, Behaltung der ländlichen Kulturlandschaft und die Kooperation zwischen der Landwirtschaft, den Gemeinden und den Firmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bewusstsein, gemeinsam statt einsam, greift, die Maschinenringe können fehlende Betriebsgrößen überbrücken und die Maschinenkosten können durch den überbetrieblichen Einsatz erheblich gesenkt werden. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Diskussion, die wir in diesem Hause führen, das ländliche Wegenetz, wo auch die Gemeinden bereits jetzt nachdenken und umdenken, wie kann man einsparen, wie kann man Maschinen über die Gemeindegrenzen hinaus auch einsetzen? Und gerade die Bergregionen, die betroffen sind, hier ist es notwendig, dass die Unterstützung gegeben wird. Weil ich angesprochen wurde, warum wir im Ausschuss zuerst eine Regierungsvorlage haben wollten, eine Antwort darauf: Der vorliegende Antrag ist unserer Meinung nach überholt und wir das mit einer Stellungnahme der Regierung aufklären wollten. Daher haben wir die Stellungnahme verlangt und haben schlussendlich dann natürlich dem Antrag zugestimmt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 12 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1147/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Gangl und Rieser, betreffend Gefahrgutbeförderung durch Landwirte.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (15.21 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Gangl und Rieser, betreffend Gefahrgutbeförderung durch Landwirte. Es wird seitens unserer Fraktion der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Regelung zu treffen, damit ein Transport von gefährlichen Gütern (Pflanzenschutzmittel) nicht unter die strengen Bestimmungen des Gefahrgutbeförderungsgesetzes fällt, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden: Durchführung des Transportes im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes; Transport in der Originalverpackung; lokaler Transport (von der Abgabestelle zum land- und forstwirtschaftlichen Betrieb beziehungsweise Feld/Wald); Transport von maximal 450 Kilogramm Pflanzenschutzmittel. Ich ersuche die Damen und Herren um Zustimmung. (15.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1189/1, betreffend den Bericht über den Stand der Diskussion im Vorfeld zu der Regierungskonferenz 2004 und von steirischen Aktivitäten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen.

Abg. Majcen (15.23 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1189/1, betreffend Bericht über den Stand der Diskussion im Vorfeld zu der Regierungskonferenz 2004 und von steirischen Aktivitäten. Dieser Bericht ist in mehrere Kapitel gegliedert. Er befasst sich mit dem Konvent an sich, berichtet über die Zusammensetzung des Konvents, über die Aufgaben des Konvents, über die Arbeitsweise des Konvents, zählt bei der Arbeitsweise des Konvents die Gruppen auf, die bei der ersten Tagung beziehungsweise bei der Vollversammlung beschlossen wurden, die sich dann unterteilen in die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“, die Arbeitsgruppe „Charta“, die Arbeitsgruppe „Rechtspersönlichkeit“, die Arbeitsgruppe „Einzelstaatliche Parlamente“, die Arbeitsgruppe „Ergänzende Zuständigkeiten“, die Arbeitsgruppe „Ordnungspolitik“, die Arbeitsgruppe „Außenpolitisches Handeln“, die Arbeitsgruppe „Verteidigung“, die Arbeitsgruppe „Vereinfachung“, die Arbeitsgruppe „Freiheit, Sicherheit und Recht“ und die Arbeitsgruppe „Soziales Europa“. Der Bericht zählt weiters auf die bisherigen Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen, die auch in diesem Bericht behandelt werden. Es sind allerdings in den meisten Fällen nur Zwischenergebnisse, weil keine Abschlussergebnisse vorliegen. Weiters zeigt der Bericht unter Punkt 5 den ersten Verfassungsentwurf des Konventspräsidiums auf und einen Zeitplan des Konvents. Unter dem Kapitel B gibt es den Bericht zur Rolle der Regionen im europäischen Aufbauwerk, unter Kapitel C den Beschluss der LH-Konferenz, unter Kapitel D die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis und unter Kapitel E die Initiative gegenüber dem Konvent für Regionen. Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Diskussion im Vorfeld zur Regierungskonferenz 2004 und von steirischen Aktivitäten wird zur Kenntnis genommen. (15.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke für die Berichterstattung.

15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1190/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (15.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration. Der vorliegende vierte Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration umfasst den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark, die Erweiterung der Europäischen Union, die Regierungskonferenz 2004, die Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene und den Rückblick auf 2002. Anzumerken in diesem Bericht ist besonders der Punkt zwei, die Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterungsverhandlungen mit den zehn Kandidatenländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern sind am Europäischen Rat von Kopenhagen am 12. und 13. Dezember 2002 erfolgreich abgeschlossen worden. Die genannten zehn Länder werden am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitreten. Das ist – wie ich meine – ein sehr historischer Punkt für die Erweiterung dieser Europäischen Union. Ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag möge diesen vierten Vierteljahresbericht 2002 zur Kenntnis nehmen. (15.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (15.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser vorhin angesprochene Bericht, den uns die Steiermärkische Landesregierung vorgelegt hat und der allen in der Vorbereitung zugänglich war, ist deswegen vielleicht ein bisschen mehr als ein Bericht, weil er die Sicht des zuständigen Regierungsmitgliedes auch darstellt im Hinblick auf die Entwicklungen, die sich abspielen im Ausschuss der Regionen und im Europäischen Parlament im Zusammenhang mit allem, was die Stärkung und das Selbstverständnis der Regionen darstellt. Wir sind alle miteinander immer wieder konfrontiert mit der Frage, wie kann man Europa näher zu den Bürgern bringen. Es ist ganz sicher so, dass wir Europa nur dann den Bürgern näher bringen können und es für die Bürger, für die Menschen in Europa etwas begreiflicher machen können, wenn wir es auf eine Ebene herunterbrechen, die für den Einzelnen interessant ist. Je weiter die Dinge weg sind, desto undurchschaubarer, desto „zusammenhangloser“, desto komplizierter werden sie. Daher ist insbesondere dieser Bericht nicht im ersten Teil, der die Zusammensetzung und die Arbeitsgruppen schildert, aber schon im Punkt B, wo die Rolle der Regionen im Europäischen Aufbauwerk geschildert wurde, sehr interessant. Der Ausschuss für Konstitutionelle Fragen hat Ende November mit 18 Ja-Stimmen und zehn Gegenstimmen einen Bericht von Giorgio Napolitano angenommen, der in seinem Inhalt beziehungsweise im Text für eine bessere Einbeziehung und Konsultation der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie des Ausschusses der Regionen bei Gesetzgebungsprozessen und der Ausarbeitung der europäischen Politik plädiert. Napolitano fordert eine bessere Teilnahme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, weil – sowie im

Bericht auch davon die Rede ist – er und viele andere davon überzeugt sind, dass die Aufwertung der Rolle des Ausschusses der Regionen passieren kann, ohne dass ihm der Status eines Organs verliehen wird, also ohne das institutionelle Gleichgewicht in Frage zu stellen. Der Berichterstatter spricht sich für eine Stärkung der Gemeinschaftsmethode aus und er sieht nicht unbedingt die Möglichkeit, den Ausschuss der Regionen in Verfahren der legislativen Mitentscheidung einzubeziehen. Viele politische Akteure, einschließlich des Ausschusses der Regionen selbst, scheinen den Weg zu bevorzugen, die beratende Zusammenarbeit des Ausschusses mit dem Europäischen Parlament weiterzuentwickeln. Man hat auch bereits begonnen, auf die im Vertrag eingeführte Möglichkeit zurückzugreifen, den Ausschuss um eine Stellungnahme zu Bereichen zu ersuchen, die seinen Auftrag betreffen. Über diesen Bericht wurde angeblich oder wird im Jänner diskutiert und ich nehme an, dass wir im nächsten Vierteljahresbericht, der uns vorgelegt wird, ein Ergebnis lesen können, wenn es zu dieser Diskussion kommt, was manche übrigens nicht glauben.

Und in dem Zusammenhang komme ich zu dem Punkt, der hier angeführt ist unter Punkt C, Beschluss der LH-Konferenz.

Die Landeshauptmännerkonferenz hat schon ein Jahr vorher, im Oktober 2001, in Vorbereitung auf die Regierungskonferenz 2004 und dann noch einmal im Juni 2002 sich am Diskussionsprozess beteiligt und hat folgende Forderungen erhoben:

Erstens: Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung bei der Neuordnung der Kompetenzen möge beibehalten werden und soll gestärkt werden.

Zweitens: Das Subsidiaritätsprinzip ist von einer Kompetenzausübungsregel zu einer Kompetenzverteilungsregel weiterzuentwickeln und in einem Kriterienkatalog zu verfeinern.

Drittens: Die Länder verlangen die Berücksichtigung der Regionen in Artikel 5 Absatz 2 EGV.

Viertens: Die zu schaffende Kompetenzordnung muss vor allem für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und transparent sein und eine Systematisierung der Kompetenzen nach klaren Kategorien beinhalten.

Fünftens: Das europäische Gesellschaftsmodell des sozialen Ausgleichs und der sozialen Solidarität ist zu sichern.

Sechstens: Dem Ausschuss der Regionen und den Regionen mit Legislativkompetenzen sind Klagebefugnisse vor dem Europäischen Gerichtshof einzuräumen, dafür soll eine Kammer beim EuGH eingerichtet werden, die aus Richtern und auch aus Richtern der nationalen Verfassungsgerichte besteht.

Siebtens: Im Sinne einer besseren Transparenz der europäischen Politik sind die Rechtsinstrumente zu vereinfachen und auf Verordnung, Richtlinie und Entscheidung zu beschränken. Vorrang ist einer möglichst geringen Eingriffsintensität zu geben. Die Richtlinie soll auf eine Rahmen- und Grundsatzgesetzgebung zurückgeführt werden.

Es sind eine Reihe von weiteren Punkten, die von der Landeshauptleutekonferenz besprochen wurden und ich habe sie deswegen genannt, weil auf Basis des Beschlusses der Landeshauptleutekonferenz und unter Bezugnahme auf die Schlussklärung der dritten Konferenz der Präsidenten von Regionen mit Gesetzgebungskompetenz und in Hinblick auf die aktuelle Diskussion im Europäischen Parlament die Frau Landeshauptmann als Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz den Präsidenten wie auch die österreichischen Mitglieder des Konvents aufgefordert hat, für eine stärkere Berücksichtigung der regionalen Dimension und ein Klagerecht für Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis im neuen Verfassungsvertrag einzutreten.

Das ist jetzt so trocken dargestellt, vielleicht etwas schwerfällig und von der Begrifflichkeit her nicht so interessant. Es ist trotzdem – glaube ich – für uns als Region eine ganz wichtige Vorgangsweise, die uns weiterhelfen wird. Ich möchte ergänzen, dass in der gegenwärtigen Form der Ausschuss der Regionen nicht den Erwartungen der Regionen mit Legislativbefugnissen entspricht, die sie bei den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht im Auge gehabt haben.

Da es Aufgabe des Ausschusses der Regionen ist, die Interessen aller subnationalen Behörden, insbesondere der Regionen mit Legislativbefugnissen, der Administrativregionen und der lokalen Behörden, zu schützen und zu unterstützen, ist es notwendig, seine Arbeitsweise zu optimieren und seinen Einfluss auf den EU-Entscheidungsprozess zu stärken.

Im Interesse von Subsidiarität und Bürgernähe sollte sich der Ausschuss der Regionen aus Mitgliedern zusammensetzen, die über ein politisches Mandat auf regionaler oder lokaler Ebene verfügen, wo sie ihre politischen Aktivitäten in erster Linie ausüben.

Die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen sollte sich mehr an demokratischen Grundsätzen orientieren und die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen sollten besser darin vertreten sein.

Die Regionen mit Gesetzgebungszuständigkeiten verlangen eine Stärkung des Ausschusses der Regionen durch seine Anerkennung durch vollwertiges EU-Organ und der Ausschuss der Regionen sollte zur Verteidigung seiner Rechte direkten Zugang zum Europäischen Gerichtshof erhalten.

Alle diese Dinge und eine Reihe von weiteren Überlegungen liegen in diesem Bericht vor, ein Bericht, der, wie gesagt, an sich gar nicht so aufregend ist und uns trotzdem zeigt, auf wie vielen Ebenen und gleichzeitig in wie viel Institutionen man sich bemühen muss, damit man in dieser großen Gemeinschaft und den Institutionen dieser großen Gemeinschaft nicht irgendwie unter die Räder kommt, immer vorausblickend schon auf die nächsten Jahre, die die Weiterentwicklung auch durch den Konvent mit sich bringen werden.

Ich möchte mich als Vorsitzender der Ausschusses für Europäische Integration für diesen Bericht, der uns erstmals in dieser Form vorliegt, sehr herzlich bedanken, weil er uns auch für die Diskussion hilft und als Ergänzung dann den Vierteljahresbericht sehen, der, wie gesagt, immer wieder eingebracht wird und von uns meistens stillschweigend zur Kenntnis genommen wird, weil er ja eigentlich nur eine Aufzählung der Dinge ist, die trotzdem manchmal einer Bewertung bedürfen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Frau Landeshauptmann für ihre Initiativen, die oft auch still und heimlich vor sich gehen und deswegen ist ein solcher Bericht für uns immer wieder eine neuerliche Aufforderung, uns mit den Dingen etwas mehr zu beschäftigen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer (15.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Majcen hat ja schon ausführlich angeführt, was der Inhalt dieses Berichtes ist und dazu könnte man jetzt, wenn man sich diesen Inhalt ansieht, noch stundenlang diskutieren. Auf alle Fälle war festzustellen, dass allein die Teilnahme hier im Hohen Haus zeigt, dass es sich um eine sehr trockene Materie handelt. Trocken deshalb, weil es einfach Gesetze sind, die die Zukunft für uns bestimmen werden. Die Wahrheit ist, wenn man sich diesen Bericht anschaut, dass es zwar hoch interessant ist und die Auswirkungen, die dann allenfalls nach Beendigung der Diskussion geschlossen werden, für die Steiermark, aber auch für Österreich enorme Auswirkungen hat. Was wir jetzt nicht entsprechend beachten, wird dann nach einer Beschlussfassung und wenn es einmal in Kraft getreten ist, mit dem so genannten „Aha-Erlebnis“ zur Kenntnis genommen und dann wird festgestellt, na, wenn wir das gewusst hätten, dann wären wir damals der Materie bestimmt nicht so entgegengetreten, wie es für notwendig erachtet werden hätte müssen.

Ich möchte jetzt hier nicht aus den einzelnen Punkten Rückschlüsse ziehen, sondern mich hat besonders interessiert, was hier auch niedergeschrieben steht in Bezug auf Beitritt der Erweiterungskandidaten und über den bereits abgelaufenen oder abgehandelten Stand. Und wenn ich mir hier diesen Brok-Bericht ansehe und vor allem unsere Nachbarländer, so ist mir ganz besonders Slowenien aufgefallen, wo festgestellt wird, dass der Schutz der Rechte von Minderheiten und ethnischen Gruppen in Slowenien generell zufrieden stellend ist.

Im zweiten Absatz wird aber angeführt, Slowenien wird aufgefordert, mit der Annahme umfassender Antidiskriminierungsgesetze die Gemeinschaft der Roma zu schützen. Das ist die Feststellung, die in diesem Bericht getroffen worden ist. Auf Grund dieser Tatsache und natürlich auch, weil wir ständig mit dieser Thematik befasst sind und waren und auch schon entsprechende Anträge eingebracht haben, haben wir uns veranlasst gesehen, auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zu formulieren, der sich mit diesem Brok-Bericht und mit dem Zustand beziehungsweise mit dem abgeschlossenen Kapitel der Erweiterungskandidatenländer befasst. Dass für uns die Minderheit der altösterreichischen deutschsprachigen Volksgruppe schon immer ein Muss war, uns damit zu beschäftigen, ist klar. Es wird hier zwar ausgesprochen, dass man sich damit beschäftigen wird, jedoch hat es in den einzelnen Verfassungsbestimmungen nicht den entsprechenden Niederschlag gefunden, was wir natürlich, wenn es einen EU-Standard geben sollte, als wesentlich betrachten. Die deutsche Minderheit wie auch die Romas und so weiter sind zwar kulturell anerkannt, jedoch nicht in den entsprechenden Gesetzen. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, einen Entschließungsantrag einzubringen, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, dass im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Slowenien sichergestellt wird, dass der Schutz der Rechte aller Minderheiten und ethnischen Gruppen in Slowenien, insbesondere jener der noch nicht in der Verfassung verankerten Volksgruppen der deutschsprachigen Minderheit sowie der Minderheit der Roma, gewährleistet wird sowie dass die im Brok-Bericht geforderten umfassenden Antidiskriminierungsgesetze zum Schutz der Minderheiten und ethnischen Gruppen seitens Slowenien erlassen werden. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das ist eine Problematik, mit der wir uns alle befassen müssen. Wenn sie auch nicht alle interessiert, so ist sie notwendig und wichtig. In diesem Zusammenhang würde ich Sie ersuchen, heute diesem Entschließungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.43 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Lieber Franz Majcen, ich bin bei dir, wenn ich den nunmehr in dieser Form erstmalig vorliegenden Bericht über den Stand der Dinge, wie er von Frau Landeshauptmann in die Regierung eingebracht und uns nunmehr vorliegt, als einen guten Schritt sehe. Nachdem der Neuigkeitswert dessen, was wir hier drinnen finden, sich darauf beschränkt, auf den letzten drei Seiten uns über die Bemühungen um eine Verstärkung der Stellung der Regionen innerhalb der Instrumentarien der Europäischen Union darzulegen und die anderen 16 Seiten Vorspann praktisch wortident sind mit dem, was wir im zweiten Bericht kennen, finden und zweitens teilweise auch wiedergibt das, was über den Konvent in dem letzten und auch schon im vorletzten Vierteljahresbericht drinnensteht, sage ich, richtigerweise, der Informationswert ist nicht unbedingt berauschend und deine Bemühun-

gen, auch deinen eigenen Kollegen die Thematik nahe zu bringen, ist nicht unbedingt auf großen Erfolg gestoßen. Wir unterhalten uns sehr gerne, ohne dass wir es als trocken bezeichnen, über diese Materie, weil wir alle wissen, dass es eine sehr spannende Sache ist. Wir haben auch schon gesehen in der Einbegleitung des Vierteljahresberichtes, wenn dann resümierend gesagt wird, im ganzen vorigen Jahr musste man 16 Verfahren, acht Gesetze und acht Verordnungen auf insgesamt 48 Vorgaben der EU reagieren. Dann heißt das, ob wir wollen oder nicht oder ob wir es als trocken bezeichnen oder nicht, wir haben uns damit zu beschäftigen und haben uns auch in diesem Haus wie ich glaube sehr umfassend und sehr richtig damit beschäftigt. Spannend wäre es, wenn wir schon in jene Phase eingebunden wären oder in Zukunft würden, in der es darum geht, wie sich am besten die steirischen Interessen zum Beispiel als Region unter den anderen Regionen einbringen lässt und wie wir dann vielleicht, in welcher Form auch immer, das Unsere dazu beitragen können. Ich denke, dass wir in deinem Ausschuss, der schließlich und endlich einen besonderen Rang unter allen Ausschüssen hat, eine besondere verfassungsrechtliche Dimension bekommen haben. Wir haben uns immer dazu gefunden, dass wir diese Schritte voll und ganz unterstützen. Es gab hier kaum jemals Auffassungsunterschiede mit einer Maßgabe, dass es uns oft und oft zweckmäßiger erschiene, zu einem Zeitpunkt in die Information eingebunden zu werden, wo man noch ein bisschen was dazu beitragen kann, dass man sagt, räumen wir das vorweg aus, damit dann nicht nachher irgendwelche Knirschpunkte auftauchen. Das als Ergänzung dazu. Die Berichte sind zweckdienlich für die Interessierten, wie immer. Ich sage, der eine Bericht ist ohnedies der klassische Vierteljahresbericht, den ich bei aller Trockenheit, naturgemäß Sachthematik ist für diejenigen, die sich nicht damit befassen, natürlich trocken, für unerlässlich erachte. Ich glaube, dass es eine gute Information ist über den jeweils aktuellen Stand der Dinge. Wer will, kann sich informieren und dem wird auch bei der Lektüre wirklich nicht langweilig. Es sind immer wieder Dinge zu vermerken, die man zwar leicht überliest, aber die dann doch für die Steiermark große Relevanz haben, wie ich auch glaube, dass die Initiative zu einer Stärkung der Bedeutung der Regionen etwas ist, was uns à la longue dienen kann. Dazu wäre es zweckmäßig, sozusagen sich auf die Unterstützung des gesamten Hauses berufen zu können, von der ich glaube, dass sie jedenfalls gegeben ist. Es wurde der Brok-Bericht zitiert, um es nicht so trocken zu machen, denn diese Sprache ist nicht sehr einfach. Es gibt einen EVP-Abgeordneten namens Elmar Brok, der einen Bericht zugeordnet bekommen hat, um ihn vorzutragen, zu bearbeiten, daher auch diese Bezeichnung. In diesem Bericht stellt dann letztendlich mit Beschlussfassung im November des vorigen Jahres das Europäische Parlament fest, wie in den einzelnen neuen Mitgliedsstaaten, der derzeitigen Bewerber, man zum Beispiel mit den Fragen der Menschenrechte, mit den Fragen der Behandlung von Minderheiten steht. Auf das greift zurück der Unselbstständige Entschließungsantrag mit einem Trick, der mir nicht ganz zulässig erscheint, obwohl es ganz interessant ist. Wenn man so darüberliest, hat man den Eindruck, in diesem Brok-Bericht steht tatsächlich drinnen, dass sich auch die deutschsprachigen Minderheiten in Slowenien noch verfolgt oder unberücksichtigt sehen müssten. Wenn man es genau anschaut, ist davon nicht die Rede. Das heißt, deine Formulierung, lieber Freund, ist schon eine irreführende. Du kannst uns allerdings nicht in die Irre führen, weil wir es genau gelesen haben. Im Bericht steht, und du hast es vorhin richtigerweise zitiert, generell und ist die Art und Weise, wie die Slowenen mit den Minderheiten umgehen, als zufrieden stellend zu bezeichnen. Mit Ausnahme, jetzt in deiner Wortmeldung, richtigerweise, aber der Text deines Entschließungsantrages lässt zu die Unterstellung, dass im Brok-Bericht behauptet wird, dass das von dir intendierte, nämlich die angeblich deutschsprachigen Minderheiten besonders nunmehr unter Schutz zu stellen, auch erwähnt werden. Das ist eben nicht der Fall. Diese Unkorrektheit behindert uns natürlich auch, diesem Antrag beizutreten, weil ich auch sagen muss, wenn es in der Antragsformulierung heißt, und das passiert immer wieder, dass die Regierung aufgefordert wird, dass im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Slowenien sichergestellt werden möge. Nehmen wir bitte zur Kenntnis, die Beitrittsverhandlungen sind am 12. und 13. Dezember des vergangenen Jahres in Kopenhagen abgeschlossen worden. Was wir jetzt zu tun haben in den Parlamenten der europäischen Staaten, der Mitgliedsstaaten, und im Europaparlament ist die Ratifizierung jener Ergebnisse der Verhandlungen, die derzeit im Februar, also jetzt gerade, zu Papier gebracht werden, die dann in einem Monat im Europäischen Parlament behandelt werden und dann ab April bei uns im Österreichischen und in allen anderen nationalen Parlamenten zur Beschlussfassung anstehen. Am Inhalt haben wir hier weder etwas zu deuteln, noch an Beistrichen beizufügen, wegzutun. Da läuft nichts mehr. Wenn ich also jetzt den Eindruck erwecke mit einem Entschließungsantrag, hier könnten wir noch etwas tun, dann muss ich sagen, erstens das Europäische Parlament hat sich dazu entschlossen, im Brok-Bericht festzuhalten, dass Slowenien mit den Rechten der Minderheiten (mit Ausnahme derer der Roma) durchaus zufrieden stellend umgeht und umso weniger haben wir Anlass, uns hier nunmehr im Steiermärkischen Landtag über die Erkenntnisse des Europäischen Parlaments hinausgehend noch einmal zu befassen, umso mehr als die Verhandlungen eben schon abgeschlossen sind. Wir können daher also diesem Antrag sicherlich nicht beitreten. (Beifall bei der SPÖ. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Gross (15.51 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben in einer Unterausschusssitzung zur Novellierung des Sozialhilfegesetzes folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag zum vorliegenden vierten Vierteljahresbericht über den Stand der Europäischen Integration als einen Vierparteiantrag formuliert und ich darf ihn einbringen. Er liegt Ihnen im Prinzip vor und ich darf somit nur sagen:

Im vorliegenden Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration wird auf die Asyl- und Einwanderungspolitik der Europäischen Union näher eingegangen. In Österreich wurden in den letzten zwei Jahren intensive Verhandlungen zwischen den Flüchtlingsbeauftragten der Länder, den Vertretern und Vertreterinnen des Bundesministeriums für Inneres und dem Finanzministerium zur Ausarbeitung einer Artikel-15 a-Vereinbarung, betreffend Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, geführt.

Sowohl in der Landeshauptmännerkonferenz am 12. Juni 2002 als auch in der Landesfinanzreferentenkonferenz vom 25. September 2002 wurde dem vorliegenden Entwurf die Zustimmung erteilt. Auch die Landessozialreferentenkonferenz hat sich für eine Artikel-15 a-Vereinbarung ausgesprochen.

Deshalb darf ich den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an den Bund heranzutreten, dass die vorliegende Artikel-15 a-Vereinbarung, die die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde zum Gegenstand hat, umgehend beschlossen wird sowie zweitens an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, dass dieser die erforderliche personelle Vorsorge trifft, dass entsprechend dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit und unter Berücksichtigung der Menschenrechte die Abwicklung von Asylverfahren unter Einhaltung der Mindestgarantien im Asylverfahren, wie zum Beispiel Information, Berufungsrecht, Aufenthaltsrecht bis zur endgültigen Entscheidung möglichst effizient erfolgt. Ich ersuche um Abstimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 15.54 Uhr.)

Präsident: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1189/1, das ist der Tagesordnungspunkt 14, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1190/1, das ist der Tagesordnungspunkt 15, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Danke und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration, das ist der Tagesordnungspunkt 15, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2002 über den Stand der Europäischen Integration zu Tagesordnungspunkt 15 ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen.

Jetzt müssen wir zählen und stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 16 und 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

16. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 259/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in der Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.55 Uhr): Herr Präsident!

Es geht hier um den Antrag betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in der Steiermark. Mit diesem hat sich der Verfassungs-Ausschuss in zwei Sitzungen am 24. April 2001 und 4. Februar 2003 befasst. Es gab diesbezüglich einen Unterausschuss und es wurden mit Verordnung der Bundesregierung vom 1. Februar 2002 zwölf Bezirksgerichte in der Steiermark zusammengelegt. Sie trat mit 1. Juli 2002 in Kraft und gegenüber dem Vorschlag des Justizministers vom 13. August 2001 konnten durch Verhandlungen in der Steiermark acht Standorte gesichert werden.

Ein Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung, mit der die Bezirksgerichte-Verordnung Steiermark geändert wird, sah weiters vor, dass bisher vom Bezirksgerichtssprengel Graz umfasste Gemeinden, acht an der Zahl, an das Bezirksgericht Frohnleiten angegliedert wurden. Hintergrund der Zusammenlegung ist die Umsetzung einer Gerichtsorganisationsreform zur Schaffung bundesweit vergleichbarer Bezirksgerichtsstrukturen sowie zur Gewährung eines Mindestmaßes an Spezialisierung im Richterbereich und einer damit einhergehenden besseren Rechtsversorgung der Bevölkerung.

Gemäß der seit 1. Juli 2002 geltenden Bezirksgerichte-Verordnung verbleiben in der Steiermark 23 Bezirksgerichte.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses betreffend den Antrag, Einl.-Zahl 259/1, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (15.58 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 403/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Rieder, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Schleich und Stöhrmann, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von steirischen Gendarmerieposten.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (15.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 403/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Rieder, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Schleich und Stöhrmann, betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von steirischen Gendarmerieposten, liegt ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit vor.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seinen Sitzungen am 11. September 2001, am 9. April und am 5. November 2002 sowie am 4. Februar 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der vom Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit eingesetzte Unterausschuss hat über den Antrag der oben genannten Abgeordneten beraten. Das Sicherheitskonzept des Innenministeriums vom 20. Juni 2001 für das Bundesland Steiermark sieht die Zusammenlegung von 24 statt der ursprünglich 47 vom Landesgendarmeriekommando vorgeschlagenen Gendarmerieposten vor. Die Umsetzung der Zusammenlegung der Gendarmerieposten startet im Herbst 2001. Die Dienststellenstrukturanpassungen erfolgten unter dem Aspekt, im gesamten Zuständigkeitsbereich der Bundesgendarmerie ein flächendeckendes Sicherheitsnetz zu garantieren. Um die Sicherheit der Bevölkerung im hohen Maß zu garantieren, war der Grundsatz ausschlaggebend, die Region mit möglichst einsatzkräftigen Gendarmerieposten zu versehen, was bedingt, dass eine gewisse Dienststellengröße nur in begründeten Ausnahmefällen unterschritten werden soll. Der Erhaltung des Standards der Qualität des öffentlichen Sicherheitsdienstes, für die auch der Anteil der Außendienstpräsenz ein wesentlicher Indikator ist, wird höchste Priorität eingeräumt. Im Jahre 2005 wird die Dienststellenstrukturanpassung 2001 der Bundesgendarmerie abgeschlossen sein und der Stand an Gendarmerieposten in der Steiermark wird 135 betragen. Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 403/1, der vorhin genannten Abgeordneten betreffend die geplante Schließung und Zusammenlegung von steirischen Gendarmerieposten wird zur Kenntnis genommen. (16.01 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es liegen mir eine Reihe von Wortmeldungen vor, beginnend mit Herrn Abgeordneten Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (16.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren!

Zu dieser ganzen Problematik der Schließung von Bezirksgerichten, Schließung von Gendarmerieposten, Schließung von Finanzämtern wurde vom Landtag ein Unterausschuss eingerichtet. Es war so, dass wir die erste Unterausschusssitzung am 27. Juni 2001 schon gehabt haben, obwohl unser Antrag am 20. März 2001 eingebracht wurde. Daraufhin hat sich überhaupt nichts gerührt, so dass ein Jahr verstrichen ist, bis die nächste Unterausschusssitzung stattgefunden hat und diese war am 12. Juni 2002. Es ist fast ein Jahr vergangen und in diesem Jahr ist eigentlich die Sache gegessen gewesen, denn die Bundesregierung hat am 1. Februar 2002 einen Beschluss gefasst, diese Bezirksgerichte, Gendarmerieposten zu schließen. Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass diese Unterausschusssitzungen gezogen und nicht einberufen wurden, damit man der Bundesregierung in Wien freie Bahn verschafft, damit sie einsparen, kürzen und schließen kann, wie es ihr passt. Die Steiermark hat in dem Fall versagt und durch das Nichthandeln der ÖVP im Steiermärkischen Landtag sind dem Landtag auch alle Möglichkeiten genommen worden, dementsprechend in Wien zu argumentieren und gegen diese Schließungen aufzutreten. Es ist natürlich auch für uns als Abgeordnete schon ein bisschen deprimierend, wenn man erkennen muss, dass wir uns zwar für die Bevölkerung einsetzen, aber wenn eine Partei die Mehrheit und die Macht in diesem Land hat, das einfach verhindern und verzögern kann. Schlussendlich stellt sich gerade bei den Bezirksgerichten natürlich auch die Frage, was bringt das Ganze außer Schließungen? Es hat einiges gebracht, und zwar einiges an finanziellen Aufwendungen, die in diesem Bereich durch Sanierungen und so weiter notwendig waren. In der Summe von dem, was alles in der Steiermark passiert ist, sind das 1,84 Millionen Euro gewesen. Es hat daher den Anschein, als ob Geld doch keine Rolle spielt, weil sonst muss überall gespart werden, aber hier können wir investieren, nur weil einfach zusammengelegt werden soll. Was es natürlich noch gebracht hat und deswegen regen wir uns auch so auf, ist eine Ausdünnung der Regionen. Ich denke an den Bezirk Deutschlandsberg: Wir haben drei Bezirksgerichte, drei Standorte, jetzt haben wir zwei und noch dazu ist einer in Eibiswald geschlossen worden, wo wir ohnehin darum kämpfen, dass die Abwanderung hintangehalten

werden kann. Gerade dort hat man den Gerichtsstandort geschlossen und in Stainz lässt man das offen. Das ist für uns unverständlich, verehrte Damen und Herren. Was bringt es für die Bevölkerung noch dazu? Natürlich nur Erschwernisse. Wenn die Leute heute weiter fahren müssen, bis zu 70 Kilometer, um zu einem Bezirksgericht zu kommen, dann bringt das natürlich vermehrte Kosten, ob das jetzt die Wegegebühren für die Gerichtsvollzieher sind, ob das jetzt die Kosten für die auswärtigen Rechtsanwälte sind und so weiter. Aus all diesen Gründen können wir uns auch damit nicht abfinden. Wir verstehen nicht, dass die ÖVP-Regierer und Frau Landeshauptmann immer wieder behauptet haben, und da gibt es ein ganzes Paket an Pressemitteilungen, es kommt zu keinen Schließungen, nur wenn ich zustimme, hat Frau Landeshauptmann gesagt. Schlussendlich hat Herr Minister in Wien gewonnen und das tut uns weh und das wollen wir der Bevölkerung auch einmal zeigen. Deshalb werden wir auch diesem Ausschussantrag nicht zustimmen und bringen einen eigenen Unselbstständigen Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 16 und zum Tagesordnungspunkt 17 ein. Der Begründungstext liegt Ihnen vor und ich habe ihn schon in kurzen Worten dargestellt. Ich lese daher nur mehr den Antrag vor. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft alles zu unternehmen, um die weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes zu stoppen, Maßnahmen zu setzen, um die steirischen Regionen zum Beispiel durch den Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zu stärken und in Zukunft alles zu unterlassen, was der weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes Vorschub leisten könnte, so zum Beispiel keine Zustimmung zu weiteren Schließungen von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und Postämtern sowie keine Zustimmung zu Versuchen, steirische Standorte von Finanzämtern zu gefährden. Der Begründungstext des Unselbstständigen Entschließungsantrages liegt Ihnen ebenfalls vollinhaltlich vor. Ich verlese auch hier nur mehr den Antrag. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft alles zu unternehmen, um die weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes zu stoppen, Maßnahmen zu setzen, um die steirischen Regionen zum Beispiel durch den Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zu stärken und in Zukunft alles zu unterlassen, was der weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes Vorschub leisten könnte, so zum Beispiel keine Zustimmung zu weiteren Schließungen von Gendarmerieposten, Bezirksgerichten und Postämtern sowie keine Zustimmung zu Versuchen, steirische Standorte von Finanzämtern zu gefährden. Ich ersuche um Unterstützung dieser beiden Entschließungsanträge. (Beifall bei der SPÖ. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Hamedl. Danach Herr Abgeordneter Lafer.

Abg. Hamedl (16.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich ausschließlich auf die Gendarmerieposten konzentrieren und einiges dazu sagen, weil ich im Unterausschuss nicht dabei war. Als Insider der Exekutive kann ich vielleicht ein paar Dinge in das rechte Licht rücken, Herr Kollege. Ihr habt dabei einiges übersehen und darüber möchte ich jetzt sprechen. Das Aufgabengebiet, meine Damen und Herren, der Exekutivbeamten ist in den letzten Jahren umfangreicher und schwieriger geworden. Ich glaube, da werden Sie mir Recht geben. Es wird von uns mehr Flexibilität, Anpassung und vieles mehr gefordert. Auf der anderen Seite haben wir aber eine Behördenstruktur, die nach der Jahrhundertwende eingeführt wurde. Ich frage Sie daher, wie passen diese beiden Dinge zusammen? Ich meine daher, dass Veränderungen notwendig sind. Wo ich Ihnen ganz sicher auf Grund der vermehrten Arbeit, die die Exekutive hat, Recht gebe, ist, dass es zu keiner weiteren Reduzierung von Planstellen im Außendienst kommen darf. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass 47 Posten zur Schließung vom ehemaligen Landesgendarmeriekommandanten selbst vorgeschlagen wurden, gesperrt werden 24. Ich glaube auch, dass wir hier einen Erfolg haben. Was hat die Zusammenlegung gebracht? Es bringt erstens einmal eine Verwaltungsvereinfachung, eine Kostenersparung und auch mehr Sicherheit (Abg. Stöhrmann: „Gleich wie bei der Ambulanzgebühr?“), lieber Kollege Stöhrmann, für unsere Kollegen. Ich spreche jetzt nicht über die Ambulanzgebühren, sondern ich spreche jetzt über die Gendarmerie und über die Polizei. Herr Kollege, eine Zusammenlegung von Gendarmerieposten heißt nicht unbedingt eine Verschlechterung der Sicherheitslage, sondern die Sicherheitslage wird dadurch verbessert. Wir brauchen die Beamten auf der Straße, und nicht in den Dienststellen. Ich nenne jetzt ein Beispiel: Wir haben zum Teil doppelt verwaltet. Wir haben eine Gruppe A und eine Gruppe B im Ministerium gehabt. Beide Schienen haben ganz genau das Gleiche gemacht. Das wurde jetzt bereinigt. Es gibt jetzt keine Gruppe A und Gruppe B mehr im Ministerium. Es gibt nur eine Gruppe für die Exekutive insgesamt. Das Paradeunternehmen McDonald hat weltweit nur eine Führungsspitze, und nicht mehrere. Ein bisschen was zu Ihrer Auffrischung: Einige Minister vor Strasser, und das waren SPÖ-Minister, haben die Reformen auch als notwendig erachtet. Leider ist dann vom Reformwillen nicht sehr viel übrig geblieben.

Und zur Zusammenlegung der Gendarmerieposten noch einmal: Von 1990 bis 1999 wurden allein in Niederösterreich von der SPÖ 55 Gendarmerieposten gesperrt. Ich will aber nicht immer nur das Negative ansprechen. Ich will Ihnen jetzt sagen, was sich positiv verändert hat, seit unsere Regierung im Amt ist:

Erstens: Es gibt ein gemeinsames Bildungszentrum für Gendarmerie und Polizei.

Zweitens: Es gibt eine gemeinsame Kfz-Werkstätte.

Drittens: Wir haben einen zentralen Uniformeinkauf und -abgabe.

Viertens: Die Sondereinheiten wurden zusammengeführt. Es gibt jetzt in mehreren Standorten die Kobra.

Fünftens: Das Bundesamt für Verfassung und Terrorismusschutz wurde geschaffen.

Sechstens: Das Bundeskriminalamt wurde errichtet. Und mit 1. September 2002 wurden 300 Kollegen mehr aufgenommen.

Es hat noch nie so viele Beamte im Außendienst gegeben als im Jahre 2001.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt noch einige Dinge aufzählen, aber das würde auch den Rahmen sprengen. Ich darf nur sagen, Reformen bedeuten zwar etwas Neues und bringen vielleicht im ersten Moment immer Unsicherheit. Es heißt aber damit nicht weniger Sicherheit für die Bevölkerung und für unsere Kollegen. Und die meisten Kollegen, meine Damen und Herren, tragen unsere Reformen auch mit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer, danach Dirnberger.

Abg. Lafer (16.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man sich hier mit zwei Anträgen befasst, die sich zum einen mit der Schließung der Bezirksgerichte und zum anderen mit der Schließung der Gendarmerieposten befasst, dann gäbe es hier irrsinnig viel zu sagen. Auf Grund meiner Tätigkeit bei der Gendarmerie und bei der Exekutive bin ich natürlich hier bestens informiert und möchte aber nicht jene vor den Kopf stoßen, die zwar den Inhalt des Antrages kennen, sich jedoch nie näher mit der Thematik befasst haben, was auch wirklich dahinter steht. Wenn ich mir allein die Anführungen des Kollegen der SPÖ anhöre, wie er hier bejammert, dass diese Anträge nicht behandelt worden seien, dann soll er sich einmal zumindest zurückerinnern, was in 30 Jahren SPÖ-Regierung passiert ist, die das ganz gleiche Spiel gespielt haben. Wenn etwas brisant war und etwas wichtig war und es das eigene Team betroffen hat, dann hat man es hinausgezögert auf den Sankt-Nimmerleins-Tag und erst dann, wenn die Geschichte vorbei war, wurde sie durchgezogen. Und genauso, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es auch hier bei den Gendarmerieposten und bei den Bezirksgerichten. Hier war und ist ein vernünftiger Ansatz in Bezug auf Reformen getroffen worden, die eine FPÖ- und ÖVP-Regierung durchgeführt hat, die natürlich auch beinhaltet, dass es zu Maßnahmen kommen muss. Maßnahmen, die den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz, der Sparsamkeit Ausdruck geben müssen und hier auch für die Bevölkerung wahrnehmbar sein müssen. Und wenn man sich hier das ansieht bei den Gendarmerieposten, dann hat es auch hier geheißen, dass man sich dem Wandel der Zeit stellen muss und vor allem auch dem Fortschritt Rechnung tragen muss. Das bedeutet auch, dass man sich mit dem System auseinander zu setzen hat und dass man sich hier Gedanken machen muss, was können wir besser machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeiten, wo wir ins System Geld hineinpulvern konnten, ohne dabei zu überdenken und zu überlegen, was es uns wert ist, sind vorbei. Es müssen hier gezielt die finanziellen Einsätze und auch die anderen Einsätze getroffen werden, um hier ein sehr gutes Ergebnis zu erzielen. Und wenn wir es uns genau betrachten, was die Gendarmerieposten und auch die Polizeidienststellen betrifft, so muss man schon sagen, dass hier von SPÖ-Innenministern im Jahre 1995 und 1996 die meisten Dienststellen geschlossen worden sind, die meisten Beamten eingespart worden sind und auch zu dieser Zeit eine neue Dienstzeitregelung in Kraft getreten ist, die natürlich auf Grund dieser Voraussetzungen dazu geführt hat, dass die Art der Dienstverrichtung eine andere geworden ist. Und auf Grund dieses Ansatzes, den ich nicht einmal als negativ bezeichnen möchte, war es erforderlich, dass man hier auch Umstellungen vorgenommen hat. Diese Aufgabe wurde von den roten Innenministern nicht mehr gemacht. Das heißt, dass die neue Bundesregierung, die hier angetreten ist, diese Aufgabe zu vollenden hatte. Es ist nicht immer leicht, mit all jenem einverstanden zu sein, wenn hier irgendwo etwas zugesperrt wird.

Aber ich kann Ihnen zumindest an zwei Beispielen erklären, dass es hier notwendig ist. Wenn man sich anschaut, in Bad Radkersburg alleine gibt es zwei Dienststellen in einem Haus und hier hat man beide Dienststellen zusammengelegt. Das bedeutet auch, dass wir uns hier eine Führungsstruktur eingespart haben. Für die Bevölkerung hat sich hier aber schon gar nichts verändert.

Beispiel zwei: Gratkorn und Gratwein sind zwei große schöne Städte, Ortschaften, und hier liegen zwei Gendarmerieposten. Dass man diese beiden zusammengeführt hat oder zusammenführt, wie es in der nächsten Zeit bevorsteht, ist für mich eindeutig und klar. Für die Bevölkerung spielt es keine Rolle, wo die Dienststelle steht, sondern sie muss erreichbar sein. Und wenn man heute davon ausgeht, dass sie mit dem Auto erreichbar sein muss, dann irrt man komplett. Heute spielt die Technologie des Telefons, des Handys, eine derartig große und wesentliche Rolle, dass wir den Begriff des Autos nicht mehr in den Mund nehmen müssen.

Die zweite Seite, die hier auch angesprochen worden ist, ist die Schließung der Bezirksgerichte, und zwar diese Reform, die auch vom Bundesminister Böhmdorfer – und ich behaupte hier sehr erfolgreich – durchgeführt worden ist. Die alte Struktur, die es damals gab, begründet sich aus der Zeit von 1848, in einer Zeit, wo Pferdekutschen und Ochsespanne die gängigen Verkehrsmittel waren. Damals hat es geheißen, es sollte ein Bezirksgericht nur so weit entfernt liegen, damit man es in einer Eintagesreise erreichen kann. Wie sich die Zeiten von 1848 bis 2002 verändert haben, brauche ich Ihnen nicht zu erklären, das haben Sie selbst und bestens mitbekommen. In der Steiermark standen wir vor der Situation, dass es in 17 steirischen Bezirken 35 Bezirksgerichte gab, jedoch nur 20 Bezirksverwaltungsbehörden. Und allein diese Tatsache muss einem schon sagen, dass hier etwas nicht stimmt. Auf Grund von Statistiken, meine Damen und Herren, ist es auch nachweisbar, dass eine Bezirksverwaltungsbehörde viel öfter aufgesucht wird als ein Bezirksgericht. Bei einem Bezirksgericht sagt man, dass eine Person im Leben einmal ein Bezirksgericht aufsucht. Bezirksbehörden werden wesentlich öfter aufgesucht. Und deshalb, weil mit dieser Zusammenführung der Bezirksgerichte und mit einer neuen Struktur-

reform wesentliche Fortschritte gefunden worden sind, ein wesentlich besseres Service für die Menschen hier in Österreich und in der Steiermark besteht, mussten wir auch diesen Schritt machen. Das heißt Reform, das heißt besseres Service, das heißt bessere Qualität. Und hier müssen wir sagen, dass wir der Reformregierung der FPÖ und ÖVP hier ein besonderes Lob aussprechen müssen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Fehler aus der vergangenen Regierung gutmachen müssen, wir haben auf Grund dieser Aufgaben und auf Grund neuer bestehender Aufgaben andere Aufgaben übernommen. Die Zeit war zu kurz, schade. Aber ich bin überzeugt davon, das war die Reformregierung in den letzten Jahren in dieser Republik. Und Sie werden sehen, sollte es nochmals zu einer solchen kommen, der Weg wird besser. (Beifall bei der FPÖ. – 16.19 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung der Herr Abgeordnete Dirnberger, danach der Herr Abgeordnete Stöhrmann.

Abg. Dirnberger (16.19 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich auch kurz zu diesen beiden Tagesordnungspunkten zu Wort melden, vor allem zu diesen Entschließungsanträgen als Unterausschussvorsitzender. Grundsätzlich mit dem Antrag selbst könnten wir uns ja eigentlich einverstanden erklären, wenn nicht einige doch so provokante und polemische Versuche drinnen wären. Vor allem die Begründung dieser Entschließungsanträge ist sicherlich mit Halbwahrheiten gespickt und ich bin das vom Kollegen Kröpfl gar nicht gewöhnt, der an sich doch ein sehr sachlicher und ruhiger Mensch ist, dass er hier so mit Halbwahrheiten argumentiert. Ich glaube, es ist uns allen bekannt, dass wir bei den Gendarmerieposten eigentlich direkt als Landtag und auch bei den Bezirksgerichten und schon gar nicht bei den Postämtern einen Einfluss nehmen können. Zu den Gendarmerieposten hat Kollege Hamedl schon erwähnt, dass eigentlich der rote Landesgendarmeriekommandant vorgeschlagen hat, 47 Gendarmerieposten zu schließen, geworden sind es dann doch nur 24. Bei den Gerichten hat es ursprünglich auch einen weiter gehenden Vorschlag gegeben, dass es in ganz Österreich 64 Gerichte nur mehr geben soll. Das hätte bedeutet, dass in der Steiermark nur mehr neun Gerichte vorhanden gewesen wären. Es ist dann doch gelungen, dass nur zwölf geschlossen wurden und 23 gibt es noch. Jetzt zum Antrag selbst: Es ist korrekt, dass am 13. Februar der erste Antrag bezüglich Finanzämter von der SPÖ gestellt wurde. Ich glaube, es ging um das Finanzamt Voitsberg. Dann sind zitterweise die Anträge hereingekommen. Wir haben dann einen Unterausschuss einberufen, weil der Antrag bezüglich Bezirksgerichte ist am 20. März gekommen. Wie das immer so ist bei der Installierung der Unterausschüsse, gibt man mehrere Termine vor und es gelingt nicht immer sofort. Bezüglich der Gendarmerieposten ist überhaupt am 20. Juni erst der Antrag gekommen und am 27. Juni haben wir dann einen Unterausschuss gehabt. Nur, dort war es so, als die SPÖ den Antrag gestellt hat, war das Konzept schon vorgelegt und beschlossen. Es ist Gott sei Dank von 47 auf 24 Schließungen hinuntergegangen. Es hat dann in weiterer Folge im darauf folgenden Jahr nach Einholen einiger Informationen eine weitere Sitzung gegeben. Wir haben uns dann im September 2002 darauf geeinigt, dass wir ausführliche Informationen zum Stand bezüglich Reformierung der Finanzämter einholen. Dort ist eindeutig herausgekommen, dass eine Reformierung dieser Finanzämter unumgänglich ist. Ob die sechs Wirtschaftsräume für die Steiermark das Gelbe vom Ei sind, ist offen geblieben. Wir waren uns alle einig, dass ein Wirtschaftsraum Liezen, Judenburg nicht sinnvoll ist. Es hat sich aber herausgestellt, dass es in der Zwischenzeit Versuchsräume gibt. In Oberösterreich gibt es einen Versuch und einen im Burgenland, einen weiteren in Hartberg. Im Ausschuss wurde vereinbart, dass man diese Versuche abwartet. Das wird heuer irgendwann Mitte des Jahres sein. Danach wird dieser Unterausschuss wieder die Arbeit aufnehmen. Wir haben auch vereinbart, dass dieser Unterausschuss vorerst abgeschlossen wird. Die SPÖ hat gemeint, man soll ihn ruhend stellen. Wir haben dann mehrheitlich gemeint, das ist nicht gescheit, wir schließen ihn ab. Siehe da, eine Woche später ist wieder ein Antrag von der SPÖ gekommen. Das war dann auch der Grund dafür, dass wir den Unterausschuss noch einmal aufleben haben lassen, weil gerade die SPÖ, die uns Verzögerungs- und Verschleppungstaktik vorwirft, erst wieder einen Antrag eingebracht hat. So haben wir jetzt schlussendlich am 8. Jänner eine letzte Sitzung gehabt, wo wir den Unterausschuss mit der Vereinbarung beendet haben, wenn von einer Fraktion noch einmal eine Verschiebung gewünscht wird, dann findet sie auch statt. Die hat auch stattgefunden. Jetzt bei der letzten Unterausschusssitzung war wieder eine Verschiebung. Wenn wer verschleppt, dann, glaube ich, ist es gerade die SPÖ. Ich kann diesem Text der Begründung in den Entschließungsanträgen in keiner Weise Folge leisten. Ich möchte noch ein Wort zu den Postämtern sagen: Es ist euch schon bewusst, dass die Privatisierung der Postämtern damals ein roter Verkehrsminister beschlossen hat. Privatisierung heißt, dass es keine staatlichen Garantien mehr gibt. Privatisierung heißt, dass das Unternehmen Gewinne einfahren muss. Ich habe mir das bei meinem eigenen Postamt angeschaut. (Abg. Stöhrmann: „Im Jahr 2000 ist die Strukturreform gekommen, und da war kein Roter. Das musst du dir vor Augen halten!“) Bei diesen Umsatzzahlen der Postämter ist es leider schmerzhaft aber wahr, dass Postämter geschlossen werden müssen. Das Postamt in meiner Gemeinde ist auch geschlossen worden.

Ich hoffe, dass die Post die richtigen Schritte setzt, denn eines ist noch gewährleistet: Jetzt fährt die Post noch täglich hinaus in die ländlichen Gebiete. Sollte das finanziell nicht mehr möglich sein, dass vielleicht neue Partner kommen, dann bin ich mir nicht mehr sicher, dass der ländliche Raum tagtäglich mit der Postzustellung versorgt wird. Bezüglich der technischen Änderung und Weiterentwicklung wissen wir auch, dass das natürlich auch der Post zu schaffen macht. Mit den ersten Punkten dieser Anträge könnten wir leben, aber die Begründung der Anträge ist sehr provokant und halbwahr. Aus diesem Grund müssen wir diese beiden Entschließungsanträge ablehnen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort. Danach in Vorbereitung Herr Abgeordneter Prattes.

Abg. Stöhrmann (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Vorweg eine Feststellung: Man kann etwas noch so oft beteuern und noch so oft drehen und wenden, wie man es will. Es kommt trotzdem nichts anderes dabei heraus, als dass Dinge passiert sind, die für die Bevölkerung nicht gut sind, die für dieses Land nicht gut sind. Zum Zeithorizont: Am 20. März 2001 wurden diese gegenständlichen Anträge eingebracht. Am 3. April 2001 wurden sie zugewiesen. Nunmehr, fast zwei Jahre später, kommen sie in dieses Haus. Wenn Parteien, die die Macht in diesem Hause besitzen, mit ihrer Macht allein nicht mehr weiterkommen, dann greifen sie zu Geschäftsordnungstricks, um Dinge zu verzögern. Ich frage jetzt Frau Landeshauptmann, obwohl sie jetzt nicht da ist, ob das ihr Verständnis von Demokratie ist. Sie, die sie dieses Land und die Menschen darin angeblich so sehr liebt, ist nicht imstande, Abläufe zu beschleunigen, die den Menschen in diesem Land dienen. Ich finde das traurig. Ich finde es aber auch traurig, wenn Herr Kollege Hamedl Selbstverleugnung betreibt und die Impertinenz besitzt, von Einsparungen zu sprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fakten dazu: Noch am 17. November 2001 hat Landesrat Schützenhöfer Böhmendorfers Schließungspläne von Bezirksgerichten als Bazarmethoden bezeichnet. Nachdem auch die ÖVP im Land umgefallen ist und es zu diesem unglückseligen Beschluss in der Bundesregierung gekommen ist, ist dieses neue Gesetz mit 1. Juli in Kraft. Nun zu den Einsparungen, Kollege Hamedl, ein paar Dinge: Das Geld wurde in diesem Zusammenhang nicht eingespart, sondern scheinbar überhaupt abgeschafft. Umbau Gerichtsgebäude Schlading 145.000 Euro. Ein Jahr vor der Schließung des Bezirksgerichtes Gröbming wurde das Gerichtsgebäude um 150.000 Euro saniert. Das Gerichtsgebäude des Bezirksgerichtes Irnding – Sie kennen diese Zusammenlegung, die im Ennstal genug Staub aufgewirbelt hat – wird um 1,4 Millionen Euro generalsaniert. Das war notwendig, weil Bad Aussee und Irnding zusammengelegt wurde. Ein Schmankele dazu: Die Zusammenlegung musste auf den 31. Dezember 2003 verschoben werden, da sonst die Beamten in einem Gasthaus in Irnding ihren Dienst versehen müssten. Außerdem wurde vor ein paar Jahren in Bad Aussee ein neuer Lift um 145.000 Euro eingebaut. Summa summarum: 1,084.000 Euro, insgesamt 25,3 Millionen Schilling. Da reden Sie von Einsparungen bei den Gendarmerieposten? Auch dazu ein Beispiel: Der Gendarmerieposten in Mitterdorf im Mürztal in meiner Heimatgemeinde wurde vor einigen Jahren um über 2,5 Millionen Schilling generalsaniert, um- und ausgebaut, um bei eventuellen Auflassungen den kleineren Posten aus Veitsch mit beherbergen zu können. Jetzt wird aus politisch motivierten Gründen der Gendarmerieposten in Mitterdorf geschlossen und in Veitsch wird man wahrscheinlich neu investieren müssen, um diese Personen überhaupt unterzubringen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Einsparungen, wie Sie sie meinen. Das sind aber keine Einsparungen. Das heißt Steuergeld verschleudern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es geht noch weiter: Wir haben heute hier in seltener Einmütigkeit unter Punkt vier gemeinsam Entschließungsanträge und Anträge beschlossen bezüglich Alkoholkonsum von Jugendlichen. Und dieser Entschließungsantrag hatte auch den Inhalt, die Exekutive möge ihren Aufgaben mehr als bis jetzt gerecht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme noch einmal Mitterdorf als Beispiel. Es gibt dort eine Landesberufsschule. Es gibt eine forstliche Ausbildungsstätte mit angeschlossenem Internat. Es gibt eine Volkshochschule, eine Hauptschule. Sehr viele Jugendliche bewegen sich in unserem Ort. Den Gendarmerieposten, den wir brauchen, um diese Resolution beziehungsweise diesen Entschließungsantrag, den wir heute einstimmig beschlossen haben, den wir brauchen, um diese Dinge überwachen zu können, den schließen Sie in Zukunft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht der Weg, wie wir ihn uns für dieses Land vorstellen. Wir wollen, dass die Gewalt der Exekutive bei der Exekutive bleibt, dass sie dementsprechend ausgestattet ist, nicht nur im sachlichen Bereich, sondern vor allem auch im finanziellen und im personellen Bereich und vor allem mit dementsprechenden Dienststellen versehen sind, die vor Ort für die Menschen vor Ort auch erreichbar sind. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes, bitte.

Abg. Prattes (16.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man hier heute zuschaut, mit welchen schönen Worten sowohl FPÖ als auch ÖVP zu erklären versuchen, warum Gendarmerieposten und warum Bezirksgerichte zugesperrt wurden, fällt mir sofort der Satz ein, wie mache ich aus einem Misserfolg, einer Niederlage einen Erfolg, denn Faktum – und daran können Sie sich nicht vorbeiswindeln – ist, Sie sagen statt 47 Gendarmerieposten wurden nur 24 zugesperrt, statt 20 Bezirksgerichte wurden nur zwölf zugesperrt. Zugesperrt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und in den Anträgen steht so verschämt, zusammengelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass etwas zusammengelegt wird, was ausradiert, was zerschlagen wird. Und wenn der Kollege Hamedl so sehr den Einsparungseffekt erwähnt und im Zusammenhang von Gendarmerie und Gerichten, McDonalds in den Mund nimmt, dann möchte ich überspitzt formulieren, man müsste den Menschen sagen, die vor Ort, ich darf als Beispiel Wald am Schoberpaß nennen, wo es keine Gendarmerie mehr gibt, wo es keine Post mehr gibt, wenn die auf die Gendarmerie warten, dann sage, warte auf die Gendarmerie und iss inzwischen einen Hamburger, wenn es dort einen McDonalds gäbe. Aber so einfach, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf man es sich nicht machen. Man kann, wenn es um die

Sicherheit der Bevölkerung geht, nicht davon sprechen, wir sparen bei der Verwaltung, die Beamten sind auf der Straße. Wo sind denn diese Beamten, wenn sie 30, 40 Kilometer vom ursprünglichen Einsatzgebiet weg sind, wenn etwas passiert? Ich nehme an, Sie wissen, dass Wald am Schoberpaß unter anderem an einer Autobahn liegt, dass es ein Schigebiet ist, dass ein großes Gebiet zu überwachen war. Dann müssen Sie den Menschen erklären, es ist viel sicherer, wenn wir Gendarmerieposten zusammenlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Argument sparen! Da darf ich ein Beispiel erzählen und da kontaktierst du dich, lieber Kollege Hamedl, selber. Du hast die Zentralwerkstätte genannt und das ist so groß lobend erwähnt worden. Dann darf ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen nur sagen, es war in Leoben bei der Bundespolizeidirektion eine sehr, sehr gut eingerichtete Werkstätte, wo alle Polizei- und alle Gendarmeriefahrzeuge gewartet und was man in derartigen Werkstätten reparieren kann, repariert worden sind. Wissen Sie, was jetzt los ist? Jetzt müssen diese Fahrzeuge, die zentral, der ganze Bezirk Leoben, Gendarmerie und Polizei bei der Werkstätte in Leoben waren, nach Graz fahren. Da ist das Fahrzeug einen ganzen Tag, wenn es an einem Tag repariert werden kann, weg. Es ist einen Tag weg der Mensch, der das Fahrzeug fährt, nicht verfügbar. Und da müssen Sie mir eines beantworten, das ist sparsam? Und jetzt sage ich noch etwas, damit man das Bild abrundet. Die Stadtgemeinde Leoben hat ein großes Werkstättengebäude und wollte ein Dienstleistungszentrum auch für Einsatzfahrzeuge entwickeln. Und wie das Leben so spielt, die ganze Geschichte hätte voriges Jahr inszeniert werden sollen, Sie wissen, welche Partei den Innenminister stellt. Der Bürgermeister der Stadt Leoben hat einen ÖVP-Mandatar ersucht, er möge doch beim Minister in Wien vorstellig werden und diesen Vorschlag, in Leoben diese Fahrzeuge, diese Einsatzfahrzeuge zu warten, näher bringen beziehungsweise zu überlegen. Das würde Synergien schaffen, das würde auch Zeitersparnis und vor allem Kostenersparnis bringen. Wissen Sie, was dieser Abgeordnete getan hat? Er hat gesagt, ich werde euch schon helfen, aber ich werde euch so helfen, dass ich dem Minister sage, kommt ja gar nicht in Frage, denn es könnte ja sein, dass irgendein privates Pkw-Unternehmen diese Fahrzeuge überprüfen und reparieren könnte. Wir wissen aber alle, dass auf Grund der Sicherheitseinrichtungen dieser Fahrzeuge, Kollege Hamedl, das weißt du, ja nicht eine öffentliche beziehungsweise private Pkw-Werkstatt an diesen Fahrzeugen arbeiten darf. Die Stadtgemeinde als hoheitlicher Betrieb hätte das gekonnt. Soweit zu Einsparungen und soweit zur Effizienz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin schon fertig. Mit der Sicherheit der Bevölkerung spielt man nicht. Und da nimmt es Ihnen niemand ab, dass man sagt, an der Verwaltung wird oder muss man sparen, wenn gerade dort, wo die Menschen ein Gefühl von Sicherheit bekommen, dass sie nämlich die Beamten, ob Gendarmerie oder Polizei, auf der Straße sehen, das wird ihnen vorenthalten und das ist nicht der Weg, der den Menschen in unserem Lande dient. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Schrittwieser. Herr Abgeordneter, bitte!

Abg. Schrittwieser (16.38 Uhr): Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

Nochmals zu dieser Zusperrorgie, die diese Bundesregierung in den letzten drei Jahren veranstaltet hat. Wir haben es ja heute schon gesagt, es waren ja nicht nur Gendarmerieposten, es waren 136 Postämter, wo sich jetzt die FCG, die christlichen Gewerkschafter, beklagen, dass tausende Briefträger arbeitslos werden, das ist doch eine logische Folge. Bei den Bezirksgerichten war es so, dass vor der Landtagswahl die Frau Landeshauptmann gesagt hat, mit mir wird man das nicht spielen, da wird kein Bezirksgericht zugesperrt, dann sind es halt nur zwölf geworden. Aber das ist jetzt gar nicht – Freunde – für mich die Frage. Dass ihr es nicht ernst genommen habt, in dieser Frage etwas zu tun und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, das beweist folgende Vorgangsweise. Wir haben unsere Anträge eingebracht für die Finanzämter am 13. Februar 2001, am 20. März die Bezirksgerichte und dann die Gendarmerieposten im Juni 2001. Dann ist ein gemeinsames Abklopfen einmal gekommen, wie die Positionen sind. Das war dann ein halbes Jahr später, nämlich die Finanzämter sind am 13. Dezember eingebracht worden, am 27. Juni. Am 3. Oktober habe ich dann dem Kollegen Lopatka einen Brief geschrieben und habe gesagt, lieber Freund, ihr erzählt mir immer, dass euch das alles so wichtig ist. Sollten wir nicht weiterkommen und Unterausschusssitzungen und Verhandlungen durchführen? Und dann muss ich sagen, hat der nächste Termin der zweiten Unterausschusssitzung, von Juni bis Juni, ist ein Jahr vergangen, bis man sich einmal herabgelassen hat, über die Frage Sicherheit vor Ort in den Regionen zu sprechen. Wisst ihr, was ich nicht verstehe? Edi, wenn du inzwischen das Telefon ein bisschen ausschaltest, horchst mir ein bisschen zu, Kollege Hamedl. Kollege Hamedl, höre mir ein bisschen zu. Meine Damen und Herren, jetzt ein paar Worte zum Kollegen Strohmeier: Er hat nicht gesagt, die Gendarmerieposten müssen zugesperrt werden. Er hat sich sogar öffentlich dagegen so geäußert, dass ihn der Minister hinausgeschmissen hat. Es hat vielleicht eine Rolle gespielt, weil er mit der Sozialdemokratie etwas zu tun hat. Das Nächste, meine Damen und Herren: Der Stand der Exekutive ist 2001 und 2002 auf den Stand von 1990 zurückgegangen. Wir wissen, dass die Frage der Sicherheit in der Öffentlichkeit immer skeptischer betrachtet wird. Wir wissen aus den Berichten, dass die Aufklärungsquoten bei der Kriminalität jährlich zurückgehen – offenbar interessiert euch das nicht. Ich nenne ihn jetzt schon Unsicherheitsminister, weil Innen- und Sicherheitsminister passt nicht, indem er das macht, was er tut. Weil du gesagt hast, er spart einen Sektionschef ein: Es hat vier Sektionschefs gegeben. Am Beginn seiner Amtszeit hat er wieder einen dazugegeben, es waren somit fünf. Dann hat er, um irgendwo nach außen hin eine Scheinaktion zu machen, wieder auf vier reduziert. Ich frage mich daher, wo gibt es hier eine Einsparung? Du weißt, Kollege Hamedl, dass die Kriminalität steigt und die Aufklärungsquote sinkt. Ich verstehe aber nicht, dass ihr euch nicht endlich einmal als steirische Abgeordnete in die Position eines Steirers begeben. Ich erinnere euch daran,

dass ihr von den Steirerinnen und Steirern gewählt wurdet und endlich für die Interessen dieses Landes einzutreten habt und endlich einmal aufhört, dieser leidigen Bundesregierung die Stange zu halten. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Sicherheitspolitik ist keine Frage der Parteipolitik. Da geht es darum, dass die Sicherheit dieses Landes erhalten bleibt oder erhöht wird. Ich glaube, es kann gar nicht so etwas Fürchterliches passieren, wenn ihr einen Auftrag habt von Frau Landeshauptmann oder von Herrn Bundeskanzler, auch wenn es für uns noch so schlecht ist, wo ihr euch hinstellt und sagt, Gott sei Dank, sind wir froh, dass sie uns das auch noch angetan haben. Das ist beim Verkehr so, das ist in der Wirtschaft so, das ist bei der Sicherheit so. Ich meine daher, dass ihr endlich wieder einmal selbstständig werden solltet und endlich einmal solche Abgeordnete, als die ihr nämlich gewählt wurdet, nämlich frei gewählte Abgeordnete. Legt endlich einmal euer Parteimanterl ab und setzt euch für das ein, wofür ihr gewählt wurdet. Das wäre sehr wichtig für die Menschen in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, dass ihr alle wieder euer Mandat wollt. Vielleicht bekommt ihr es so auch. Ich würde mir wünschen, dass ihr selbstständiger werdet und mit aufrichtigem Gang durch das Land geht, und nicht ständig euch von Wien erzählen lasst, was in der Steiermark zu tun ist. Das haben wir in den 30 Jahren auch nicht gemacht, als wir einen SPÖ-Kanzler hatten. Wenn es um die Interessen des Landes gegangen ist, haben wir uns für die Interessen auch eingesetzt, und nicht für solche, die von Wien gekommen sind. (Beifall bei der SPÖ. – 16.44 Uhr.)

Präsident: Es liegt dazu keine weitere Wortmeldung vor. Meine Damen und Herren, wir schreiten zur Abstimmung. Herr Abgeordneter Schrittwieser hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

Abg. Schrittwieser (16.44 Uhr): Meine Damen und Herren, ich habe etwas vergessen. Frau Kollegin Zitz hat um eine punktuelle Abstimmung der beiden Entschließungsanträge gebeten. Ich werde damit das beantragen und werde gerne zustimmen. Danke! (16.44 Uhr.)

Präsident: Wir kommen damit zur Abstimmung: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Bericht-erstatte-rin zur Einl.-Zahl 259/1, das ist der Tagesordnungspunkt 16, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Beim Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten, wurde um eine punktuelle Abstimmung gebeten. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft alles zu unternehmen, um die weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes zu stoppen. Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung fest.

Nächster Punkt: Maßnahmen zu setzen, um die steirischen Regionen zum Beispiel durch den Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zu stärken. Wenn Sie diesem Absatz zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nächster Absatz: In Zukunft alles zu unterlassen, was der weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes Vorschub leisten könnte, zum Beispiel keine Zustimmung zu weiteren Schließungen von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und Postämtern sowie keine Zustimmung zu Versuchen, steirische Standorte von Finanz-ämtern zu gefährden. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 403/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Schließung und Zusammenlegung von Gendarmerieposten, ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 18 bis 20 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1158/1, betreffend die Auflassung der L 288 Mühlteichstraße von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,780 in einer Länge von 780 Meter im Gemeindegebiet von Studenzen, politischer Bezirk Feldbach.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferst. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (16.48 Uhr): Herr Präsident!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Auflassung der L 288 Mühlteichstraße in einer Länge von 780 Meter im Gemeindegebiet von Studenzen, Bezirk Feldbach. Die laufenden Änderungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bewirken auch nachhaltige Veränderungen der Verkehrsstruktur einzelner Landesstraßen. Das Landesstraßennetz der Steiermark muss daher immer wieder den geänderten Funktionen und Verkehrsverhältnissen angepasst werden. Landesstraßen, die ihre Funktion verloren haben, sind als solche aufzulassen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Dezember 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landesstraßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 288, Mühlteichstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,780 in einer Gesamtlänge von 780 Meter aufgelassen und der Gemeinde Studenzen nach erfolgter letztmaliger Instandsetzung übergeben. Die gegenständliche Straßenauflassung tritt nach Fertigstellung der letztmaligen Instandsetzung in Kraft. Ich bitte um Annahme. (16.49 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1159/1, über den Landesstraßenaustausch in der Gemeinde Schönberg-Lachtal und Marktgemeinde Neudau, Auflassung der L 526 Schönbergerstraße von Kilometer 0,780 bis Kilometer 0,940 in einer Länge von 160 Laufmeter; Übernahme der Straßenverbindung Neudau-Neudauberg in einer Länge von 160 Laufmeter.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (19.49 Uhr): Herr Präsident!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Landesstraßenaustausch in der Gemeinde Schönberg-Lachtal und Marktgemeinde Neudau, Auflassung der L 526 Schönberger Straße in einer Länge von 160 Laufmeter und Übernahme der Straßenverbindung Neudau-Neudauberg in einer Länge von ebenfalls 160 Laufmeter. Mit der Ortsraumgestaltung von Schönberg bei Niederwölz wird eine Verkehrsberuhigung angestrebt, so dass die L 526 in diesem Bereich ihre Funktion als Landesstraße verliert und als solche aufgelassen werden kann. Weiters die Verbindung Neudau-Neudauberg-Stegersbach besitzt als Zubringer zur A 2 eine ständig steigende Funktion mit stetig steigendem Verkehrsaufkommen. Auf burgenländischer Seite wird diese Straßenverbindung bis zur Landesgrenze als Landesstraße geführt. Auf steirischer Seite ist dieses zirka 160 Laufmeter lange Straßenstück noch Gemeindestraße und soll wegen der überörtlichen funktionalen Verkehrsbedeutung in das Landesstraßennetz übernommen werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Dezember 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesstraße Nr. 526 wird in einer Länge von 160 Laufmeter aufgelassen sowie die Straßenverbindung Neudau-Neudauberg in einer Länge von 160 Laufmeter als Landesstraße übernommen. Der gegenständliche Straßenaustausch tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft. Ich bitte um Annahme. (16.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Bevor ich Herrn Abgeordneten Schrittwieser um die Berichterstattung für den Tagesordnungspunkt 20 ersuche, darf ich bezüglich der Verwendung von Handys im Plenum sagen, dies werden wir in der nächsten Präsidiale beraten. Es scheint mir äußerst erforderlich zu sein.

Bitte, Herr Abgeordneter Schrittwieser, um die Berichterstattung zu Tagesordnungspunkt 20.

20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1025/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1025, der Abgeordneten Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen vom 5. November 2002 und am 4. Februar 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 1025, der Abgeordneten Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

In den Ausbau der Landesstraße B 115, Eisenbundesstraße (seit 1. April 2002 Landesstraße) wurden in den letzten Jahren enorme Mittel investiert. Nunmehr stehen noch zwei neuralgische Punkte zum Ausbau an: Engstelle Martauer Bahnbrücke, Ausbau im Bereich Jassingau.

Durch die Augusthochwässer 2002 wurde der Bereich Jassingau wiederum überflutet, so dass diese Maßnahme in die Schadensmeldungen aufgenommen wurde. Mit Regierungsbeschluss vom 9. September 2002 wurden Mittel zur Behebung dieser Schäden durch die Unwetterkatastrophen 2002 genehmigt. Es ist beabsichtigt, die Landesstraße B 115 im Bereich Jassingau auf einer Länge von zirka 500 Meter zu verlegen, damit in Hinkunft

Schäden an dieser Straße bei weiteren Hochwässern vermieden werden. Das Projekt sieht eine niveaugleiche Eisenbahnkreuzung vor. Die Baumaßnahmen sind im Ausschreibungsstadium, so dass – unabhängig von der Witterung – mit den Arbeiten im Frühjahr 2003 begonnen werden kann.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1025/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Kaufmann und Prattes, betreffend Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (16.54 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen zu den Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Prattes, Sie haben sich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (16.54 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ein durchaus erfreulicher Bericht, der sich auch mit Ihrer Anfragebeantwortung vom 4. Oktober deckt und ich stehe nicht an, mich zu bedanken, dass dieser Ausbau des Abschnittes Jassingau in der B 115 jetzt Wirklichkeit werden kann. Und wir haben alle noch die Bilder vom verheerenden Hochwasser im August des Vorjahres vor uns, wo gerade dieser Straßenabschnitt wieder sehr stark unterspült wurde und, was schon jahrelang immer wieder feststellbar ist, bei Hochwasserüberflutungen gefährdet ist. Das ist die positive Seite. Die negative Seite, wir haben das das letzte Mal bei der Ausschusssitzung schon besprochen, ist, dass die Engstelle Martauer Bahnbrücke, es ist dies der letzte Bereich der B 115 zwischen Eisenerz und der Landesgrenze, noch nicht ausgebaut wird. Es ist schade, dass der Herr Finanzlandesrat jetzt nicht hier ist, denn ich möchte schon darauf verweisen, dass es zum Budget 2003 eine Vereinbarung gegeben hat, wo der vollständige Ausbau der B 115 vereinbart wurde. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass gerade eine funktionierende Infrastruktur im Bereich von Eisenerz, im Eisenerzer Raum unabdingbar ist. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch der zu erwartende steigende Verkehr im Zusammenhang mit den hoffentlich recht zahlreichen Besuchern des Nationalparks Gesäuse. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich ersuche und fordere dich auf, möglichst rasch für eine Umsetzung dieses Vorhabens zu sorgen, damit wenigstens von der Eisenerzer Seite bis zur oberösterreichischen Landesgrenze hin die Eisenbundesstraße einmal vollständig ausgebaut ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, komme ich bereits zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 18, 19, 20.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1158/1, das ist der Tagesordnungspunkt 18, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Wie schaut das aus da herüber? Handzeichen, bitte!

Danke, und stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1159/1, das ist der Tagesordnungspunkt 19, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl, 1025/1, das ist der Tagesordnungspunkt 20, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Danke, und stelle auch dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1031/1, des Rechnungshofes, betreffend Gebarungsprüfungen über New Public Management in den Ländern und Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (16.57 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1031/1, des Rechnungshofes, betreffend Gebarungsprüfungen über New Public Management in den Länder und Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH., beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der oben genannte Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes wird zur Kenntnis genommen. (16.57 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir haben Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Georg Ferstl. Der Herr Abgeordnete ist am Wort.

Abg. Ferstl (16.58 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Das Land Steiermark betrieb seine Verwaltungsreformbemühungen im Rahmen der New Public Management nicht in Form eines Gesamtprojektes, die vom Rechnungshof dargelegten Konzepte, Pilotprojekte, Schritte und Maßnahmen zeigten jedoch eine große Spannweite. Die Maßnahmen zu den Themen Organisation, Perso-

nal, Bürgerorientierung und so weiter befanden sich auf hohem Niveau und wiesen klare Züge einer New-Public-Management-Orientierung auf. Eine grafische Darstellung im Bericht aus dem Jahr 2001 zeigt, dass die Steiermark neben Kärnten und Niederösterreich das Instrumentarium im Einsatz von New Public Management voll eingesetzt hat, die anderen Bundesländer lediglich teilweise oder überwiegend. Der Rechnungshof stellte fest, dass die Maßnahmen zu dem Themenbereich auf hohem Niveau stehen und klare Züge einer New-Public-Management-Orientierung aufweisen. Der Rechnungshof hielt hinsichtlich aller überprüften Bundesländer fest, dass Ausgliederungen und Privatisierungen ein anerkannter Baustein eines New-Public-Managements darstellen. Er erinnerte gleichzeitig daran, dass hierfür eine Reihe von Kriterien erfüllt werden müssen, wie zum Beispiel Überprüfung von Alternativen und die Vornahme von Kosten-Nutzen-Rechnungen. Die Rechtsabteilung 1 schuf wesentliche Bausteine des New-Public-Managements im Personalbereich, Personalmanagement, Personaleinstellungsmodelle und weitere Bausteine, die der Rechnungshof mit anderen zahlreichen Maßnahmen zum Bereich Personalmanagement als zielführend zur Kenntnis nimmt.

Zum zweiten Block: Der Rechnungshof überprüfte von März bis Mai die Gebarung des Joanneum Research mit den Schwerpunkten Beurteilung der Eigentümergegebenen, Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Bereich der Forschung, Nutzung und Synergieeffekte sowie Subventionsmanagement und Controlling. Die Gebarungsleistung ergab eine stete Umsatzsteigerung in diesen sechs Zeiträumen von 1995, 1996 bis 2001, wobei in den letzten Perioden hohe Gewinne erzielt wurden, aber auch in der letzten Periode zirka 10 Prozent mehr Mitarbeiter beschäftigt waren. Die Vorgaben des Landes Steiermark für die Gesellschaft beruhen auf dem Gründungsauftrag aus dem Jahre 1987 Forschungspolitik, Zukunftsorientierung, Kooperation und Vernetzung, Regionalisierung und Internationalisierung. Unternehmensstrategien in den vergangenen Jahren waren wiederholt mittelfristige Unternehmerkonzepte, die sich strukturell nur wenig unterschieden und erstellen, der schrittweise Aufbau neuer Geschäftsfelder und darüber hinaus Szenarien für eine umfassende Neupositionierung der Gesellschaft am Markt festzulegen. Eine Neuordnung der Gesellschaft wurde zwar nicht erarbeitet, aber Zukunftsstrategien wurden von der neuen Geschäftsführung vorgelegt und beinhalten sehr gute Planungen. Das Land Steiermark und der Bund stellten der Gesellschaft Förderungsmittel zur Verfügung mit dem Zweck, jene Aufwendungen für Forschungsarbeiten abzudecken, die sie im Vorfeld von Kundenaufträgen zur Aufrechterhaltung eines hohen Know-hows durchzuführen hatten. Eine ständige budgetäre finanzielle Aufwendung wurde aus verschiedenen Gründen von Landesrat Paierl abgelehnt mit der Aussage, dass die verschiedenen anfallenden Leistungen eben verschiedene Förderungen brauchen. Die Schlussbemerkung, die der Rechnungshof zusammenfasst: Es sollten Überlegungen hinsichtlich der außeruniversitären Forschungslandschaft angestellt werden. Die Forschungsinhalte sollten regelmäßig hinsichtlich des wissenschaftlichen Niveaus und der Zukunftschancen hinterfragt werden. Der Kundenstock aus dem Bereich der Privatwirtschaft sollte ausgebaut werden und die Internationalisierung der Gesellschaft ebenfalls verstärkt vorangetrieben werden. Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (Beifall bei der ÖVP. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (17.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich beschäftige mich mit dem Rechnungshofbericht zu New Public Management, und zwar deswegen, weil der Bericht gerade für die Steiermark und besonders für die Abgeordneten interessante Neuigkeiten enthält. Das Land Steiermark ist, wenn man so will, ziemlich anders unterwegs oder ganz anders unterwegs als die anderen Bundesländer und das enthüllt dieser Bericht auch deutlich. Gefragt zur Gesamtsicht des New Public Managements, und vielleicht muss ich vorausschauend jenen, die sich damit noch nicht beschäftigt haben, erklären, worum es sich handelt. Es handelt sich letzten Endes um nichts anderes als um eine moderne Form, einen Verwaltungsapparat zu führen, so dass die Bürgerinnen und Bürger zufrieden und gut bedient sind und dass der Einsatz der Mittel auch gerechtfertigt und effizient ist – in Kurzform. Unser Landesamtsdirektor Hofrat Wielinger, gefragt vom Rechnungshof, teilt mit, dass für ihn ein eindeutiger Inhalt dieses Begriffes nicht feststellbar sei. Er sagt auch, dass eine Totalreform eines umfangreichen Verwaltungsapparates auf Grund der Komplexität der Strukturen und der gesetzlichen Rahmenbedingungen aussichtslos sei. Meine Damen und Herren, wenn ich das von meinem Auto höre, weiß ich, worum es geht. Es geht um einen Totalschaden. Hier sagt jemand, unser System ist so komplex und es ist schon so in sich verschraubt und es ist schon so unübersichtlich, das kann man nicht mehr zur Gänze reformieren. Ich denke, das ist eine Feststellung, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss und die bezieht sich auf unseren Verwaltungsapparat in der Steiermark. Ich möchte Ihnen nur sagen in kurzen Worten, wie die anderen Länder das sehen. Das Land Tirol zum Beispiel bekennt sich grundsätzlich zu den Zielen des New Public Management und hat viele einzelne Eckdaten in diesem Zusammenhang sofort aufgezeigt: Aufgabenkritik, Effizienz in der Umsetzung von Zielen, Einsparungsmöglichkeiten, Straffung der Organisation, Kostenleistungsrechnung. Das Land Salzburg hat gesagt, der Ausgangspunkt der Entwicklung in der Salzburger Landesverwaltung war ein Projekt im Bereich New Public Management bereits im Jahr 2000 und dabei ist im Vordergrund gestanden, was war oberstes Prinzip? Die Bürger- und Kundenzufriedenheit. Der Oberösterreichische Landtag hat einen Begriff gewählt, der mittlerweile auch schon vertraut sein dürfte, nämlich die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, und hat versucht, nach den Prinzipien des New Public Management Innovationsbestrebungen anzustellen und ist auch sehr erfolgreich damit. Das Land Niederösterreich hat ein Reformkonzept 1998 erstellt, das auf mehreren Eckpfeilern aufbaut: Aufgabenreform, Kundenorientierung, Dezentralisierung, Controlling, Wettbewerb, Führungskräfte, Personalentwicklung und so weiter und so fort. Das Land Kärnten hat ein umfassendes Konzept der Verwaltungsinnovation, im Rahmen dessen die Einführung des New Public Management den bestimmenden Ansatz bildete. Auch hier ist aufgeführt Organisationsentwicklung,

Verwaltungskonzentration, Globalbudgetierung und so weiter. Das Land Burgenland hat sich im Dezember 1997 unter dem Titel „Das neue Unternehmen Burgenland“ zu einer Weiterentwicklung der Landesverwaltung im Sinne des New Public Managements entschlossen und hat hier schon deutliche Schritte gesetzt. Das Land Vorarlberg hat mit einem Blick über die Grenzen sicher dazu beigetragen, auch die neuen Erkenntnisse und neuen Erfahrungen zum Beispiel aus den Schweizer Kantonen Zürich und Luzern zu lukrieren und hat seit Jahren in diesem Zusammenhang kontinuierliche Reformschritte gesetzt. Das waren die anderen Bundesländer, meine Damen und Herren. Wenn Sie den Rechnungshofbericht genau studieren, sehen Sie, dass schon in der steirischen Landesverwaltung auch das eine oder andere gemacht wurde. Aber es ist in keiner Gesamtsicht sichtbar, ist das viel, ist das wenig, waren das Maßnahmen, die sich als richtig herausgestellt haben, schaut überhaupt jemand darauf, passt das alles zusammen, wird da irgendetwas verändert, nachhaltig oder nicht? Das bleibt uns die steirische Landesverwaltung mit ihrem Landesamtsdirektor schuldig.

Ein wichtiger Aspekt ist im Bericht des Rechnungshofes, und zwar Ausgliederungen und Privatisierungen. Das habe ich auch sehr interessant gefunden, denn dafür gibt es nämlich Regeln, meine Damen und Herren, und zwar die Prüfung von Alternativen, eine Kosten-Nutzen-Analyse, Erstellung eines zielorientierten Ausgliederungskonzeptes und eine regelmäßige Evaluierung der Zielerreichung. Mir war das neu, ehrlich gestanden. Das habe ich noch nicht erlebt hier herinnen, dass hier im Nachhinein zum Beispiel evaluiert wird, was hat uns die Ausgliederung zum Beispiel der KAGES gebracht? Was wäre besser oder schlechter gewesen, wenn wir es nicht getan hätten? Das ist aber etwas, meine Damen und Herren, was uns unsere Landesverwaltung vorenthält. Das gehört zu den Aufgaben von Landesverwaltung. Gerade deswegen, denke ich, mir kann uns überhaupt nicht egal sein, was in diesem Rechnungshofbericht steht. Unser Landesrechnungshofdirektor hat mitgeteilt dem Bundesrechnungshof, die Erfahrungen hätten gezeigt, dass mit den bisherigen Ausgliederungsmaßnahmen irgendein erkennbarer Einsparungseffekt nicht verbunden gewesen sei. Es dürfe aber erwartet werden, dass in Zukunft bei Ausgliederungen günstigere Effekte erzielt werden. Wer hat bisher ausgegliedert, meine Damen und Herren? Dieser Apparat, diese Regierung. Was berechtigt zu hoffen, dass es in Hinkunft besser gehen wird, dass wir bessere Ergebnisse erzielen werden? In aller Freundlichkeit: nichts, gar nichts. Es wird ja nicht bearbeitet. Es gibt ja keine Bearbeitung der Fehler. Es gibt nicht einmal eine Suche nach Fehlern und nach guten Leistungen. Das funktioniert bei uns einfach nicht.

Abschließend sei Folgendes gesagt: Der Landesrechnungshofdirektor weist eine Form von Verwaltungsführung zurück, die für alle anderen Bundesländer in Österreich mittlerweile selbstverständlich und Stand der Technik ist, wo alle anderen Bundesländer ihren Ehrgeiz darein setzen, eine neue, eine zukunftsweisende und zumindest eine gegenwartsbezogene, ist gleich zeitgerechte Form der Verwaltung zu etablieren. Wir haben keine gezielte Entwicklung in der Steiermark. Das ist eindeutig festgestellt. Was das noch bewirkt, heißt, dass wir, die wir hier herinnen sitzen und uns mit Recht erwarten, dass der Verwaltungsapparat funktioniert in der Umsetzung der Beschlüsse, uns nicht sicher sein können, dass es so ist und dass wir nicht einmal nachvollziehen können und dass uns diese Transparenz damit auch verweigert wird, wie sich dieser Verwaltungskörper entwickelt. Es ist sogar noch schlimmer. Der oberste Beamte des Landes teilt uns mit, dass eine Generalsanierung dieses Apparates hoffnungslos ist. Er hat aufgegeben. Fertig! Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen können, meine Damen und Herren, und ruhig bleiben können, Gratulation! Für mich ist das nicht zur Kenntnis zu nehmen und abzuschließen.

Noch eine Sache: Der Rechnungshofpräsident Fiedler war letzte Woche hier im Kontroll-Ausschuss, schließlich war es ein Bericht des Bundesrechnungshofes. Präsident Fiedler war hier, um Fragen zu beantworten. Wer nicht hier war, waren die Vertreter der Steiermark, die da sind die Landeshauptfrau als politisch Zuständige für den Verwaltungsapparat und der Landesamtsdirektor Hofrat Wielinger. Es war also niemand da, der Auskünfte geben kann, konnte und wollte. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Da sitzt der Chef des Bundesrechnungshofes, der reist an, um Fragen zu beantworten, aber die Personen, die für unseren Apparat zuständig sind, finden es nicht der Mühe wert zu kommen. Die Landeshauptfrau war an diesem Tag in der Steiermark. Sie hat nämlich in der nächsten Sitzung teilgenommen. Das ist eine hoheitliche Haltung, meine Damen und Herren, und zwar im schlimmsten Ausdruck. Das ist eine Haltung, der Staat bin ich! Ich entscheide! Aber ich denke, das ist nicht so zur Kenntnis zu nehmen, das müssen wir zurückweisen. Mein Verständnis und das Verständnis der Grünen für Verwaltung ist, dass sie ihre Ziele so zu erfüllen hat, dass die Bürgerinnen und Bürger das bekommen, was sie brauchen, und zwar mit einem vertretbaren Aufwand und in einer zeitgemäßen Form.

Meine Damen und Herren, es gibt einen Titel, einen Buchtitel, der mir in diesem Zusammenhang leider wieder eingefallen ist. Ein Buch über Verwaltungsreform und es heißt: „Auch ohne Bürger sind wir sehr beschäftigt!“ Das beschreibt die steirische Landesverwaltung unter Umständen, obwohl ich noch sagen möchte, dass ich mir sicher bin, dass hier viele Beamtinnen und Beamte, viele Vertragsbedienstete gute und hervorragende Arbeit leisten. Aber die Führung, meine Damen und Herren, weist keinen guten Weg und ich denke, es ist größter Handlungsbedarf, auf jeden Fall in unseren Augen. (Beifall bei den Grünen. – 17.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl. Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte!

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl (17.12 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Kollege! Hohes Haus!

Ich möchte mir einige Sätze erlauben zum Thema Rechnungshofbericht zum Joanneum Research und zu Rechnungshofberichten im Allgemeinen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte die Institution des Rechnungshofes und seine Prüftätigkeit für hervorragend. Und es ist auch wichtig für uns, wenn wir uns dieses Instruments bedienen, aber nicht in einer Form, dass wir sagen, jetzt haben wir eine Kontrolle über uns ergehen zu lassen und wir müssen alle diese Ergebnisse unwidersprochen entgegennehmen, sondern ganz im Gegenteil. Ich betrachte den Rechnungshof als eine Art kostenlose Betriebsberatung für uns, der uns einfach auf Grund seiner Instrumente und der analytischen Fähigkeiten der Mitglieder und der Kompetenz der Bediensteten des Rechnungshofes einfach aufzeigen kann, was an Verbesserungsmaßnahmen möglich ist und was womöglich in einem Betrieb einfach übersehen wurde, weil man im Alltagsgeschäft auf bestimmte wesentliche Punkte nicht so hingewiesen wird.

Zum Joanneum Research im Besonderen möchte ich feststellen, dass die Ergebnisse des Berichtes ausgezeichnet sind und dass wir die Empfehlungen des Rechnungshofes hinsichtlich Kernkompetenzen, Controlling, Kundenbetreuung, Internationalisierung des Joanneum Research sehr ernst nehmen und entsprechende Schritte bereits eingeleitet haben. Besonders erwähnenswert erscheint mir, dass es zwischenzeitlich als übereinstimmend wichtig erkannt wurde und auch an einer Leitlinie und einer Forschungsstrategie für dieses Land gearbeitet wird und wir in Kürze die Ergebnisse hier präsentieren und vorlegen können. Insgesamt ist es wichtig, dass der Rechnungshof auch den Finger auf die Wunde legt, dass wir aber bemüht sein müssen, alle gemeinsam an der Verbesserung dieser Dinge zu arbeiten. Für meine Ressorts kann ich Ihnen das gerne zusagen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 17.15 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1121/1, des Rechnungshofes über die „Grazer Stadtwerke AG.“, „ESG Wohnungsgesellschaft mbH. Villach“ und „Sozialhilfverband Fürstenfeld“.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.15 Uhr): Ich darf berichten:

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 über den Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1121/1, des Rechnungshofes über die „Grazer Stadtwerke AG.“, „ESG Wohnungsgesellschaft m.b.H. Villach“ und „Sozialhilfverband Fürstenfeld“ beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht, Einl.-Zahl 1121/1, des Rechnungshofes über die „Grazer Stadtwerke AG.“, „ESG Wohnungsgesellschaft m.b.H. Villach“ und „Sozialhilfverband Fürstenfeld“ wird zur Kenntnis genommen. (17.16 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Dazu gibt es keine Wortmeldung. Deshalb schreite ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen.

Danke und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

23. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1150/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Dietrich und Mag. Zitz, betreffend die Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hinsichtlich mündliche Beantwortung von schriftlichen Anfragen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (17.17 Uhr): Mit diesem Vierparteiantrag wird eine Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hinsichtlich mündlicher Beantwortung von schriftlichen Anfragen beantragt. Es herrscht hier übereinstimmend die Meinung, dass in Zukunft Mitglieder der Landesregierung bei schriftlichen Anfragen nur mehr die Möglichkeit haben sollen, diese schriftlich zu beantworten und nicht wie bisher auch eine mündliche Beantwortung machen können. Ich bitte um Beschlussfassung und Annahme dieses Antrages. (17.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen habe ich dazu keine. Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 20 Absatz 2 LVG in Verbindung mit Paragraf 58 Absatz 2 Geschäftsordnung des Landtages kann eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Ich stelle nunmehr die ausreichende Anwesenheit von Mitgliedern des Landtages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Petitionen über den Bericht, Einl.-Zahl 1188/1, betreffend den selbstständigen Bericht des Petitions-Ausschusses über seine Tätigkeit im Jahr 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (17.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Selbstständiger Bericht des Petitions-Ausschusses über die Tätigkeit im Jahr 2002.

Rechtsgrundlage: Gemäß Paragraph 32 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat der Petitions-Ausschuss dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten.

Die Petitions-Ausschuss-Sitzungen dauern meistens fünf Minuten, jetzt werde ich heute etwas länger brauchen, bis ich die Berichte vorgelesen habe. Ich hoffe, ihr verzeiht es mir.

Im Zeitraum von Jänner 2002 bis Dezember 2002 wurden vom Petitions-Ausschuss fünf Petitionen behandelt. Zu vier Petitionen liegen Stellungnahmen der Landesregierung vor, welche vom Petitions-Ausschuss zur Kenntnis genommen wurden.

Im Folgenden wurden einzelne Petitionen und Regierungsvorlagen detailliert dargelegt:

Einl.-Zahl 486/1: Petition, betreffend Antrag auf Änderung der Natura-2000-Gebiete „Puxer Auwald, Puxer Wand, Pleschaitz“.

Kurzübersicht:

Mit dieser Petition beantragt der Petitionswerber für seinen Betrieb eine sofortige Rücknahme seiner Grundflächen aus dem Natura-2000-Schutzgebiet – Entwurf „Puxer Auwald, Puxer Wand, Pleschaitz“. Begründet hat er dies damit, da inmitten des Schutzgebietes der Sankt Veiter Betonring mit der Errichtung einer Schotteranlage begonnen hat und gleichzeitig einen Antrag auf Erweiterung zu einer Betonmischanlage gestellt hat und dadurch dieses Gebiet als Schutzgebiet ohnehin zerstört sei.

Die Petition mit der Einl.-Zahl 486/1 wurde gemäß Paragraph 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in der Sitzung des Petitions-Ausschusses am 11. September 2001 der Steiermärkischen Landesregierung zur Äußerung zugewiesen. Die Äußerung der Steiermärkischen Landesregierung erfolgte mit Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 486/2. Einl.-Zahl 486/2: Regierungsvorlage, betreffend Antrag auf Änderung der Natura-2000-Gebiete „Puxer Auwald, Puxer Wand, Pleschaitz“. Kurzübersicht: Die Landesregierung gibt zur Petition, Einl.-Zahl 486/1, betreffend der Änderung der Natura-2000-Gebiete Puxer Auwald, Puxer Wand, Pleschaitz folgende Stellungnahme ab: Im Juli 1998 wurde das Gebiet „Ober- und Mittellauf der Mur – Abschnitt Puxer Auwald und Pleschaitz“ als potenzielles Natura-2000-Gebiet vorgeschlagen und nach Brüssel gemeldet. Es umfasste die Mur und ihre Begleitvegetation, den Puxer Auwald, die Puxer Wand und ein zusammenhängendes Waldgebiet (Pleschaitz). Die Grenzen der Erstabgrenzung lehnten sich an die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Nummer 9 (Pleschaitz-Puxberg) an. Die Rechtsabteilung 6 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung hat im Juli 2000 den Verein BIOSA-Biosphäre Austria beauftragt, zusammen mit der ASV der Fachstelle Naturschutz durch Aufnahmen vor Ort zu klären, in welchen Bereichen des Natura-2000-Gebietes Schutzgüter vorhanden sind. Diese Überprüfung ergab, dass lediglich im Puxer Auwald und in der Puxer Wand Schutzgüter festgestellt wurden. Das Waldgebiet rund um den Pleschaitz wurde aus dem Natura-2000-Gebiet ausgeschieden. Die Neuabgrenzung der Puxer Wand im Osten erfolgte vor Ort unter Anwesenheit der betroffenen Grundeigentümer und des Bürgermeisters von Niederwölz. Das Natura-2000-Gebiet wurde auf „Ober- und Mittellauf der Mur mit Puxer Auwald, Puxer Wand und Gulsen“ umbenannt. Zusammenfassend wird festgestellt, dass die im Natura-2000-Gebiet verbliebenen Grundstücke des Petitionswerbers nicht daraus entfernt werden können, weil bei der Neuabgrenzung des Gebietes durch die BIOSA diese als wertvolle Pufferzonen angesehen und deshalb mit einbezogen wurden. Meine Damen und Herren, die restlichen Berichte erspare ich Ihnen, die Vorlagen liegen auf. Ich hoffe, dass die Vorlagen genau studiert wurden. Ich bitte daher um Kenntnisnahme des Berichtes. (17.24 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Die Hoffnung wurde zum Ausdruck gebracht. Danke. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Deshalb schreiten wir zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nun die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, sich zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1225/1, betreffend Gesamtkonzept „A1-Ring neu“ in den Rittersaal zu begeben. Im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft findet die 38. Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt. Gegenstand dieser Sitzung ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 17.25 Uhr.)